

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

Politische Berichte



8. Dezember 1989
Jg. 10 Nr. 25

G 7756 D

Preis:
2,50 DM

PKK-Prozeß

„Wir sitzen hier,
weil wir
die PKK
verteidigen“

Seite 8



Südafrika/Azania

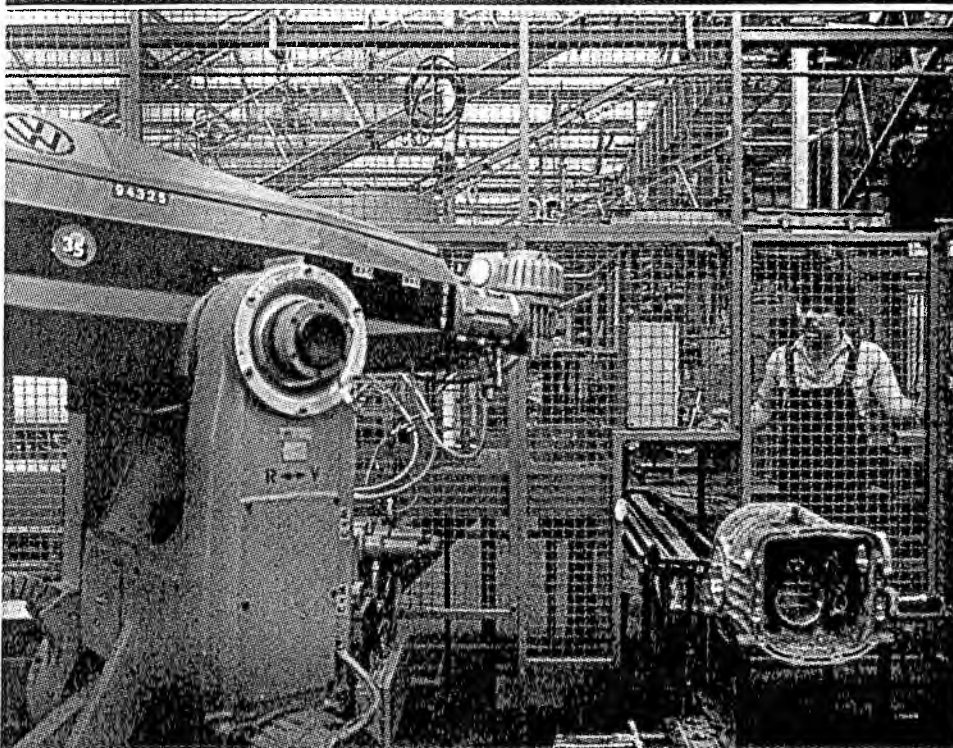
Die Imperialisten
versuchen, die Sanktionen
aufzuweichen

Seite 12

Tod einer Antifaschistin

15 000 gegen
faschistischen
Terror und
Polizeitaktik

Seite 22



Kohls 10-Punkte-Plan

Gegen die
Aggression der BRD:
Anerkennung der DDR
durchsetzen!

Seite 34

Die Kapitalisten fürchten eine Lohnbewegung in der Metallindustrie, die die Niederlagen der Lohnabhängigen in den letzten Jahren ein wenig korrigieren kann.

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7. Telefon: 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7. Telefon: 0221/211658

Inhalt	25/89
Aktuelles aus Politik und Wirtschaft	
Aktuell in Bonn.....	4
USA zu Osteuropa: Abwarten und Kapital sammeln!.....	5
Ausländergesetze: DGB und Kirchen für humanes Recht. .	7
Wohnungsbau: Kommunale Kritik an Bund fördern.....	7
Demokratische Ärzte: Verband diskutiert Tariffähigkeit. . .	7
PKK-Prozeß: „Wir sitzen auf der Anklagebank, weil wir die PKK verteidigen“.....	8
Sachverständigengutachten: „Freche Ergüsse bezahlter Lobbyisten des Großkapitals“.....	10
Aus der Kurzfassung des Sachverständigengutachtens.	11

Auslandsberichterstattung

Südafrika/Azania: Die Imperialisten versuchen, die Sanktio- nen aufzuweichen.	12
ANC, COSATU und UDF zu Verhandlungen.....	12
Kanada: Indianer stirbt durch Polizeikugel.	13
Schweiz: Großer Erfolg für Armeegegner.....	14
Türkei/Kurdistan: Türkisches Massaker in Hakkari.....	14
Indien: Sieg der Opposition?.....	15
El Salvador: Die strategischen Erfolge der FMLN.....	15
Internationale Meldungen.....	16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:

Die Bundeswehr ist jenseits des Gewissens.....	18
DGB fordert einklagbare ERG-Mindestnormen.....	18
Aufsatz gegen „Sensations-Journalismus“.....	18
Taschenbuch: „Wenn der Binnenmarkt kommt . . .“.....	19
Bildungsminister Möllemann: Stärkere Zentralgewalt über Bildungswesen für reaktionäre Ziele.....	19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten.....	21
Tod einer Antifaschistin: 15000 gegen faschistischen Ter- ror und Polizeitaktik.	22
Atombombenmüll: Zwingt zum Endlager.....	22
ABB Nürnberg: „Streamline 90“ vorerst gestoppt.....	23
Schülerstreik: Gegen Klassenzusammenlegung.....	23
Diskussion um Kindertagesstätten: Zukunftsperspektiven in der öffentlichen Kinderbetreuung.....	24
Kita-Tarifvertrag: Ultimatum abgelaufen: Urabstimmung! . .	25
Berufsverbote: Entlassung von K. Neuber aufgehoben. . . .	25
Polizei: Trotz vieler Widersprüche: Staatsanwaltschaft deckt tödliche Schüsse.....	26
184 tödliche Polizeischüsse seit 1974.	27
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung.....	28
Antifa-Konferenz NRW: Faschismus ist keine „Normalisie- rung“!.....	29

Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

Einer aus Deutschland: Keine Geschichte des Hitler-Atten- taters.....	30
Franziskus: Franz im Film — Zeitloses zur Armut.....	30
Abyss: Unerträglicher Schwachsinn.....	30
Die weiße Zeit der Dürre: Wirkung der Soweto-Aufstände auf Weiße.....	31
Walter Janka: Bericht über seinen Prozeß.....	31
Tarifabschluß Banken: HBV und DAG verschenken Geld . .	32

Spezialberichte

Kohls Zehn-Punkt-Plan: Gegen die Aggression der BRD: Anerkennung der DDR durchsetzen!.....	34
Westdeutsche Sozialisten zur Entwicklung in der DDR.....	36
Regierungs- und Kapitalistenpläne zur Annexion der DDR. .	38

Zu dem Attentat auf Herrhausen hat sich noch niemand bekannt

Die bürgerliche Öffentlichkeit erklärt sich das tödliche Attentat auf den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Herrhausen, so:

Es sei die Tat einer von der politischen Bewegung abgesplitterten Gruppe Verzweifelter. Innenminister Schäuble spricht von Desperados. Was diese Verzweiflung hervorgebracht hätte und wodurch es zu der Bedenkenlosigkeit, die sie erzeugt, gekommen wäre, reflektiert die Öffentlichkeit nicht. Dabei käme nämlich zur Sprache, ob ein Staatsapparat, der es darauf anlegt, die von Verfolgungs- oder Strafmaßnahmen Betroffenen zum Äußersten zu treiben, handelt, wie es Humanität, Vernunft und Recht fordern.

Es müsse sich um Rache handeln. Was ein so starkes Rache- und Strafbefürfnis ausgelöst hat, erörtert die Öffentlichkeit nicht. Dabei käme nämlich zur Sprache, wieviele Zugehörige zu RAF und Widerstand im Zuge von Fahndung und Haft zu Tode oder durch die Haftbedingungen zu Schaden kamen und ob die Organe des Staates in ihrer Auseinandersetzung mit der RAF und dem Widerstand frei von Rache handelten.

Wir müssen hier festhalten, daß das Attentat bis zum heutigen Tag unerklärt geblieben ist. Aus unserer Sicht spricht die Sache politisch keineswegs für sich selbst. Es ist nämlich für uns nicht auszudenken, was durch diese Gewalttat verhindert oder bewirkt werden soll.

Wie man hört, wird das Attentat von Teilen der politischen Linken diskutiert als eine Demonstration der Grenzen der Macht der Mächtigen und der Ohnmacht der Verfolgten. Diese Art zu denken kritisieren wir. Das Attentat demonstriert zunächst nur, daß den Tätern ein Leben auch nicht teuer ist. Das Attentat, nehmen wir einmal an, es sei politisch gemeint, legt weiter klar, daß die Täter von den Herrschaftsmechanismen der bürgerlichen Gesellschaft nichts verstehen. Macht und Geld sind in dieser Gesellschaft nicht mit Einzelpersonen verwachsen, es besteht vollständigste Ersetzbarkeit. Stabil ist die Machtposition der Klasse. Der Vorstandssprecher der Deutschen Bank ist nicht ein Tyrann, mit dessen Person ein politisches System steht oder fällt. Mit der Ersetzung dieses wichtigen Funktionsträgers zeigt das Kapital sei-

ne Widerstandskraft, nicht etwa seine Schwäche.

Umgekehrt werden die Attentäter jetzt verfolgt und sind in ihrem Handeln ganz und gar Objekt von Polizeimaßnahmen, politisch ohnmächtig, gehetzte Existenzen. Entweder sie oder, wie es auch leicht sein kann andere, die nichts damit zu tun haben, werden für diese Tat büßen und zumindest durch Schweigen zugeben müssen, daß sie sie politisch nicht begründen können.

Die Spitzen von Staat und Gesellschaft haben in ihren Äußerungen keinen Zweifel gelassen, daß sie mit solchen Attentaten rechneten und weiter rechnen. Sie stellen damit dar, daß sie bereit sind, es mit der Empörung, dem Zorn und dem Rachegefühl aufzunehmen, das ihre Taten so oft auslösen. Mit Besorgnis bemerken wir das Zusammenspiel von einigen Presseorganen und Behörden oder Beamten, die das tödliche Attentat in einer anderen Sache ausnutzen. Sie wollen es ausschachten, um die Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand mundtot zu machen und über die rechtlich gebotene Zeit, wo möglich bis zum Tode, gefangen zu halten.

Schon während des Hungerstreiks Anfang des Jahres haben wir in dieser Zeitschrift darauf hingewiesen, daß ein Teil der Presse versucht, Attentate herbeizureden, indem man das Ausbleiben von Attentaten als Ausdruck politischer Schwäche wertete. Dem war entgegenzusetzen, daß die Ideologie der RAF und des Widerstandes niemals etwa ein Sammelsurium von politischen Versatzstücken gewesen ist, zusammengeschustert mit dem Ziel, Gewalthandlungen irgendwie zu begründen. Die Gewalt stand und steht in diesen Ideologien im Verhältnis des Mittels zum Zweck. Wir können die Mittel kritisieren und dem Zweck verbunden sein. Wir können uns streiten, ob die Mittel den Zwecken dienen. Anders die Bürgerlichen.

Gleichzeitig mit der Verfestigung der Absicht, die Situation der Gefangenen nicht zu verbessern, ließ man Äußerungen ab, die RAF sei am Ende, zu nichts mehr in der Lage usw. Als sich Ende Oktober Helmut Pohl an die Öffentlichkeit wandte mit dem Hinweis, daß die staatlichen Stellen die in Aussicht gestellte Verbesserung der Haftbedingungen nicht brachten, und an die Öffentlichkeit appellierte, etwas zu unternehmen, interpretierten Behörden und als ihr Sprachrohr die „Welt“ dieses Schreiben als eine Aufforderung zu Anschlägen. Sie

haben damit die politische Autorität der Gefangenen lügenhaft in Anspruch genommen. Wir sagen bewußt lügenhaft, denn die Zitate, die in der überregionalen Presse zur Begründung dieser Behauptung nach dem Attentat erhalten sollten, waren in dem Brief nicht enthalten. Es geht dabei um die Zitate: „... den Kampf wieder mit allen Mitteln aufzunehmen ...“, „... mit voller Power ...“, die „... Initiative ... an die kämpfende Ebene ...“ abgegeben. dpa schützt die Quelle, die diese Falschmeldung in Umlauf brachte. Es wird sich um eine Amtsperson oder eine Behörde handeln, wer sonst könnte mit Autorität die Auskunft gegeben haben.

Wer diese — über dpa an die gesamte Presse verbreiteten und von einer Vielzahl von Tageszeitungen aufgenommenen — Zitate geglaubt hat, ist einem bürgerlichen Schwindel aufgesessen, der dem Innenminister dazu dient, die Mitteilung von Pohl an die Öffentlichkeit als Bekennerschreiben vor der Tat zu bezeichnen. Dabei ist es in dem Schreiben ausschließlich darum gegangen, die Öffentlichkeit zu Aktivitäten aufzufordern, die der Verbesserung der Haftbedingungen und der möglichen Freilassung dienen. Der Innenminister schreibt den Gefangenen eine Art Urheberschaft an diesem Attentat zu, gerade um das Gegenteil zu begründen. Das Anstacheln zu Attentaten, das wir als Teilströmung in der öffentlichen Meinung bemerken, ergänzt sich mit dem Verfahren, offenbar unbeteiligten einsitzenden Gefangenen solche Geschehnisse anzulasten. Sie werden jetzt — stillschweigend oder auch deutlich — mit der Zumutung konfrontiert, sich zu dem Vorfall zu äußern, obwohl sie als Gefangene sich gar nicht ein umfassendes Bild anhand frei zugänglicher Informationen machen können.

„Jetzt ist die Zeit, die Zusammenlegung und mit ihr als Übergang die Perspektive für unsere Freiheit zu erkämpfen“, schreibt Helmut Pohl in seinem Brief. Der Brief war vollständig dokumentiert im Angehörigen-Info Nr. 27 vom 10.11.89, in der taz vom 17.11.89 und erscheint jetzt noch einmal in den „Antifaschistischen Nachrichten“ Nr. 25/89 vom 7.12.1989.

— (Politische Berichte, Herausgeber)

HBV, ÖTV und IGM gegen Republikaner

Nach den Gewerkschaften IG Holz- und Kunststoff, IG Me-

dien, DAG, ÖTV und der IG Metall hat jetzt auch der Hauptvorstand der HBV die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft bei den Republikanern beschlossen. Wir dokumentieren in Auszügen:

„... Wer als HBV-Mitglied oder gewerkschaftlicher Funktionsträger für die Ziele der Republikaner eintritt oder für sie wirbt, verhält sich gewerkschaftsschädigend. Es ist daher selbstverständlich, daß gegen solche Mitglieder und Funktionäre die in der Satzung vorgesehenen Ausschlussverfahren eingeleitet werden ... Es darf weder eine Akzeptanz rechtsextremistischer Positionen noch eine schleichende Gewöhnung an Wahlerfolge der Republikaner geben ...

3. Hauptvorstand und Gewerkschaftsausschuß der Gewerkschaft HBV wenden sich gegen alle Versuche, dem angestauten politischen Unmut und den um sich greifenden Sorgen und Ängsten mit „Sonderangeboten“ an die rechtsextremen Wortführer zu begegnen. Unverändert tritt die Gewerkschaft HBV ein gegen — jeden Revanchismus in Grenzfragen — jede Verharmlosung des Völkermordes der Nazis — jede Form von Ausländerfeindlichkeit — alle Versuche, Gewerkschaftsarbeit zu beschränken und die Tarifautonomie zu zerschlagen — Frauen- und Emanzipationsfeindlichkeit ...“
—(AGD, mal)

Demonstration gegen Anschluß der DDR

Zu einer Demonstration am 9.12. in Westberlin rufen die Friedenskoordination und das Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus auf. In dem Aufruf, der vom DGB unterstützt wird, wird gefordert: „Gegen Heuchelei und die Vereinnahmung der DDR durch die BRD — Für die Anerkennung der DDR als souveränen Staat — Keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR, auch nicht in deren Wirtschaftsform ... „Nicht wir bestimmen über die Staats- und Wirtschaftsform der DDR. Das sollen die Bürger der DDR selbst entscheiden! Aber wir mischen uns hier ein ... Nach wie vor bringt dieses System eine sogenannte Zwei-

drittelgesellschaft hervor ... Nach wie vor werden Frauen diskriminiert ... faschistische Parteien dürfen sich zur Wahl stellen ... die AusländerInnen dürfen zwar Steuern zahlen aber nicht wählen ... Rassismus wird geschürt ... Flüchtlinge werden abgeschoben. Nach wie vor betreibt dieser Staat eine den Frieden gefährdende Hochrüstung ... Nach wie vor beutet dieser Staat die sogenannte 3. Welt aus.“ Auf der Abschlussskundgebung sollen SprecherInnen vom Türkenzentrum und dem Flüchtlingsrat zum kommunalen Einwohnerwahlrecht, der Flüchtlings- und Ausländerpolitik sprechen. Das Bündnis gegen Rassismus will gegen die faschistische Formierung Stellung beziehen. Ein Sprecher soll von der von Stefan Heym ins Leben gerufenen Initiative gegen die Wiedervereinigung aus der DDR sein, die Ablehnung der Wiedervereinigungspläne hier wird K. Croissant vertreten. Den Schlußbeitrag hält der DGB-Vorsitzende Pagels.
— (chk)

ÖTV fordert 133 DM mehr!

Die Große Tarifkommission der ÖTV hat ihre Beschluslage für die Tarifpolitik drastisch korrigiert. Kernpunkt ist jetzt die Erhöhung der Allgemeinen Zulage auf einheitlich 200 DM und ihr Einbau in die Einkommenstabellen. Das bedeutet eine Festbetragserhöhung für alle Arbeiter und für einfache und mittlere Angestellte um 133 DM und für besser verdienende Angestellte um 100 DM. „Abseits jeder Realität“ schäumt es aus dem Innenministerium. Doch es kann kaum die Höhe der Forderung sein, die die Dienstherren so zum Rasen bringt. Aber erstmals seit langem erhebt die ÖTV wieder eine Forderung, die eindeutig die unteren Einkommensgruppen am stärksten berücksichtigt. Das nützt der Einheit, und zwar zu einem Zeitpunkt, wo der Innenminister ein Besoldungsänderungsgesetz vorbereitet, dessen Kern die stärkere Differenzierung nach Amt, Funktion und Region ist.

Bemerkenswert ist die Beschlusfassung der GTK der ÖTV auch deshalb, weil damit ein Kurs der ÖTV korrigiert wird, der die Interessen der Facharbeiter zum Dreh- und

Angelpunkt der Tarifpolitik machte. Jetzt kann und wird es sich zeigen, daß je mehr die ÖTV für die unteren Einkommensgruppen erreicht, umso mehr Nutzen auch die Facharbeiter haben werden.

133 DM plus 1,7% lineare Erhöhung, die bereits ab 1.1. 1990 vereinbart ist, ist eine Forderung, für die es sich lohnt zu kämpfen.

Auf einer ÖTV-Delegiertenversammlung in Hannover wurde aber auch klargestellt, daß die anderen Forderungen nach Verbesserung und Vereinheitlichung der Dienstaltersstufen, nach Verbesserung der Zuschläge für Schichtarbeit und für Dienste zu ungünstigen Zeiten und die Höhergruppierung aller Arbeiter um mindestens eine Lohngruppe sich damit keineswegs erledigt haben. Keinen Zweifel ließen die Delegierten auch darüber aufkommen, daß sie die Kritik an der mangelnden Berücksichtigung der unteren Lohngruppen bei den Forderungen zur Änderung des Rahmentarifvertrages jetzt etwa für erledigt hielten.
— (kar)

Rebmann zieht Anklage zurück

Ohne Begründung hat die Bundesanwaltschaft die Anklage gegen Rolf Hartung zurückgezogen. Der Betriebschlosser Rolf Hartung ist im Herbst 1988 in der Kiefernstraße in Düsseldorf von der Polizei und mußte neun Monate in Untersuchungshaft verbringen. Die Bundesanwaltschaft behauptete, er sei als Mitglied einer „terroristischen Vereinigung“ an Anschlüssen auf den Rüstungskonzern Dornier beteiligt gewesen und habe mehrere Bekennerschreiben zu Sprengstoffanschlägen verfaßt. Die BAW hatte durch den Schriftgutachter Ockelmann nachweisen lassen, daß Rolf Verfasser von mehreren Bekennerbriefen sei. Andrea Sievering und Enrico Prauss sind u.a. vor allem auf Grundlage von Ockelmanns Gutachten wegen RAF-Mitgliedschaft zu je neun Jahren Gefängnis verurteilt worden. Ein zweites vom OLG Stuttgart eingeholte Schriftgutachten ergab für die Beschuldigung gegen Rolf Hartung das Gegenteil. Dafür mußte Rolf Hartung neun Monate in Isolationshaft.
— (uld)

Aktuell in Bonn

Nachtarbeit begünstigt

Kurz vor Inkrafttreten der zweiten Stufe der Steuerreform zum 1.1.1990 hat das Finanzministerium versucht, den Widerstand der Gewerkschaften zu dämpfen. Es änderte die Voraussetzungen für die steuerliche Begünstigung von Nachtarbeit zwischen 0.00 und 4.00 Uhr so ab, daß z.B. Drucker auch dann besondere Zuschläge erhalten, wenn sie durch Wechselschicht in einem Monat mal weniger als die Hälfte der Zeit in Nachtschicht arbeiten müssen. Bisher sollte diese Begünstigung nur gelten, wenn „überwiegend“ in Nachtschicht gearbeitet wurde — eine Verschlechterung für die Nachtschichtler in der Druckindustrie, gegen die die IG Medien heftig protestiert hatte.

Privatisierung

Am 17. November hörte der Haushaltsausschuß Konzern-, Gewerkschafts-, Belegschafts- und Regierungsvertreter sowie Vertreter der Städte Salzgitter und Kiel zu dem geplanten Verkauf der bundeseigenen Salzgitter-AG an die Preussag AG (Hannover) für ca. 2,4 Mrd. DM. Der 100-prozentigen Salzgitter-Tochter Wohnungs-AG (WAG) gehören 16468 von 33000 Wohnungen in Salzgitter. Die WAG soll mitverkauft werden, und die verbalen Zugeständnisse der Preussag bezüglich der Wohnungen beruhigen niemanden in Salzgitter. 90 Prozent der Belegschaft haben sich in geheimer Abstimmung gegen die Privatisierung ausgesprochen. Das gleiche gilt für

die inzwischen von 12500 auf 4500 geschrumpfte Belegschaft von HDW. Die Regierung pfeift auf die Meinung der Betroffenen.

Gesundheits„reform“

Die Bundesregierung brüstete sich am 17.11. vor dem Sozialausschuß, daß die Gesundheitsreform auf „gutem Weg“ sei. Als besonderer Erfolg gilt ihr, daß die „Nachfrage nach Kuren“ erheblich zurückgegangen ist. Derweil sind die Betriebskrankenkassen gegen den vehementen Protest der Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOKs) auf dem Vormarsch. Trotz zahlreicher Einsprüche genehmigte das Bundesversicherungsamt (Westberlin) die Errichtung einer eigenen Betriebskrankenkasse durch die BMW-AG in München mit einem Beitragssatz von 9,9 Prozent.

„Mobile Homes“

Um „Aus- und Übersiedler noch vor Weihnachten aus Containern und Turnhallen herauszubekommen“ beabsichtigt Bundesbauministerin Hasselfeldt, transportable „Einfachstbauten“, sogenannte „Mobile Homes“ aus den USA zu importieren. Die bundesdeutsche Konkurrenz, der Bundesverband Deutscher Fertigbau (BDF), protestierte heftig gegen die Verschwendung des knappen Baugeländes an die „Schlichtgehäuse“ aus den USA. Sie sollen nur übergangsweise bis zu zwei Jahren benutzt werden.

Chile — kein Asyl

Der Bundestag lehnte am 16.11. den Antrag der Grünen ab, Chile die Bereitschaft der Bundesrepublik zu erklären, politische Gefangene in Chile, denen die

Todesstrafe drohte und die die BRD 1987 offiziell um politisches Asyl ersucht hatten, aufzunehmen. Begründung: Man sei zwar wegen Folter und drohender Todesstrafe „tief betroffen“, doch der von den Grünen vorgeschlagene Weg sei „nicht gangbar“.

Giftgas? Bayer-Ermittlungen

Die dem Bundesfinanzministerium unterstehende Oberfinanzdirektion Köln ermittelt gegen den Bayer-Konzern wegen Verdacht auf Verstoß gegen das Außenwirtschaftsgesetz. Am 14.11. durchsuchten Beamte der Zollfahndung Räume der Bayer AG. Der Bayer-Vorstandsvorsitzende hat Anschuldigungen, wonach die Beamten wegen illegaler Lieferung von Rohstoffen für chemische Kampfstoffe in den Iran ermitteln, „mit aller Entschiedenheit“ zurückgewiesen. Man habe lediglich eine Anlage zur Formulierung von Pflanzenschutzmitteln geliefert. Weshalb die OFD ermittelt, sagte der Bayer-Chef nicht. Er räumte stattdessen ein, der Konzern habe eine andere Anlage an den Iran nicht geliefert, „weil aufgrund des allgemeinen politischen Umfelds im Mittleren Osten ein möglicher Mißbrauch nicht mit absoluter Sicherheit ausgeschlossen werden“ könne.

Gift ist o.k.

Ein Antrag der Grünen (11/3059) zur Herausnahme von PVC als gesundheitsschädlich aus der Produktion wurde bei Enthaltung der SPD auf Ausschussebene abgelehnt. „Probleme bei der Entsorgung“ wurden zwar eingeräumt, doch sei ein Ausstieg nur aufgrund „freiwilligen Verzichts der Unternehmer denkbar“, so die Fraktionen von CDU, CSU und FDP. Ebenso abgelehnt wurden Anträge von SPD und Grünen zum Verbot von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) von mitberatenden Ausschüssen, obwohl beide Anträge (11/5268 u. 11/4900) Schlupflöcher und Fristen einräumen.

Was kommt demnächst?

Vom 8. bis 9.12. tagen in Straßburg die Staats- und Regierungschefs der EG und beraten über die Beschleunigung der Währungsunion und die EG-Sozialcharta. Einen Tag vorher wird diese Charta noch einmal von den Sozialministern vorbereitet. Am 13.12. berät das Bundeskabinett u.a. über eine erste Trasse für den „Transrapid“. Am 15.12. findet dann die letzte Sitzung des Bundestags in diesem Jahr statt. Auf der Tagesordnung stehen u.a. letzte Änderungen an der zum 1.1.90 in Kraft tretenden Steuerreform. Am 21.12. findet die letzte Sitzung des Bundesrats in diesem Jahr statt. Vorher, vom 16.12. bis 19.12., fährt Kohl nach Ungarn. Ob es noch zu dem ebenfalls für Dezember geplanten Kohl-Besuch in der DDR kommt, war bei Redaktionsschluß offen. Vom 19.12. bis 20.12. berät der SPD-Parteitag in Westberlin über das neue Parteiprogramm.



Kirchen und SPD unterstützen den Wiedervereinigungskurs der Bundesregierung gegenüber der DDR. Der Westberliner Regierende Bürgermeister Momper (Bild) bekräftigte bei einem Treffen mit Kohl seine Forderung, die Westberliner Abgeordneten 1990 direkt in den Bundestag wählen zu lassen. Der EKD-Vorsitzende Bischof Kruse ergänzte, Kohls „Vorstellungen der ... Konföderation“ seien „der strukturelle Rahmen, um den niemand herumkomme, der sich mit der Zukunft beschäftige.“ Die evangelischen Kirchen in der BRD und der DDR seien „auch eine Art Konföderation“. Wie wahr: Die EKD-West zahlt für die EKD-Ost und lenkt diese in allen ihren Schritten.

US-Reaktionen auf Osteuropa

Devise: Abwarten und Kapital sammeln!

Die Umwälzungen in den Staaten Osteuropas haben auch die führende Rolle der BRD innerhalb der imperialistischen Bündnisse NATO und EG schroff hervortreten lassen. Die USA, obgleich in anderen Regionen noch immer unumstrittene imperialistische Führungsmacht, sehen sich gegenüber den osteuropäischen Staaten auf einmal im Vergleich zur BRD in die zweite Reihe gesetzt. Im folgenden ein Bericht, wie die US-Presse die Umwälzungen in Osteuropa derzeit darstellt und welche Überlegungen die US-Bourgeoisie über ihr mögliches Eingreifen in diesen Ländern anstellt. So richtige Freude scheint bei der US-Bourgeoisie nicht aufkommen zu wollen.

*

Die weitreichenden Veränderungen in Osteuropa haben sich mit so großer Geschwindigkeit vollzogen, daß sie die US-Regierung und die herrschende Klasse in den USA völlig unvorbereitet getroffen haben. Nicht, daß irgendjemand Ideen von Präsident Bush erwartet hätte. Dessen visionäre Vorstellungskraft erschöpfte sich bekanntermaßen darin, Präsident zu werden. Es gab aber auch keine gründliche Studie für diesen Fall mit Rezepten für Regierung und Kapitalisten, wie diese Situation am besten auszunutzen sei.

Präsident Bush wurde zu Beginn kritisiert, daß er sich zu sehr zurück halte. Reagan, so sagten Kritiker aus der Republikanischen Partei, wäre sofort nach dem Fall der Mauer nach Berlin geflogen, um den Triumph seiner Politik der Stärke auszukosten. Politiker der Demokratischen Partei wie der Führer der Mehrheitsfraktion im Senat, Mitchell, und Ex-Präsident Jimmy Carter warfen Bush vor, daß er zu zaghaft sei, zu lange zögere und daß man jetzt zugreifen müsse. Über das Wie ließ sich keiner aus.

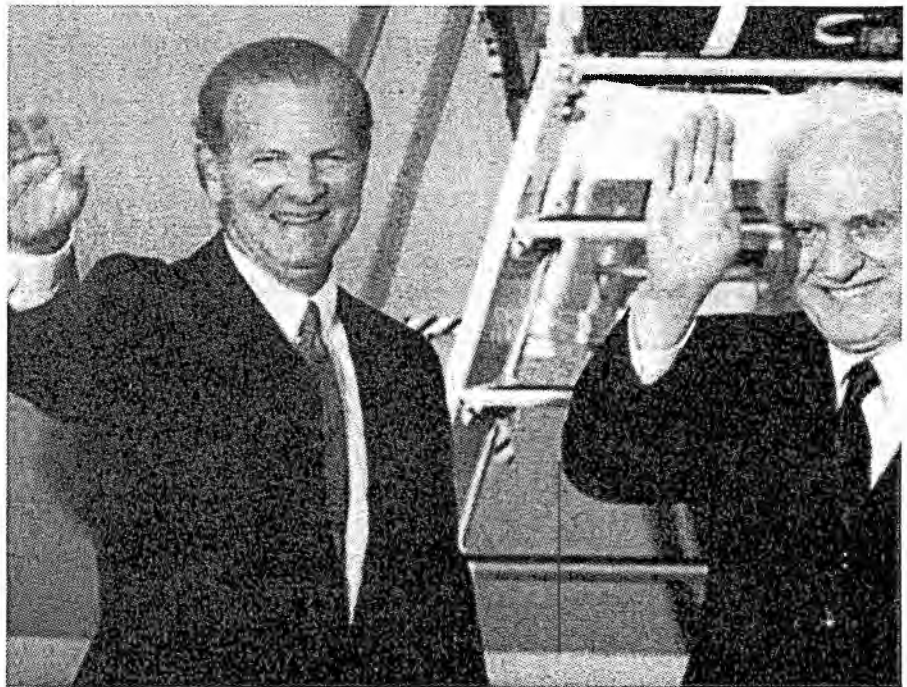
In den letzten Wochen sind die Zeitungskommentatoren der Meinung, daß Abwarten und die Entwicklung beobachten das richtige sei. Nicht nur, daß niemand mit Patentrezepten kommt, was im Moment zu tun sei, auch für das Vorgehen gegenüber Osteuropa in den nächsten Jahren mangelt es an konkreten Vorschlägen. Senator Mitchell kündigte an, daß der Senat Anfang nächsten Jahres eine eingehende Untersuchung darüber starten werde, ob die US-Regierung vorbereitet ist, den Wirbelwind von Veränderungen in Osteuropa zu behandeln. Für den Augenblick jedenfalls hat sich wohl die Einsicht breit gemacht, daß die Möglichkeiten der USA für ein Eingreifen

ziemlich beschränkt sind.

Außer Solidarność in Polen hat die USA weder in Ungarn, noch in der CSSR, noch in der DDR Gruppen, auf die sie sich fest stützen könnten und die genug Einfluß haben, die Weichen für eine Kopie des westlichen Kapitalismus und eine Anlehnung an die USA zu stellen. Und auch in Polen sind die USA sehr vorsichtig mit Geld ausgeben. Lech Wałęsa hat zwar einen Heldenempfang in den USA bekommen, mit einer Rede vor den Vereinten Häusern des Kongresses. Dennoch wollte Bush nur 450 Millionen Dollar an Geld herausrücken. Der Kongreß hat das zwar auf 938 Millionen Dollar für die nächsten drei Jahre für Polen

ausgelöst hat, hat zwar das gewaltige Ausmaß der Protestdemonstrationen nicht verhindern können, wohl aber einen völligen Umsturz von unten. Diese begrenzte Erschütterung ist, solange sie nicht die westlichen Geschäfte stört, durchaus im Interesse der USA. Das Staatsgebäude, die Institutionen, die Bürokratie dieser Staaten ist noch vorhanden. Da lassen sich immer noch Geschäfte wirtschaftlicher und politischer Natur machen. Wie die Sache nach einer Revolution aussehen würde, das ist ungewiß.

„Time“ schreibt, daß Bush und seine Berater, Außenminister Baker und Sicherheitsberater Scowcroft, die alle lange Karrieren in diversen Regierungsämtern

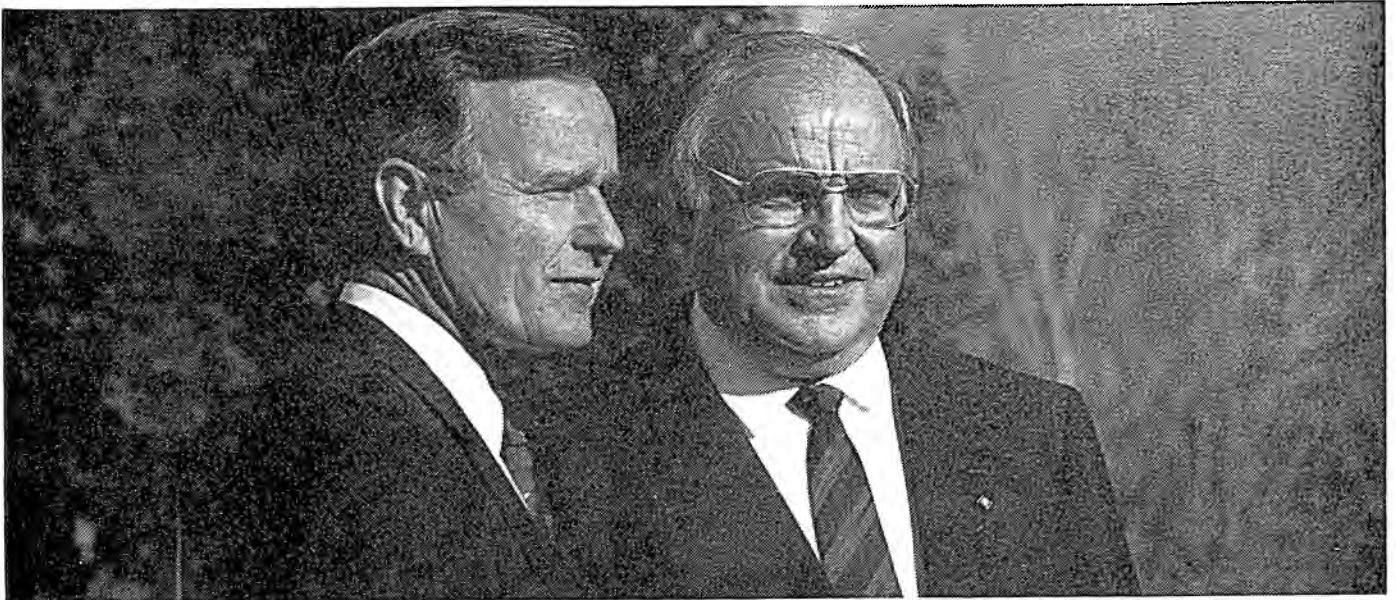


US-Außenminister Baker und der sowjetische Außenminister Shewardnadse bei der Vorbereitung des Treffens in Malta

und Ungarn aufgestockt. Viel ist das trotzdem nicht verglichen mit den 5 oder mehr Milliarden Unterstützung für z.B. Israel oder Ägypten. Dazu sind die 938 Millionen bis jetzt nur versprochen, aber noch nicht im Haushalt bewilligt.

Bei allem Jubel über die Demonstrationen und den lawinenhaften Umsturz findet sich in den Zeitungen und Magazinen immer der Halbsatz: „Die von Michail Gorbatschow in Gang gesetzten Ereignisse (oder Reformen) ...“. Ausführlich wurde berichtet, wie Gorbatschow die osteuropäischen kommunistischen Parteien unter Druck gesetzt hat, um Reformfraktionen innerhalb dieser Parteien an die Macht zu bringen. Die Lockerung von oben, die den Beginn der Proteste

seit Nixon haben und das Auf und Ab der Beziehungen zur Sowjetunion im Detail kennen, zuerst sehr mißtrauisch gegenüber Gorbatschow gewesen seien. Daß sie aber seit den von Gorbatschow eingeleiteten Reformen in Osteuropa regelrecht für das Überleben Gorbatschows beten. Kontrollierte Reformen ist das Schlagwort. Das politische Überleben Gorbatschows wird als gar nicht so sicher dargestellt. Sein Reformprogramm habe die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Sowjetunion in vier Jahren nicht verringert. Die Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft steige. Die Protestbewegung in Osteuropa könne auch auf die Sowjetunion übergreifen. Ein weiteres Plus fürs Abwarten.



Kohl und Bush. Bei der Ostexpansion hat die BRD gegenwärtig eindeutig die dominierende Stellung im Bündnis.

Auch der Reformgruppen in Osteuropa ist sich die US-Bourgeoisie nicht so sicher. „Newsweek“ berichtet, daß sich Solidarność, seit sie an der Regierung sei, in eine Arbeiterfraktion mit sozialistischen Zielen und eine Bauernfraktion mit dem Ziel einer freien Marktwirtschaft zu spalten drohe. Die Berichte über das „Bürgerforum“ in der CSSR oder das „Neue Forum“ in der DDR verheimlichen nicht, daß es Intellektuelle sind, die die Reformforderungen angeführt haben. Es sei klar, schrieb eine Zeitung anlässlich der großen Demonstration von 500 000 in Prag, daß die Bewegung ein Eigenmoment angenommen habe und daß die kleinen Gruppen, die ursprünglich aufgerufen hatten, diese großen Massen nicht mehr im Griff haben. Unter dem Titel „Die Rückkehr Alexander Dubceks“ sinniert Newsweek über die Chancen des „Altkommunisten Dubcek“. Nach dem Applaus auf den großen Kundgebungen zu urteilen seien sie hoch. Dazu könne er wahrscheinlich auf die Unterstützung von 400 000 Kommunisten zurückgreifen, die nach 1968 aus der Partei gesäubert worden seien.

Auch die Gesinnung der DDR-Bevölkerung ist nicht ganz nach Wunsch. Newsweek schreibt: „Ostdeutsche Beamte, die die von (Besuchen im) Westen Zurückkehrenden befragten, berichteten, daß 87% der Befragten im Osten bleiben und für ‚Erneuerung‘ arbeiten wollen.“ Und: „Wenn Krenz und Modrow eine Trumpfkarte haben, dann ist es die Art und Weise, wie ‚Sozialismus‘ als ein Konzept immer noch alle Diskussionen über Ostdeutschlands Zukunft färbt.“

Sind sich die US-Imperialisten schon nicht sicher, ob sie diesen Gruppen ihre Kredite und Investitionen anvertrauen können, so haben sie noch mehr Zweifel, ob diese Gruppen lange überleben werden, wenn die Wucht der Wirtschaftsreformen die Lohnabhängigen trifft und der anfängliche Vertrauenskredit aufge-

braucht ist. „Im Augenblick, zumindest“, schreibt Newsweek, „... verstehen sie (die Polen, d. Red.), daß die Reformen höhere Preise bedeuten.“ Und zitiert dann einen kommunistischen Abgeordneten: „Die Leute in unserer Partei sind erstaunt, daß Masowiecki das alles machen kann. Wenn wir ein Zehntel davon gemacht hätten, wäre das Land in Flammen aufgegangen.“ Der „Philadelphia Inquirer“ berichtet aus Ungarn, daß die Armen ärmer und die Reichen reicher werden.

Ein weiteres Problem, so ein Zeitungskommentator, das einem raschen Eindringen von US-Kapital entgegensteht, ist, daß diese Länder nach über 40 Jahren Staatswirtschaft keine Einrichtungen wie private Kredit- und Investitionsbanken, kein Immobilienwesen usw. haben. Alles läuft über die staatlichen Ämter, beschwert sich der Kommentator. Der US-Konzern General Electric, der sich mit 150 Millionen Dollar in Ungarn einkaufen wollte, bekam das zu spüren, als eine untere Verwaltungsebene den Ausverkauf des ungarischen Betriebs ablehnte. Es werde Jahre dauern, bis die gesetzlichen und funktionellen Voraussetzungen für eine Privatwirtschaft geschaffen seien.

Wahrscheinlich ist die Tugend des Abwartens aber mehr aus der Not geboren. Einmal hat das US-Kapital nicht so gute Verbindungen in die osteuropäischen Länder wie die westeuropäischen Konkurrenten. Das gilt ganz besonders für Verbindungen in die DDR, die ein Monopol der BRD zu sein scheinen. Zum anderen ist das Geld knapp. Die US-Regierung hat gewaltige Schwierigkeiten, das riesige Haushaltsdefizit von 150 Mrd. Dollar zu finanzieren, und das seit Jahren anhaltende Handelsbilanzdefizit von 100 Mrd. Dollar macht die Sache nicht besser. Viele US-Konzerne sind durch die Welle von Aufkäufen stark verschuldet und müssen kurzfristig Profite machen. Investitionen in Osteuropa,

sind aber langfristige Anlagen. Vor zehn Jahren sei kein Profit zu erwarten. U.S.-News schreibt: „Amerikas langsames Herangehen kommt zum Teil aus dem Glauben, daß die Europäer, insbesondere die Deutschen, jetzt die Finanzkraft haben, um die Führung zu übernehmen, und teilweise aus der Besorgnis, daß eine plötzliche Infusion einer großen Menge Geldes vielleicht Verschwendung ist in Systemen, die sich noch damit herumschlagen, den Stalinismus abzuwerfen.“

In den letzten Wochen wird der Chor, der leise mit dem Fall der Mauer begann, immer lauter: Abrüsten, Geld sparen. Es wird inzwischen von einem Truppenabbau von 300 000 Mann über mehrere Jahre gesprochen und von Ersparnissen von 60 Mrd. Dollar. Die neueste Ausgabe von „Business Week“ bringt als Titelseite: „Die Friedens-Ökonomie“. Im „Wall Street Journal“ wird sogar spekuliert, daß das neue Gefühl zunehmender Sicherheit die chronisch niedrige Sparquote in den USA erhöhen könnte und damit neues Investitionskapital schaffen könnte. Präsident Bush und die Kapitalisten haben keinen Zweifel daran gelassen, daß die „Friedens-Dividende“ nicht für soziale Programme da ist, sondern zur Verringerung des Defizits und damit zur Vermehrung und Verbilligung von Investitionskapital.

Die sowjetische Wirtschaft ist ebenfalls durch die riesigen Militärausgaben überlastet. Die durch die Ereignisse in Osteuropa mögliche Truppenreduzierung sowohl der USA als auch der Sowjetunion ist das neue gemeinsame Interesse, daß die beiden Supermächte zur Zeit verbindet und ihre Aussicht bestärkt, die Kontrolle über Europa beizubehalten.

Quellenhinweis: Newsweek, 27.11. und 4.12.89; U.S. News, 27.11.89; Time, 4.12.89; New York Times, 16. bis 30.11.89; Philadelphia Inquirer, Oktober bis 4.12.89; Wall Street Journal, 27.11.89; Business Week, 11.12.89 — (herger)

Ausländergesetze

DGB und Kirchen für humanes Recht

Der DGB und der Ökumenische Vorbereitungsausschuß zur Woche der ausländischen Mitbürger haben eine gemeinsame Erklärung gegen Schäubles Gesetzentwurf zur Verschärfung des Ausländerrechts verabschiedet. Die Stellungnahme ist von humanen und christlichen Interessen formuliert, stellt aber die Existenz eines eigenen Ausländerrechts nicht in Frage. Kritiken von antisemitischen Kräften sind zum Teil übernommen (Rotationsprinzip). Da die Argumentationen von DGB und Kirchen Anhaltspunkte für eine Kritikkampagne liefern, möchten wir sie kurz darstellen:

Verbesserung des Aufenthaltsrechts: Kritisiert werden die Voraussetzungen, die erfüllt werden müssen. Sie kritisieren die Verschärfung der Ausweisungsgründe. So kann die unbefristete Aufenthaltserlaubnis bei Arbeitslosigkeit nachträglich wieder befristet werden.

Eigenständiges Aufenthaltsrecht: „Ausländische Ehegatten, denen der Nachzug gestattet wurde, sollten von vornherein auch Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten.“

Einbürgerung: Leichtere Einbürgerung sei auf Jugendliche beschränkt. Regelungen zur Hinnahme von Mehrstaatigkeit sind notwendig.

Familiennachzug: Der Nachzug von Kindern soll nach wie vor ausgeschlossen werden, wenn nur ein Elternteil in der BRD lebt. Kritisiert wird, daß auch minderjährige Kinder einer Aufenthaltsgenehmigung bedürfen.

Ausweisung: DGB und Kirche kritisieren, daß die Ausweisungsgründe verschärft werden sollen: „Gerade bei straffällig gewordenen Ausländern sollten die menschlichen Belange der Betroffenen gewahrt bleiben. Darauf nimmt der Entwurf kaum Rücksicht. So können selbst minderjährige Jugendliche, die hier aufgewachsen sind und deren Eltern beide in der Bundesrepublik leben, unter bestimmten Umständen ausgewiesen werden.“

Einreise zur Arbeitsaufnahme: Kritisiert wird, daß der Aufenthalt nach Zweck und Dauer festgelegt und beendet werden kann. „Damit wäre das Saisonarbeiter- und Rotationsprinzip gesetzlich eingeführt.“

Politische Betätigung: „Aus Anlaß eines Staatsbesuches oder von internationalen Konferenzen können Ausländer gezwungen werden, in ihrer Wohnung zu bleiben oder sich anderswo im Bundesgebiet aufzuhalten.“

Flüchtlinge: Die Verfasser verweisen darauf, daß der Flüchtlingskommissar der UNO diese Regelungen als „völkerrechtlich nicht ausreichend“ ansieht. Die zentralen Abschiebemöglichkeiten werden kritisiert, daß für Minderjährige eine

Visumspflicht verlangt wird und damit Kinder aus Kriegs- und Krisengebieten betroffen sind.

Inzwischen gibt es auch Kritik aus den Reihen der CDU. Die Ausländerbeauftragte aus Westberlin, John, kritisierte die jüngste Vereinbarung von Stoiber und Schäuble, daß im neuen Gesetzentwurf für die Aufenthaltsgenehmigung nicht mehr ausreichender, sondern „angemessener Wohnraum“ verlangt wird.

Der DGB und die Kirchen fordern die Bundesregierung auf, das Gesetz nicht unter Zeitdruck zu verabschieden und verlangen eine intensive Diskussion insbesondere mit den Ausländern selber. DGB und Kirchen schlagen eine Art Aktionsprogramm vor, das u.a. öffentliche Veranstaltungen und Pressearbeit vorsieht. Am 21. März 1990, dem internationalen Tag zur Beseitigung der Rassen Diskriminierung, sollen Veranstaltungen durchgeführt werden. — (jöd)

Wohnungsbauprogramm

Kommunale Kritik an Bund fördern

Bei einer „wohnungspolitischen Sonderkonferenz“ des Deutschen Städtetages in Köln Ende November verteidigte die Bundesbauministerin Gerda Hasselfeldt (CSU) das Wohnungsbauprogramm der Bundesregierung gegen die zunehmende Kritik der Kommunalpolitiker. Aus den Reihen der CDU wies der Präsident des Städtetages, der Stuttgarter OB Rommel, darauf hin, daß das Wohnungsbauprogramm vom Volumen bei weitem nicht ausreiche. Um jährlich 100 000 Sozialwohnungen zu bauen sei ein Zuschuß von jährlich 10 Milliarden DM nötig. Dieser Zuschuß müsse vom Bund kommen, da die Eingliederung der Einwanderer aus den Ostblockstaaten und der DDR eine „Kriegsfolgelast“ sei. Zur Finanzierung fordert Rommel eine Steuererhöhung. Die Bundesbauministerin lehnte diese Forderung von CDU und SPD aus „Konjunkturgründen“ ab. Regierungspolitiker kritisieren jetzt immer häufiger die „Trabantenstädte“ der sechziger Jahre — mit Absicht. Sie setzen auf die bessere Ausnutzung des alten Wohnungsbestandes. In Unionskreisen wird schon seit einiger Zeit diskutiert, daß die bestehenden Städte mit ihrer Infrastruktur „verdichtet“ werden müßten. Der „kostbare Grund und Boden“ könnte damit geschont werden. Von der Kreditanstalt für Wiederaufbau werden für diesen Zweck Finanzhilfen an Private von 1,5 Milliarden DM zur Verfügung gestellt zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum in bestehenden Gebäuden. Geld gibt es also für den Ausbau von Dachgeschossen und für den Umbau oder die Aufteilung großer Wohnungen in kleinere Einheiten. Bis solche Baumaßnahmen in ausreichendem Umfang vollzogen sind, sucht die Bundesre-

gierung aber noch nach billigeren Marktneuheiten. Ein Angebot der Fertighaushersteller von Mitte Oktober, innerhalb von sechs Wochen 1000 neue Wohnungen zu errichten, hat die Bundesregierung aber abgelehnt, was zu einer entsprechenden unfreundlichen Reaktion dieser Branche geführt hat. Das Bundesbauministerium ist demgegenüber in den USA fündig geworden. 60 sogenannte „Mobile Homes“ sollen importiert werden. Die Absicht besteht, noch vor Weihnachten die ersten Aus- und Übersiedler aus den Containern und Turnhallen in diese Mobilhäuser einzuquartieren. Bundeswehrgelände wird vom Bund dafür zur Verfügung gestellt werden. Die Kommunen müssen aber auch Bauland dafür ausweisen. — (dil)

Demokratische Ärzte (VDÄÄ) Verband diskutiert Tariffähigkeit

Der Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte plant seit einiger Zeit die Bildung eines tariffähigen Arbeitgeberverbandes gegenüber der Gewerkschaft ÖTV. Ziel ist, für die Arzthelferinnen ein anständiges Gehalt tariffähig zu machen. In Vorbereitung dieses Ziels erörterte der VDÄÄ ein Positionspapier, das vollständig im Informationsdienst Gesundheitspolitik Nr. 25/89 veröffentlicht ist. Wir drucken im folgenden Auszüge daraus ab. — (uld)

Die jetzige Situation in den Praxen ist gekennzeichnet durch mangelhafte Einhaltung der Arbeitszeiten, unzureichende Vergütung, oft unterhalb von Tarifverträgen, allerdings mit großen Schwankungsbreiten, da in einigen Bereichen bereits ein Mangel an Arzthelferinnen besteht, z.T. auch übertarifliche Bezahlung. Mangelhafte Einhaltung der Arbeitszeit, keine Bezahlung für Überstunden, gegenüber dem öffentlichen Dienst verkürzte Urlaubszeiten, keine ausreichende Fortbildungsmöglichkeit. Der Unkostenanteil beträgt in der Regel ca. 25 % Umsatzanteil.

In der Bundesrepublik arbeiten nach offiziellen Angaben (unsichere Angaben) ca. 140 000 Arzthelferinnen. Die tatsächliche Zahl dürfte bei etwa 250 000 liegen, da sehr oft sog. „geringfügig vergütete Arbeitsverhältnisse“ mit Bezahlung bis 460 DM im Monat unterhalten werden und die tatsächliche Zahl der Beschäftigten verschleiern.

Die wünschenswerte Korrektur der Arbeitsverhältnisse ist einfach zu formulieren:

- Regelung und Einhaltung der wöchentlichen Arbeitszeit,
- Urlaubsverlängerung,
- Regelung und Bezahlung von Überstunden,
- Fortbildung und Qualifizierung,
- Ausbildungsberechtigung für die Arzt-

helferin darf nicht alleine beim Arzt bleiben.

Nach Vorgesprächen innerhalb des hessischen Raumes sowie mit den Bremer Kollegen ... erscheint die Erhöhung des Lohnanteils am Praxisumsatz der Ärzte zumutbar. Angleichung der Gehälter an im öffentlichen Dienst übliche Vergütungen erscheint möglich. Wegen der bereits bestehenden BAT-Regelung mit Eingruppierungsmerkmalen für die Arzthelferinnen (...) sollte eine *einheitliche* Tarifvertragsfindung für den gesamten Gesundheitsdienst angestrebt werden, d.h. daß eine Forderung, die Übernahme von BAT für die Arztpraxis als Vergütungsgrundlage für die Arzthelferinnen, herangezogen werden könnte. Dies hat

nicht formale Gründe. Die Angliederung der Arztpraxis an Vergütungsstrukturen im öffentlichen Dienst eröffnet längerfristig die Möglichkeit, auch über Vergütungen der ärztlichen Leistungen in der niedergelassenen Praxis nachzudenken und verkrustete Strukturen einer Kleinunternehmertätigkeit in Frage zu stellen. Es erleichtert den längst fälligen Einstieg in die Diskussion über Vergütung der ambulanten ärztlichen Leistung. Die Betrachtung der Arztpraxis als Arbeitsplatz unter Wahrung der Interessen der zu Versorgenden und der dort Arbeitenden darf nicht primär unter finanziellen (Zumutbarkeits-) Gesichtspunkten geführt werden ...

Geprüft wird mit einem Arbeitsrecht-

ler, welche Voraussetzungen notwendig sind, um einen Arbeitgeberverband zu gründen. Bisher sind 17 Namen von niedergelassenen Kollegen bekannt, gleichzeitig Mitglieder im VDÄÄ, die bereit sind, an einem solchen Tarifvertrag mitzuwirken. Mit der Gewerkschaft ÖTV wurde vereinbart, daß bei Vorhandensein eines funktionierenden Verbandes die Gewerkschaft ÖTV auch bereit ist, mit uns Verhandlungen zu führen.

Durch gut organisierte und effiziente Öffentlichkeitsarbeit müßte eine gute Möglichkeit bestehen, die konservativen Arbeitgeber in Zugzwang zu bringen und die Organisierungsmöglichkeiten der Arzthelferinnen in der ÖTV zu verbessern.

PKK-Prozeß vor dem OLG Düsseldorf

„Wir sitzen auf der Anklagebank, weil wir die PKK verteidigen“

Im PKK-Prozeß vor dem OLG Düsseldorf werden Verteidiger und Angeklagte in den nächsten Tagen ihre Anträge und Erklärungen zur Begründung des Antrags auf Einstellung dieses Schauprozesses abschließen. Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus der Erklärung Ali Haydar Kaytans und aus dem Teil des Einstellungsantrags der Verteidigung, der sich mit dem Versuch der Bundesanwaltschaft befaßt, angebliche Tötungen im PKK-Lager Barlias im Libanon zum Gegenstand des Verfahrens zu machen. Die gesamten Erklärungen der Angeklagten zur Eröffnung des Verfahrens und die Erläuterungen der Verteidigung für den Einstellungsantrag werden in den nächsten Wochen vom Kurdistan-Komitee in der BRD e.V. in zwei getrennten Broschüren veröffentlicht werden. — (rül)

A. H. Kaytan: Erklärung zum Antrag auf Einstellung

„... Die gegen uns vorbereitete Anklage ist ein typisches Szenarium. Dieses Szenarium stützt sich auf die grundlegende Behauptung, daß unsere Partei eine ‚terroristische‘ Organisation sei; zur Unterstützung wird ein Organisationsnetz erfunden, das verworren ist und tatsächlich zu keinem Zeitpunkt existiert hat, geht man hin und erfindet Straftaten, die der Funktionsweise dieser Organisation entsprechen. Entsprechend der in diesem Drehbuch vorgesehenen Rollenverteilung sind jedem von uns einige dieser ‚Straftaten‘ aufgebürdet worden. Jedoch hat unsere Inhaftierung nicht im entferntesten mit diesen Straftaten zu tun. Daß wir als Individuen bis zum heutigen Tag inhaftiert sind und daß wir in diesem Zeitraum einem unmenschlichen psychologischen Terror ausgesetzt waren, der darauf abzielt, unsere Persönlichkeit zu zerstören, ist einzig und allein dadurch begründet, daß wir die Rolle des ‚Bereuenden‘, die man wollte, daß wir sie spielen, abgelehnt haben. Individuell ist dies die einzige Schuld, die wir auf uns geladen haben. D.h., wir sitzen hier auf der Anklagebank nur deshalb, weil wir die PKK verteidigen und es abgelehnt haben. Agenten des deutschen Imperialismus zu werden, der diese bei der Liquidierung der Existenz Kurdi-

stans und des Kurdentums eingesetzt hätte; wir haben es abgelehnt, zu Agenten zu werden, weil wir sonst die Bande zur Menschlichkeit durchtrennt hätten. Eine Bestrafung, die ausschließlich deshalb erfolgt, weil wir die PKK-Bewegung verteidigen, ist ein politisches Verhalten und aus diesem Grund wird eine solche Strafe für uns ein Anlaß zur Ehre sein ...

Wir wollen noch einmal kurz zusammenfassen, wie es zu diesem Verfahren gekommen ist. Die Tatsache, daß die PKK die zuvor initiierten Verschwörungen aufdeckte und die Tatsache, daß der sich entwickelnde Guerilla-Krieg in Kurdistan die Ausweglosigkeit der türkischen Armee vertiefte, hat die NATO gezwungen, umfangreichere Aggressionspläne zu entwickeln. Man mußte zu einem Vernichtungskrieg gegen die PKK greifen. Hierbei handelt es sich um einen Spezialkrieg, der dem US-Imperialismus und der NATO nicht fremd ist. Die BRD hat die Verantwortung zur Umsetzung des Hauptbestandteils dieses Kriegsplans übernommen ... Es war die bundesdeutsche Polizei, die hier als erste aktiv wurde und anfangs darauf abzielte, nicht Menschen festzunehmen, sondern Dokumente sicherzustellen. Jedes Stück beschriebenes Papier, das sie fand, hat sie beschlagnahmt. Im Zusammenhang damit wurden einige Personen aus den Reihen der PKK gekauft und darauf vorbereitet, die Partei von innen

her zu übernehmen. Nachdem die Bedingungen für eine Operation gereift waren, hat man die Notwendigkeit verspürt, einen angemessenen Anlaß zu finden, damit die Aggression beginnen konnte. Um dieser Operation einen legitimen Anschein zu geben und die Verhaftungen vornehmen zu können, hat man aus der Türkei einen Agenten hierher gebracht. Aus dem Agenten wurde ein Denunziant ... Losgelöst von unserer Partei sind wir in diesem Krieg unvorbereitet getroffen worden und wurden vom deutschen Imperialismus gefangengenommen. Die Bundesanwaltschaft und Kriminalpolizei behandelte uns, als ob wir politische Geiseln wären. Uns wurde eröffnet, daß wir freigelassen würden, wenn wir unsere Seele dem Imperialismus verkaufen und zu Agenten würden. Die Agenten des Imperialismus ihrerseits glaubten, daß nunmehr der Tag für sie gekommen sei. Das Feld schien verlassen zu sein. Und sie heulten: „Wir werden Apo beseitigen und die PKK erobern.“ Dieser Plan lief anfangs ohne Störung. Jeder führte seine Aufgabe, die ihm zugeteilt war, gut durch. Die faschistische türkische Armee stürzte sich mit all ihrer Kraft auf Kurdistan. Und sie scheute nicht einmal davor zurück, chemische Waffen gegen die Guerilla-Kräfte einzusetzen ... Das Ziel war definitiv und deutlich: die vollständige Liquidierung der PKK-Bewegung als eine politische und organisatorische Kraft.

Doch wurde all dies wiederum nicht erreicht, der Plan geriet ins Stocken ... Die Tatsache, daß diese Liquidierungsoperation genau an dem Punkt bloßgestellt wurde, an dem sie ansetzte, hat vor allem dazu geführt, daß sich dieses Verfahren, das auf der Tagesordnung steht, von seinem Ausgangspunkt entfernt hat. Das Ziel, unsere Partei zu liquidieren, ist nun der Absicht gewichen, dem nationalen Unabhängigkeitskampf Kurdistans in West-Europa Verletzungen zuzufügen. Der Grund dafür, daß dieses Gerichtsverfahren so spät eröffnet worden ist, liegt darin, daß man die Ergebnisse des Liquidierungsplans, der hauptsächlich im Ausland verwirklicht werden soll, abwarten wollte. Leider verhält es sich nun aber so, daß die Anklagebehörde einen vollständigen Verlust ihrer Illusion hinneh-

men mußte, was ihre Erwartungen betraf. An dem angekommenen Punkt versucht der deutsche Imperialismus dieses Gerichtsverfahren umzufunktionieren zu einem feindlichen Instrument der Propaganda gegen unsere Partei und gegen unseren Kampf. Durch diese inhaltlich faschistische Propaganda, die von bestimmten Zentren aus geleitet wird, versucht man in der BRD, eine „PKK-Gefahr“ herbeizureden und bereitet ein legitimes Fundament für die von der imperialistischen Polizei forcierten Maßnahmen zur Pazifizierung. Unter den gegebenen Bedingungen zielt man mit diesem Verfahren darauf ab, der Unterstützung des Unabhängigkeitskrieges in Kurdistan aus West-Europa einen Riegel vorzuschieben, kurdische Politiker, die dem Freiheitskampf ihres Volkes vieles geben können, einzukerkern, durch Unterdrückung und Terror einige schwache Personen zu Agenten zu machen und auf dieser Grundlage dem faschistischen türkischen Staat behilflich zu sein.

... Entsprechend dem politischen Gehalt dieses anstehenden Verfahrens wurde die Generalbundesanwaltschaft sozusagen berechtigt, Städte in Brand zu stecken, während man uns Gefangenen im Vergleich dazu gar des Rechts beraubte, Kienhölzer anzustecken. Das Abkommen zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten, das die Unterschrift auch der Bundesrepublik Deutschland trägt, gewährt jedem Angeklagten „das Recht auf ausreichende Zeit und Erleichterungen zur Vorbereitung seiner Verteidigung“; bei diesem konkreten Gerichtsverfahren ist dieser Anspruch zu einem vollständig toten Recht degradiert worden. Wir sind der Möglichkeiten und Bedingungen beraubt, die für die Vorbereitung notwendig sind. Man verhindert, daß alle erdenklichen Bücher, Zeitschriften, Unterlagen und Dokumente, die für die Vorbereitung der Verteidigung der Gefangenen notwendig sind, diese erreichen. Die Korrespondenz zwischen den Gefangenen und ihren Verteidigern unterliegt völlig der Willkür, die Unterlagen, die unsere Verteidiger versucht haben, uns zukommen zu lassen, wurden an sie zurückgeschickt. Während die Bundesanwaltschaft unser Parteiprogramm in beliebiger Weise verfälscht, wurde das PKK-Programm, ein dünnes Büchlein, unseren Anwälten zurückgeschickt mit der Behauptung, daß dieses „mit der Verteidigung des Angeklagten nichts zu tun hat“ ... Die ehrverletzenden Maßnahmen, zu denen man in diesem Gerichtssaal und vor den Augen der Welt greift, weil man sie als für uns angemessen erachtet, zeigen, unter welchen Bedingungen wir im Gefängnis gehalten werden ...

Wir wissen, daß unsere unten aufgeführten Forderungen nur natürlich und menschlichen Inhalts sind, wir glauben, daß es sich hierbei um unser unverzichtbares Recht handelt und wir erwarten, daß unsere Forderungen umgehend erfüllt werden:

1. Den Gefangenen muß offiziell der Status von politischen Gefangenen zuerkannt werden.

2. Um gegenüber der Anklage, die als ein Dokument vorbereitet wurde, unsere gemeinsame Verteidigung vorbereiten zu können, müssen alle Gefangenen in einem Gefängnis zusammengelegt werden.

3. Die Trennscheibe muß entfernt werden, die Bediensteten, die zwischen den Gefangenen sitzen, sind zu entfernen, und es muß gewährleistet werden, daß wir neben unseren Verteidigern sitzen.

4. Die Beschränkungen und Verbote bezüglich aller Bücher, Zeitschriften und Zeitungen müssen aufgehoben werden, die Bücher, die uns von den Verteidigern und uns Nahestehenden geschickt werden, dürfen nicht abgewiesen werden.

5. Der Beschluß des Gerichts über die Beordnung eines „Sicherungsanwalts“ für jeden Gefangenen muß aufgehoben werden, es muß sichergestellt werden, daß in diesem Zusammenhang die in unseren Anträgen an das Gericht benannten Anwälte am Verfahren teilnehmen können.

6. Uns muß erlaubt werden, die Zeitungen Serxwebun und Berxwedan zu abonnieren.

7. Die Einsetzung eines Kontrollrichters muß beendet werden, die freie Korrespondenz mit unseren Verteidigern darf nicht behindert werden.

8. Die Bedingungen des psychologischen Terrors in den Gefängnissen, die Isolation und alle erdenklichen ehrverletzenden Maßnahmen müssen ein Ende finden.

9. Man muß aufhören, unsere Briefe zu beschlagnahmen und unsere Korrespondenz willkürlich zu behindern.

10. Allen Landsleuten, die beantragen, uns zu besuchen, muß eine Erlaubnis erteilt werden, es muß ermöglicht werden, daß wir bei Besuchen unserer Verteidiger und uns Nahestehender unmittelbar zusammensitzen.

Dieses sind unsere Forderungen. Die Bewahrung unserer politischen Identität hängt davon ab, daß unsere Forderungen, die Ausdruck unveräußerlicher Rechte sind, erfüllt werden. Wir hoffen, daß Sie in Zukunft diese Praxis, die unsere Rechte usurpiert, unterlassen ...

Wir werden die Verschwörungen besiegen! Kurdistan wird siegen! Nieder mit dem Imperialismus! Nieder mit Kapitulation und Verrat! Es lebe die Arbeiterpartei Kurdistans und unser Führer Abdullah Öcalan! Alles für ein unabhängiges und freies Kurdistan! Alles für ein menschenwürdiges und ehrenvolles Leben! Es lebe der proletarische Internationalismus!

7. November 1989

Ali Haydar Kaytan

„... völkerrechtswidrige Anmaßung einer Weltpolizistenrolle“

... Der Senat hat das Tor aufgestoßen zu einer massiven und — betrachtet man es im Zusammenhang mit der Eröffnung der Libanon-Anklage — prinzipiell nur noch Erwägungen politischer Opportunität begrenzten Kriminalisierung von Auslandsvereinigungen. Es ist absehbar, daß sich dies vor allem auf Befreiungsbewegungen auswirken wird. Es handelt sich tatsächlich um einen strafrechtlich getarnten Angriff

auf das seit dem 2. Weltkrieg entwickelte System des Schutzes solcher Bewegungen durch das humanitäre Kriegsvölkerrecht, der durch das Zusatzprotokoll I von 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949 noch verstärkt werden sollte ...

Neben dem zentralen Anklagevorwurf der „terroristischen Vereinigung“ verdeutlicht vor allem die Zulassung der weiteren Anklage des Generalbundesanwalts vom 30.12.1988 wegen angeblicher Mitwirkung zweier Angeklagter an der Erschießung von zwei im Guerilla-Camp der PKK in Barlias/Libanon in Parteihaft genommenen Personen „zu einem nicht bekannten Zeitpunkt im Januar/Februar 1987“ als Mittäterschaft an zweifachem Mord im Sinne des § 211 StGB die rechtsstaatliche Fragwürdigkeit aber auch die politischen Vorgaben des Verfahrens. Wie sich aus der Anklage ergibt, ist der Bundesanwaltschaft weder der Verbleib der nach ihrer Behauptung Erschossenen, noch in einem Fall auch nur der Name des Erschossenen bekannt.

Mit dieser Anklage hat die Bundesanwaltschaft das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland verlassen und einen Anklagevorwurf wegen von Ausländern im Ausland begangenen Taten erhoben, was gemäß § 7 Abs. 2 S. 2 Nr. 2 StGB nur unter ganz besonderen Umständen überhaupt möglich ist. Aber nicht nur das: Sie hat zum ersten Mal Vorgänge, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Befreiungskampf in einem anderen Land stehen — Vorgänge aus einem Guerilla-Ausbildungscamp einer Befreiungsbewegung — zum Gegenstand einer Anklage gemacht.

Die Verteidiger der beiden wegen der Vorgänge in Barlias Angeklagten legten in ihrer Einwendungsschrift gegen die Eröffnung des Hauptverfahrens dar, daß sämtliche nach § 7 Abs. 2 S. 2 Nr. 2 StGB erforderlichen Voraussetzung für die Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts nicht gegeben sind und daß insbesondere in Syrien und Libanon die Vorgänge im Lager Barlias strafrechtlich nicht verfolgt werden, weil sie als im Zusammenhang mit einem durch das heutige humanitäre Kriegsvölkerrecht (insbesondere Zusatzprotokoll I zum Genfer Abkommen vom 12.12.1977) stehenden bewaffneten Konflikt anerkannt werden.

Bundesanwaltschaft und 5. Strafsenat des OLG Düsseldorf veranlaßten daraufhin bei verschiedenen Instituten und Botschaften Nachfragen, die zu keinem irgendwie die Verteidigung widerlegenden Ergebnis führten. Dennoch ließ der Senat mit seinem Eröffnungsbeschluß vom 31.08.1989 auch diese Anklage zu, ohne auch nur irgendein Wort über die Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts zu verlieren ...

Auf der Basis der nun zugelassenen Libanon-Anklage könnte durch die Justizorgane der BRD in der Tat begonnen werden, sich unmittelbar in Aktionen von Befreiungsbewegungen auf der ganzen Welt unter dem Vorwand der Strafverfolgung einzumischen — eine ungeheuerliche und völkerrechtswidrige Anmaßung einer Weltpolizistenrolle.“ (RA Schubert)

Sachverständigenutachten

„Freche Ergüsse bezahlter Lobbyisten des Großkapitals“

Der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (SVR) hat sein Jahresgutachten 1989/90 an die Bundesregierung überreicht. Dem Jahresgutachten kommt wesentlich der Wert einer Programmschrift für den wirtschafts- und ordnungspolitischen Kurs der Bundesregierung zu. Laut Deutschem Industrie- und Handelstag liegt der Sachverständigenrat richtig: sein Gutachten sei ein „Kursbuch für die Neunziger Jahre“.

Expansionsschub

Verlautbarungen der Bundesregierung schwelgen in Erfolgsmeldungen: Höchstes Wirtschaftswachstum in einem Halbjahr seit 13 Jahren, Stimmung der Unternehmen so gut wie zuletzt 1969 ... Der Sachverständigenrat spricht von einer „neuen Qualität des Expansionsprozesses“: die Unternehmen investieren mehr in Modernisierung, Verbesserung und Ausbau der vorhandenen Produktionsanlagen, bringen vermehrt neue Produkte auf den Markt und erschließen neue Märkte. Doch deutet er selbst, wenn auch verschämt-dezent, heraufziehende Krisenanfälligkeiten an: „Überschätzen darf man die erreichte Wachstumsdynamik allerdings nicht; denn ohne den starken Zuwachs der Ausfuhr ... hätten Produktion, Beschäftigung, Investition und Einkommen zweifellos nicht so stark zugenommen. Der Exportboom hat gute und weniger gute Seiten. Zu den guten gehört, daß überall auf der Welt wieder mehr in Erweiterung und Modernisierung der Produktionsanlagen investiert wird; bei dem hohen Gewicht, das Ausrüstungsgüter im Exportsortiment der Bundesrepublik haben, profitieren deutsche Hersteller davon in besonderem Maße. Zu den weniger guten Seiten zählt, daß eine niedrige reale Bewertung der D-Mark gegenüber den Währungen wichtiger Partnerländer ... seit mehr als zweieinhalb Jahren der Expansion der Auslandsnachfrage Vorschub leistet und einen kräftigen Anstieg der Einfuhr hemmt; dies birgt nicht nur das Risiko struktureller Verwerfungen, sondern macht es auch schwerer, Kosten und Preise stabil zu halten.“ (Pkt. 47)

Ein Nachlassen der Auslandsnachfrage hätte ein jähes Einbrechen der Konjunktur zur Folge. Ein weiteres Moment kommt hinzu. Der Modernisierungsschub in Anlagen und Produkte besteht ganz wesentlich in Einführung von Informations- und Kommunikationstechnik. Ein gewisser Sättigungsgrad hier und die eintretenden betriebswirtschaftlichen Hürden zur Verwirklichung von CIM-Träumen werden in Richtung Sin-

ken der Profitrate wirken. Zur Zeit gebildete Konsortien zwecks Ergatterung aussichtsreicher Schnäppchen — etwa beim mobilen Telephonnetz — werden in wenigen Jahren aggressivst nach neuen Märkten „nachfragen“. Nicht umsonst kündigt der Sachverständigenrat ein Sondergutachten über „Aussichten der neuen Entwicklungen in der DDR“ an. Und nicht umsonst legt er ein Programm vor zu langwirkenden Lohnsenkungsmechanismen. Damit auch bei drückenderen Verwertungsbedingungen die Profitmacherpumpe noch geschmiert bleibt.

Empfehlungen

Der Sachverständigenrat merkt treffsicher, daß im kommenden Jahr insbesondere in der Metallindustrie die IG Metall

wie auch Umwälzungen der Belegschaften über Entlassungen und Einstellungen sollen ohne Mitbestimmungs- oder Kündigungsschutzreißung passieren. Das zielt auf Anpassung der Belegschaftsgrößen ans jeweilige Geschäft und Leistungssteigerung (jung im Austausch gegen alt).

Lohn: Einmalnachschatz für mehrjährige Laufzeiten bei gleichzeitiger Ausschaltung eines Inflationsausgleichs in der Lohnerhöhung: über die Preisbildung hätten die Kapitalisten alle Möglichkeiten, die Lohnabhängigen nach Belieben zu schröpfen. Mit der ertragsabhängigen Lohnkomponente bezahlen die Belegschaften gleichzeitig sinkenden Geschäftsverlauf aus ihrer Tasche. Steigen der Reproduktionskosten und Sinken des Lohns in Kapitalistenregie — so läßt sich „Expansion neuer Qualität“ auch unter schwieriger werdenden Marktbedingungen durchführen.

Die DKP-Zeitung „UZ“ kommentiert so: „Die Gewerkschaften tun gut daran, diese frechen Ergüsse jener bezahlten



Die Bundesregierung lehnt die Unterzeichnung der Konvention über Kündigungsschutz der Internationalen Arbeitsorganisation von 1982 ab.

in der Lage ist, die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit dauerhaft wirkend zu verschieben. Eine Lohnbewegung bahnt sich an, die die Niederlagen der letzten Jahre ein wenig korrigieren kann. Der Sachverständigenrat setzt auf weitere Flexibilisierung und damit Zerlegung der Gewerkschaften in den Bereichen Arbeitszeit, Arbeitsmarkt und Lohn.

Arbeitszeit: Lediglich eine „Jahresarbeitszeit“ soll tariflich vereinbart werden. Die „erzielten Fortschritte“ zur Entkopplung von Arbeits- und Betriebszeit „bewahrt und ausgebaut“ werden. Übersetzt: Mehr Schichtarbeit, Arbeit am Samstag und Sonntag.

Arbeitsmarkt: Sowohl innerbetriebliche

Lobbyisten des Großkapitals abzuhaken und zu ihrer eigenen Tagesordnung überzugehen.“ (21.11.) Die Tarifkommission der IG Metall Baden-Württemberg hat zum Lohn inzwischen beschlossen, 8,5 Prozent, mindestens 200 DM zu fordern. Eine auch in den nächsten Jahren in Tarifen wirkende Mindesterhöhung wäre eine deutliche Bremse gegen die Ablastung kapitalistischer Wirtschaftsrisiken auf die Lohnabhängigen. Durchgesetzt würde das zum Aufwiegen der Gedankenschwere fünfzehn sachverständiger Professoren allemal hinreichen.

Quellenhinweis: „aus Bonn“, 10/II-89; HB, 21.11.89; SVR-Gutachten — Eine kürzere Fassung: CIM = „computerintegrierte Fertigung“ — (gka)

Aus der Kurzfassung des Sachverständigengutachtens

Tarifpolitik: Besonnenheit bewahren — Erfolge nicht verspielen (Ziffern 347 ff.)

69. Wie in den Vorjahren hat die Tarifpolitik auch im Jahre 1989 maßgeblich zu der stabilen Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft beigetragen. Moderate Lohnanhebungen, die größtenteils durch die mehrjährigen Tarifabschlüsse vorgegeben waren, haben die Kosten stabil gehalten. Damit wurde inflationären Anspannungen entgegengewirkt, und der Anstieg der Beschäftigung konnte an Tempo gewinnen. Doch gerade die unerwartet gute Konjunktur in diesem Jahr und davor bringt die Tarifpolitik nun in eine schwierige Lage. Die Lohnsteigerungsraten erwiesen sich, so das Urteil bei den Gewerkschaften, rückblickend betrachtet als zu niedrig, um die Arbeitnehmer voll an dem kräftigen Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Einkommens teilhaben zu lassen.

Es besteht die Gefahr, daß die bisherige Linie moderater Lohnanhebungen nicht fortgeführt wird. Mit überhöhten Lohnanhebungen würde die Tarifpolitik aber nur auf einen Konflikt mit der Geldpolitik zusteuern, aus dem letztlich nichts anderes herauskommen kann als die schlechteste Entwicklung: höhere Preissteigerungen und Einbußen bei der Beschäftigung. Besonnenheit in der Tarifpolitik ist 1990 in hohem Maße gefordert, auf beiden Seiten des Verhandlungstisches. Die Arbeitnehmer müssen sich bewußt sein, daß überhöhte Abschlüsse zunichte machen würden, was die Tarifpolitik in den letzten Jahren zur Stabilisierung des Preisniveaus und zur Verbesserung der Beschäftigung beigetragen hat. Die Arbeitgeber müssen erkennen, daß sie den Weg zu weiterhin stabilitätskonformen Lohnabschlüssen ebnen können, indem sie den Arbeitnehmern unter Anerkennung der unerwartet guten Gewinnentwicklung mit einmaligen Einkommensnachschlägen entgegenkommen.

70. Der Sachverständigenrat stellt ein „tarifpolitisches Paket“ zur Diskussion, welches den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen des nächsten Jahres und danach gerecht wird, ohne die verteilungspolitischen Implikationen der Tarifpolitik zu vernachlässigen. Das Paket besteht aus folgenden Elementen:

- Die Unternehmen leisten in Reaktion auf die unerwartet gute Gewinnentwicklung eine einmalige ‚Nachschlagzahlung‘ an die Arbeitnehmer. Der Nachschlag ist nicht als nachträgliche Gewinnbeteiligung, sondern als Bestandteil eines auf die Zukunft gerichteten tarifpolitischen Pakets zu betrachten. Seine Funktion besteht darin, den erneuten Abschluß mehrjähriger Tarifverträge mit produktivitätsorientierten Lohnanhebungen möglich zu machen.

- Die in mehrjährigen Tarifverträgen vereinbarten Nominallohnanhebungen enthalten zusätzlich zum Produktivitätsanstieg einen Aufschlag für die Preisentwicklung, der unter der für 1990 prognostizierten Preissteigerungsrate liegt und der über die folgenden Jahre deutlich verringert wird.

- Neben einem in der herkömmlichen Weise fest vereinbarten Lohnsteigerungspfad wird in den Tarifverträgen eine Alternative zur Wahl gestellt, in der fest vereinbarte mit ertragsabhängigen Lohnsteigerungskomponenten kombiniert werden. Die konkrete Ausgestaltung der ertragsabhängigen Lohnkomponente sollte betriebsindividuell vorgenommen werden.

- Weitere Verkürzungen der Wochenarbeitszeit werden

vorerst zugunsten von Einkommenssteigerungen ausgesetzt. Die tarifvertragliche Arbeitszeitpolitik sollte ein Höchstmaß an flexibler und differenzierter Arbeitszeit dadurch ermöglichen, daß in den Tarifverträgen nur noch Regelungen für die Jahresarbeitszeit vorgegeben werden.

71. Im Vorfeld der nächstjährigen Tarifverhandlungen haben sich vor allem die Gewerkschaften gegen den erneuten Abschluß mehrjähriger Tarifverträge ausgesprochen. Dies muß nicht das letzte Wort sein. Wenn man die gesamtwirtschaftlichen Gründe zugunsten mehrjähriger Verträge würdigt und die Vorteile auch für die Arbeitnehmer in Rechnung stellt, sollte es möglich sein, daß Gewerkschaften und Arbeitgeber ernsthaft die Chance ausloten, die sich für die Fortführung des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses über dieses und das nächste Jahr hinaus aus dem ‚tarifpolitischen Paket‘ ergeben.

Zur Anwendungspraxis von Regulierungen: der arbeitsrechtliche Kündigungsschutz (Ziffern 364 ff.)

72. Regulierungen lassen sich nicht allein nach ihrem Wortlaut beurteilen. Um ihre ökonomischen Auswirkungen abschätzen zu können, ist vor allem ihre Anwendungspraxis zu berücksichtigen. Auch wenn eine Regulierung von ihrem gesetzlichen Wortlaut her mit ökonomischer Effizienz vereinbar scheint, kann gleichwohl die Art und Weise ihrer Umsetzung in die Praxis wirtschaftliche Fehlentwicklungen auslösen. Ein Beispiel hierfür liefert der Kündigungsschutz.

Die Handhabung des Kündigungsschutzes wirkt auf die Einstellungschancen ein. Je höher die Entlassungsbarrieren durch den Kündigungsschutz geschraubt werden, desto höher sind auch die Einstellungsbarrieren. Dies ist der Punkt, an dem der arbeitsrechtliche Schutzgedanke zugunsten des sozial Schwächeren, der auch dem Kündigungsschutzgesetz zugrunde liegt, in sein Gegenteil umschlagen kann. Ein umfassender Kündigungsschutz mag dem gerade beschäftigten Arbeitnehmer zugute kommen; gleichzeitig werden die Beschäftigungschancen der Arbeitsuchenden und insbesondere die der Arbeitslosen vermindert.

73. Aus ökonomischer Sicht sind also Abwägungen notwendig. Gilt es einerseits, Effizienzvorteile aus dem Schutz vor willkürlichen Kündigungen zu bewahren, dürfen andererseits durch das Instrument der Kündigung nicht zu hohe Einstellungsbarrieren entstehen. Die Kündigungsschutzgesetzgebung leistet vom Wortlaut her diese Abwägung nicht. Entscheidend ist die gerichtliche Praxis bei der Umsetzung des Kündigungsschutzes.

Es liegt im Gesamtinteresse der Arbeitnehmer, daß die Arbeitsrechtsprechung, auch wenn sie naturgemäß immer nur über einen konkreten Einzelfall zu entscheiden hat, stärker als bisher die wirtschaftlichen Signalwirkungen ihrer Urteile bedenkt. Das Kündigungsschutzgesetz sollte solche Abwägungen zur Pflicht machen. Es ist sicherlich schwierig, hierfür allgemeine Kriterien zu finden; die Politik zeigt allerdings auch wenig Bereitschaft, entsprechende gesetzliche Änderungen vorzunehmen. Symptomatisch ist hierfür, daß der Gesetzgeber Mitte der achtziger Jahre nicht die Kündigungsschutzgesetzgebung modifizierte, sondern mit der Ausweitung der Möglichkeiten zum Abschluß befristeter Arbeitsverträge Wege zur Umgehung des Kündigungsschutzes eröffnete. Die Konkretisierung des allgemeinen Kündigungsschutzes wird weiterhin Aufgabe der Gerichte bleiben. Es kann nicht dafür plädiert werden, den Kündigungsschutz je nach der Lage am Arbeitsmarkt streng oder lax zu handhaben. Doch muß der Blick dafür geschärft werden, daß ein zu weit getriebener Kündigungsschutz hohe Einstellungsbarrieren schafft und dadurch der Gesamtheit der Arbeitnehmer mehr schadet als nutzt.

Südafrika/Azania

Die Imperialisten versuchen, die Sanktionen aufzuweichen

Am 23. November verurteilte die UN-Vollversammlung die BRD mehrheitlich wegen fortgesetztem Bruch des Waffenembargos gegen Südafrika, weil „zwei in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Unternehmen ... Pläne für den Bau von U-Booten und anderes, damit zusammenhängendes Militärgerät“ an Südafrika geliefert haben. Die UN-Vollversammlung forderte die BRD insbesondere auf, diesen Verstoß gegen allgemein anerkanntes Völkerrecht strafrechtlich zu verfolgen. Die Bundesregierung hatte zuvor versucht, den Passus aus der Entschließung zu Verstößen gegen das von der UN verhängte Waffenembargo

zu entfernen. Bis jetzt hat sie keine Anstrengungen unternommen, das Strafverfahren gegen die zum Teil dem Bund gehörenden Howaldswerke und gegen das Ingenieurkonto Lübeck zu eröffnen, im Gegenteil, Bemühungen der zuständigen Staatsanwaltschaft sind bisher vom Finanzministerium unterbunden worden. Der BRD-Vertreter erklärte, die Erwähnung der Bundesrepublik sei willkürlich und ungerechtfertigt, denn der Handel mit Südafrika sei legal. Diese Stellungnahme umschreibt im wesentlichen die Haltung der Bundesregierung und der westdeutschen Konzerne zu international gültigen Sanktionsbeschlüssen. Die BRD

und Großbritannien sind diejenigen imperialistischen Mächte, die regelmäßig gegen eine Ausweitung von Sanktionen und oft gegen die Verhängung von Sanktionen überhaupt auftreten und sie auch mehrfach verhindert haben. Dies ist mit dem Regierungswechsel unter den Rassist in Südafrika noch deutlicher geworden. Obwohl de Klerk keiner einzigen wichtigen Forderung der Befreiungsbewegung nachgegeben hat — der Ausnahmezustand besteht z.B. nach wie vor, zahllose politische Organisationen des Befreiungskampfes sind entweder gebannt oder haben Auflagen erhalten, die einer Bannung gleichkommen — werden selbst die beschlossenen Sanktionen gegen Südafrika zunehmend aufgeweicht. Die Regierung De Klerk soll die Mittel für eine kosmetische Reform der Apartheid und die blutige Unterdrückung und Vernichtung der Befreiungsbewegung erhalten, damit die Profitentwicklung der Monopole und Kapitalisten, die in

ANC, COSATU und UDF zu Verhandlungen

Am 6. Juni 1989 führten Vertreter der Befreiungsorganisation ANC, des Gewerkschaftsdachverbandes COSATU und der Bündnisorganisation UDF eine Beratung in Lusaka (Sambia) durch. Über das Treffen veröffentlichte die dem ANC nahestehende Zeitung „Front File“ einen Bericht, der übersetzt im „Informationsdienst südliches Afrika“ Nr. 5/89 veröffentlicht wurde. Obgleich das Treffen vor den Wahlen stattfand, enthält der Bericht einige grundsätzliche Positionen zum Vorgehen der an der ANC-Freiheits-Charta orientierten Teile der Befreiungsbewegung in Südafrika. Deshalb veröffentlichen wir einige Teile aus diesem Bericht:

2. Verhandlungen

Unsere Diskussion über diesen Punkt führte zur folgenden allgemeinen Perspektive.

Als das Thema Verhandlungen im Jahr 1987 große internationale Aufmerksamkeit erregte, machte der ANC seinen Standpunkt klar, daß er Verhandlungen erst in Betracht ziehen könne, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt würden, z. B. die Freilassung der politischen Gefangenen, die Beendigung des Ausnahmezustands usw. Das Apartheidregime war nicht bereit, irgendeinen Schritt zu tun, und das ganze Thema Verhandlungen verschwand vom Tisch. Kürzlich ist jedoch aufgrund des steigenden Drucks, der von allen Seiten auf das Regime ausgeübt wird, und aufgrund der Initiative der imperialistischen Mächte die Frage von Verhandlungen wieder aufgebracht worden. Es gibt deutliche Anzeichen, daß das Regime diesmal posi-

tive Schritte in Richtung Verhandlungen und auf Erfüllung der 1987 gestellten Bedingungen hin machen wird.

In dieser Situation ist es notwendig für uns, unsere Position zu Verhandlungen gemeinsam zu überdenken. Unsere Perspektive muß sein, eine angemessene Antwort auf diese Initiative zu finden, die — keine Verwirrung oder Spaltung in unseren eigenen Reihen zur Folge hat, — nicht zu einer Demobilisierung der Massen führt, — dafür sorgt, daß wir die Initiative gegenüber der Regierung behalten.

Es muß unterstrichen werden, daß die Diskussion über Verhandlungen keinen alternativen Ansatz des Kampfes darstellt und daß Massenaktionen und Widerstand auf allen Gebieten weitergeführt werden müssen ...

2.5. F. W. de Klerks Plan eines „Repräsentativen Forums“

De Klerk arbeitet an einem Verhandlungsvorschlag ohne Einbeziehung des ANC. Er plant eine Art „repräsentatives Forum“ aller rassischen Gruppen, das schon bald gebildet werden soll. Es ist anzunehmen, daß Thatcher zu diesem Zeitpunkt eine Kampagne zur Durchbrechung der internationalen Isolierung Südafrikas beginnen wird. Ihre Kampagne gegen Sanktionen wird an Intensität zunehmen. Eine Art Anti-Sanktions-Kampagne läuft bereits ...

2.9. Unsere Perspektiven

Verhandlungen sind wieder zum Thema der Diskussion geworden durch die Manöver der Imperialisten, die von unseren langjährigen Freunden einige Unterstützung erhalten. Die Imperialisten wollen das gegenwärtige Apartheidregime durch eine modifizierte, reformierte kapitalistische Gesellschaft ersetzen. Das unterscheidet sich sehr von dem, wofür wir gekämpft haben. Wie können wir — alternativ dazu — auf den geplanten Prozeß

antworten oder in ihn eintreten?

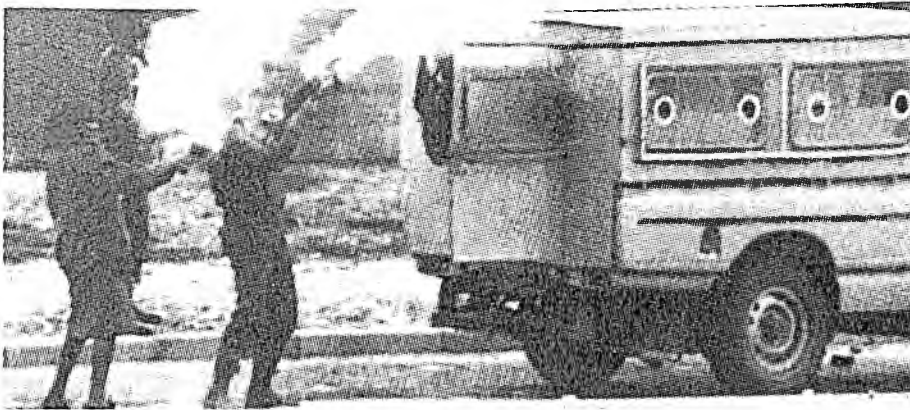
Wir müssen die Bedingungen des Wandels diktieren. Nichts soll in Gang kommen, womit wir nicht einverstanden sind. Wir müssen darum kämpfen, Kontrolle über den Prozeß zu erlangen und sicherzustellen, daß Verhandlungen, wenn sie einmal zustandekommen, echt und ernsthaft sind.

Darum ist es wichtig,

- daß wir alle, ob inner- oder außerhalb Südafrikas, gemeinsam abgestimmte Positionen vertreten,
- daß unsere Strategie es uns ermöglicht, die Kontrolle über den Prozeß zu behalten, so daß die, die intervenieren, sich mit unserer Position auseinandersetzen müssen,
- daß unsere Position von ganz Afrika unterstützt wird. Das ist entscheidend für unsere Möglichkeit, den Rest der Welt zu beeinflussen. Die Frontstaaten spielen dabei eine zentrale Rolle.

Wir müssen dazu Vorschläge ausarbeiten, bevor der Rest der Welt etwas anderes vorbringt. Die Welt muß sich mit unseren Vorschlägen befassen, statt daß wir uns mit einer anderen Initiative auseinandersetzen müssen. Das würde uns einen Vorteil verschaffen und uns in die Lage versetzen, den Prozeß zu kontrollieren und zu lenken. Wir müssen Wege finden, um die herrschende Klasse über der Frage von Verhandlungen weiter zu entzweien und zu spalten, anstatt uns darüber spalten zu lassen.

Wenn wir einen annehmbaren Vorschlag vorlegen, dürfen wir nicht den falschen Eindruck vermitteln, das Regime sei an ernsthaften Verhandlungen interessiert. Außerdem müssen wir sicherstellen, daß wir die Massen nicht demobilisieren und daß weitreichende Beratungen unter der Bevölkerung stattfinden ...



Der Ausnahmezustand hält an.

Südafrika tätig sind, nicht länger gestört wird.

Die Forderung nach Sanktionen wird von der azanischen Befreiungsbewegung nach wie vor nachdrücklich erhoben und erfährt international immer mehr Unterstützung. Die Commonwealth-Konferenz beschloß am 22. Oktober nur mit der Gegenstimme Großbritanniens einen Katalog von Forderungen für Sanktionen, sie verlangte u.a.:

„— neue Formen des finanziellen Drucks auf Südafrika zu entwickeln, um Finanzsanktionen auszuweiten und zu intensivieren, insbesondere

— sind alle wichtigen Banken und Finanzinstitute aufgefordert, härtere Bedingungen für die Tag-zu-Tag-Handelsfinanzierung zu verhängen, insbesondere, indem in den Kreditbedingungen die Zahlungsfrist auf 90 Tage reduziert wird; — sind alle Regierungen aufgefordert, Handelskredite schwieriger zu machen, indem Südafrika aus der Liste derjenigen Staaten gestrichen wird, die staatlich gestützte Handelskredite oder Rückversicherungen erhalten ...“

Nur wenige Wochen nach de Klerks Amtsantritt und noch vor Ende der Commonwealth-Konferenz vereinbarte ein Bankenkonsortium unter führender Beteiligung der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Commerzbank die Umschuldung von etwa 9 Milliarden US-Dollar der südafrikanischen Auslandsschulden. Diese Umschuldung ist alles andere als eine Verschärfung der Kreditbedingungen und bedeutet eine Erleichterung bei der Durchbrechung von Sanktionen.

Mitte 1990 wäre nach dem alten, 1985 vereinbarten Umschuldungsplan, der Rückzahlungsstopp für kurzfristige Kredite in Höhe von etwa 14 Milliarden US-Dollar zu Ende gewesen. Südafrika hätte bis 1991 nach dem Plan Zahlungsverpflichtungen in Höhe von etwa 5 Milliarden US-Dollar gehabt, bis 1993, dem jetzt vereinbarten Termin wahrscheinlich noch 1 Milliarde US-Dollar mehr wegen dann fällig werdender anderer Kredite. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ kommentierte denn auch am 20.10. zufrieden, daß „damit die Belastung für die südafrikanische Volkswirtschaft tragbar ist“.

Damit ist vor allem die Möglichkeit für die Siedlerwirtschaft verbessert, mit Hilfe von Rohstoff-, vor allem aber von Goldverkäufen auf dem Weltmarkt Devisen für Öl- und Maschinenimporte zu erlangen, statt diese Mittel für die Rückzahlung von Krediten zu verwenden.

Auch das Ölembargo, das von der UN-Vollversammlung verhängt ist, aber nicht von den imperialistischen Staaten anerkannt wird, weil der Sicherheitsrat dieses Embargo nicht bestätigt hat, wird immer wieder durchbrochen. Das „Shipping Research Bureau“, das mit UN-Geldern die Einhaltung des Ölembargos überwacht, berichtet, daß selbst Ölförderstaaten, die das Embargo anerkennen, wie Saudi-Arabien, liefern. Die Lieferungen werden über Ölhändler aus imperialistischen Ländern und internationale Ölkonzerne abgewickelt, die viele Wege finden, um Öl vom ursprünglichen Bestimmungshafen nach Südafrika zu verschiffen.

Der südafrikanische Goldexport hält trotz des Verbots des Krügerendverkaufs in fast allen Staaten der Welt ungehindert an. Damit ist die Hauptquelle für die Deviseneinnahmen für das Rassistenregime und damit die Grundlage für Importe noch längst nicht verstopft. Südafrikanische Kirchenvertreter haben vor den Umschuldungsverhandlungen gefordert, daß im internationalen Goldhandel an den Börsen das südafrikanische Gold nach seiner Herkunft gekennzeichnet wird. Auf solche Forderungen haben bisher weder Banken noch Bergbaukonzerne reagiert. Zwar ist der südafrikanische Handelsbilanzüberschuß von 6,1 Milliarden Rand im Jahr 1987 auf 2,9 Milliarden Rand Ende 1988 gesunken, für 1989 wird eine ähnliche Bilanz erwartet. Dies rührt jedoch nicht von einem Sinken der Goldexportmenge her, sondern im wesentlichen aus dem Verfall des Goldpreises und durch steigende Importe von Investitionsgütern.

Diese Importe sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die ausländischen Konzerne, die bis jetzt noch nicht abgezogen sind, sich auf ein Bleiben im Land einrichten. Daimler-Benz, Siemens und VW haben mit den unabhängigen Gewerkschaften neue Verträge, orientiert am Forderungskatalog der IG Metall ab-

geschlossen bzw. verhandeln noch darüber. Der VW-Manager für Personalpolitik in Südafrika erklärte: „Wir wollen in Südafrika bleiben, wir wollen Teil eines Neuen Südafrikas sein.“ Welchen Beitrag die Konzerne zu diesem „Neuen Südafrika“ leisten werden, zeichnet sich beim Daimler-Benz-Konzern ab: Durch Ausbau von Produktionsstätten wird die Produktion von Waffen für das Rassistenregime im Land verstärkt ermöglicht. Aus Anlaß der Fusion von Daimler und MBB berichtete die südafrikanische Zeitung „Business Day“ zwar, daß Daimler die von der Bundesregierung nie zugegebenen „Waffenverkäufe“ von MBB in die RSA stoppen werde. Zu befürchten ist aber, daß künftig ähnlich verfahren wird wie bei der Lieferung von Daimler-Benz-Lastwagen an Militär und Polizei: Sie werden erst in Südafrika endmontiert und gelten als „zivile“ Lieferungen.

Quellenhinweis: Financial Times v. 23.10.89; Frankfurter Rundschau v. 24.11.89; Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe Nr. 20 + 23/89; informationsdienst südliches Afrika Nr. 5/89; Azako-Nachrichten 17/89 — (uld)

Kanada

Indianer stirbt durch Polizeikugel

Im März letzten Jahres kam der Indianer J. J. Harper in Winnipeg, Provinz Manitoba, durch die Schußwaffe des Polizisten Robert Cross ums Leben. Der 36-jährige J. J. Harper war amtierender Vorsitzender des Stammesrats von Island Lake, der vier Indianersiedlungen im Nordosten von Manitoba vertritt. Er hatte seine Papiere nicht sofort vorgezeigt, als er kontrolliert wurde.

Nach Polizeiaussagen habe sich der Schuß bei einem Handgemenge gelöst. Diese Version löste öffentliche Empörung in einem Umfang aus, daß die Regierung von Manitoba bereits im April eine Untersuchungskommission einsetzte. Man erinnerte sich auch an den Sexualmord an einem Teenager 1971, wo 16 Jahre keine Anklage erhoben wurde, obwohl die vier Tatbeteiligten bekannt waren.

Die Kommission erhielt also den Auftrag, Rassismus im Justizsystem von Manitoba zu untersuchen.

Unterwegs wurde die Kommissionsarbeit vier Monate lang aufgehalten, da der Polizeiverband gerichtlich gegen die Untersuchung vorging.

Im August/September 1989 konzentrierte sich die Untersuchungskommission auf die Polizeikräfte von Winnipeg. Der Schütze Cross sagte aus, daß vor dem Vorfall seine Kollegen rassistische Witze erzählt hatten, zum Beispiel: „Wie blinzelt man einem Indianer zu?“ (Antwort: Geste des Fingers am Abzug). An-

sonsten blieb er bei seiner Darstellung. Ein indianischer Jugendlicher, der vorher von der Polizei festgenommen worden war und den Funkverkehr im Polizeifahrzeug mithörte, belastete ihn. Am 20. September verübte Inspektor Dowson Selbstmord. Dowson hatte seit 19 Jahren der Polizei von Winnipeg angehört und war verantwortlich für die Untersuchung der Umstände, unter denen J. J. Harper zu Tode kam. Er hätte bald vor der Regierungskommission aussagen müssen. Einer der Beamten, die im März 1988 am Tatort waren, war bereits im Zeugenstand zusammengebrochen und hatte zugegeben, seine Aufzeichnungen über die Nacht des Todesfalls nachträglich umgeschrieben zu haben.

Einige weitere Umstände sind bereits bekanntgeworden. So hat die Polizei die Pistole des Schützen seinerzeit nicht auf Fingerabdrücke untersucht, sondern die Waffe lief noch am Tatort durch die Hände mehrerer Beamter.

Auch andere Gesichtspunkte sind während der Untersuchung zutage getreten, so wurde ein Polizist wegen Besitzes von gestohlenen Gütern entlassen; drei Polizisten fuhren in trunkenem Zustand; mehrere Fälle von Polizeibrutalität sind bekannt.

Der Selbstmord des Polizisten Dowson wird jetzt von der Polizeiführung zum Anlaß genommen, die Beendigung der Arbeit der Regierungskommission zu fordern.

Quellenhinweis: Maclean's, 11.9. und 2.10.89 — (mfr)

Schweiz

Großer Erfolg für Armeegegner

Mit diesem Ergebnis hatte niemand gerechnet, am allerwenigsten die Initiatoren selbst: 35,6%, über eine Million Menschen, unterstützte am 25./26. November bei der seit Jahren höchsten Stimmbeteiligung (knapp 70%) das Referendum für eine „Schweiz ohne Armee und eine umfassende Friedenspolitik“. „Die Schweiz hat sich heute verändert, sie ist nicht mehr das, was sie gestern war“, schätzte Adrian Schmid, Sprecher der „Gruppe Schweiz ohne Armee“ (GSoA) dieses sensationelle Ergebnis gegenüber dem Konstanzer Stadtmagazin „Neues Nebelhorn“ ein.

In den Wochen vor der Abstimmung hatte die herrschende Klasse eine massive Pro-Armee-Kampagne entfacht. „Die Armee abschaffen heißt die Schweiz liquidieren“ — mit solchen und ähnlichen Parolen waren bürgerliche Parteien und Regierung gegen das Bündnis, in dem verschiedene linke, alternative und pazifistische Gruppen zusammenarbeiten, vor dem Referendum am 25./26. November ins Feld gezogen. Im Berner Parlament hofften konservativ-liberale Partei-

envertreter auf ein „wuchtiges Nein“ bei der Abstimmung darüber, ob die Armee umgehend abgeschafft werden soll. 7 Mio. Franken gab der Staat aus, um in der Bevölkerung Stimmung für's Militär zu machen. Gleichzeitig sahen sich die GSoA-AktivistInnen zahlreichen Schikanen und Repressionen ausgesetzt: Es hagelte Veranstaltungs- und Standverbote, Medien und Politiker erklärten sie zum inneren Hauptfeind.

Umso schwerer wiegt das Drittel, das sich am letzten Novemberwochenende für eine umgehende Abschaffung der Schweizer Armee aussprach. Die bürgerliche Klasse selbst hatte die „Schmerzgrenze“ bei 25% angesetzt, in der Hoffnung, die Initiatoren würden zwischen 10 und 20 Prozent stecken bleiben. Da half auch hastiges Umschwenken nach der Abstimmung wenig. So will die wirtschaftsliberale FDP im Ergebnis nun plötzlich „kein Misstrauensvotum gegen die schweizerische Sicherheitspolitik“ sehen, die christliche Volkspartei CVP spricht gar von einem „Bekenntnis von Volk und Ständen zu einer glaubwürdigen Landesverteidigung“.

Diese forschen Stellungnahmen können jedoch über die Niederlage nicht hinwegtäuschen, die die herrschende Klasse in der Schweiz einstecken mußte. Vermutlich ist dieses Stimmergebnis Ausdruck einer wachsenden Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Schweiz insgesamt. In der reaktionären Aussage, daß die Schweiz keine Armee habe, sondern eine sei, steckt mehr als ein Körnchen Wahrheit. Ein entsprechender Rang in der Milizarmee ist Voraussetzung für berufliche Karriere; wer nicht Offizier ist, hat keine Chancen auf Leitungspositionen. Am anderen Ende der beruflichen Hierarchieleiter dient der Dienst als Disziplinierungsmittel, sollen junge Arbeiter jenen Gehorsam lernen, der auch in den Fabriken gefragt ist. Verweigerung ahndet der Staat mit Gefängnis. Das Milizsystem — regelmäßige Übungen bis zum Alter von 40, danach Landsturm und Zivildienst — dient der Bourgeoisie als wichtiges Instrument, um die üppig wuchernde Volks- und Betriebsgemeinschaftsideologie zu pflegen. Unter dem Stichwort „Gesamtverteidigung“ plant das Eidgenössische Militärdepartement diese Militarisierung der Gesellschaft weiter zu vertiefen.

Die bürgerliche Öffentlichkeit spekuliert jetzt darüber, in welchem Umfang die Regierung nach diesem Votum zu Reformen im Militärbereich gezwungen sei. Insbesondere die Einführung eines „zivilen“ Ersatzdienstes wird in diesem Zusammenhang genannt. Ob es sich dabei um mehr als kosmetische Maßnahmen handeln wird, hängt davon ab, ob es den Armeegegnern gelingt, gegen die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft zu mobilisieren und die Kritik an der Armee als „Leibgarde der Bourgeoisie“ (Max Frisch) zu befestigen.

Quellenhinweis: Neues Nebelhorn 11. 12/89; Südkurier, 28.11.89; WoZ, 12.89 — (jüg)

Türkei/Kurdistan

Türkisches Massaker in Hakkari

Die türkische Kolonialmacht versucht immer häufiger, mit brutalster Gewalt den sich ständig weiter entwickelnden Befreiungskampf in den kurdischen Gebieten niederzuhalten. Über zahlreiche Dörfer in der Provinz Siirt ist inzwischen ab Anbruch der Dämmerung eine komplette Ausgangssperre verhängt. Wer dennoch außerhalb seiner Wohnung angetroffen wird, gilt als Guerilla und wird ohne Warnung erschossen.

Gleichzeitig häufen sich auch andere Übergriffe und Grausamkeiten gegen die kurdische Bevölkerung. So richteten türkische Kolonialtruppen in dem Dorf Ikiyaka bei Hakkari am 24. November eines der größten Massaker der letzten Jahre an. Nach den vorliegenden Meldungen hatten die türkischen Truppen seit längerem den Verdacht, daß Teile der insgesamt 90 „Dorfschützer“ von Ikiyaka in Wirklichkeit den Befreiungskampf unterstützen und deshalb schon vor Wochen damit begonnen, die Waffen der Dorfschützer zu beschlagnahmen. Am 24.11. ermordeten sie dann 21 Dorfschützer und Familienangehörige. Am 26.11. tauchten über dieses Massaker erste Meldungen in der Presse auf. Wie üblich machte die Kolonialverwaltung die PKK für dieses Massaker verantwortlich, verweigerte aber gleichzeitig allen Journalisten den Zugang zu den Überlebenden Dorfbewohnern. Am selben Tag wurden weitere Hirten aus dem Dorf weggeführt und dann von den türkischen Soldaten umgebracht. Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus der Presseerklärung des Kurdistan-Komitees in der BRD zu diesem Massaker:

„Wie wir aus sicheren Quellen erfahren konnten, haben Kontraguerrillaeinheiten auf Anweisung des Kolonialgouverneurs Hayri Kozakcioglu in dem Dorf Ikiyaka bei Hakkari ein Massaker angerichtet, bei dem insgesamt 28 Menschen — auch Frauen und Kinder — ermordet wurden. Die Tatsache, daß die Nachrichten und Bilder aus dem Gebiet, in dem das Massaker stattgefunden hat, durch den Kolonialgouverneur selbst an die Presse weitergegeben werden und die Presse nicht in dieses Gebiet hineingelassen wird, zeigt die Angst der türkischen Kolonialisten, die Überlebenden des Massakers könnten als lebende Zeugen die Realitäten darlegen.“

Schon zuvor wurde die Bevölkerung des Dorfes Ikiyaka wie aller anderen Dörfer in Kurdistan massiver Unterdrückung und Folterungen ausgesetzt wegen ihrer Sympathie und Unterstützung für die PKK. Auch die Zeitschrift „2000e Dogru“ hat in ihrer Ausgabe vom 26. November 1989 über die in dem Dorf Ikiyaka, in dem das Massaker stattfand, bemerkbaren Vorbereitungen für dieses

Massaker berichtet. Insgesamt 19 Bauern dieses Dorfes wurden mit Gewalt gezwungen, den türkischen Armee-Einheiten insgesamt 49 automatische Waffen der Marke Kalaschnikow aufzutreiben und sie dem Kommandanten zu übergeben. Ansonsten „würden sie etwas erleben“, so der Bericht der Bauern aus dem Dorf Ikiyaka aus dem Oktober 1989. Vor allem in Gebieten wie Hakkari, Siirt, Mardin, Van und anderen, in denen der nationale Befreiungskampf Kurdistans durch eine aktive Beteiligung der Bevölkerung große Erfolge erzielt hat und sich in Form von regionalen Aufständen im Jahr 1989 ausgedrückt hat, haben führende Vertreter der türkischen Armee und der Regierung Drohungen ausgestoßen, die darauf hindeuteten, daß Massaker verübt werden würden.

Am 26. November 1989 berichteten schließlich die türkischen Zeitungen auf der ersten Seite, die PKK „habe ein Massaker angerichtet“. Jedoch hat die PKK in zahlreichen Erklärungen dargelegt, daß es nicht ihre Linie als eine nationale Befreiungsbewegung ist, Zivilbevölkerung zur Zielscheibe zu machen ... Mit diesem Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung in Kurdistan hat die faschistische Türkische Republik ... verdeutlicht, wer in Wirklichkeit Terror ausübt. Von einer derartigen völkerfeindlichen und terroristischen Kraft ist auch weiterhin zu erwarten, daß sie ähnliche Massaker und Komplote gegen den nationalen Befreiungskampf und seine tragende Kraft, die PKK, veranstalten wird ...“ — (rül)

Indien

Sieg der Opposition?

Letzten Nachrichten zufolge hat sich der Führer des Oppositionsbündnisses „Nationale Front“ V.P. Singh bereiterklärt eine neue Regierung zu bilden. Am 29.11.1989 ist der indische Premierminister Rajiv Gandhi und sein Kabinett offiziell zurückgetreten. Die Wahl hatte folgende Ergebnisse: Die Kongresspartei von R. Gandhi hat 190 Sitze, verbündete Einzelpersonen und Parteien 17 Mandate. Auf der Gegenseite kann die Opposition 130 Sitze für die „Nationale Front“, 83 für die Bharatiya-Janata-Partei (BJP) und für die beiden kommunistischen Parteien 32 Sitze zusammenrechnen. 17 weitere unabhängige Abgeordnete haben ihre Unterstützung für die „Nationale Front“ bekundet. Weitere Parlamentarier haben sich noch nicht geäußert, wen sie endgültig unterstützen werden.

V.P. Singh will jetzt eine Regierung bilden aus derartig unterschiedlichen Interessengruppen wie der rassistischen und hindunationalistischen BJP, der regionalistisch orientierten „Nationalen Front“ und den in einigen Bundesstaaten regierenden Kommunisten. Es gibt Paral-

lelen zur Situation im Jahre 1977, als eine Koalitionsregierung, die sich ebenso wesentlich aus Anti-Gandhi Oppositionskräften nährte, für 29 Monate regierte. Es ist auch nicht an Bedeutung zu unterschätzen, daß gerade die rechtsextreme BJP als einheitlicher Block viele Stimmen der traditionellen Kongresswähler erhalten hat. Im südlichen Bundesstaat Andhra Pradesh, in dem die Mehrheit der Bevölkerung Telugu spricht und die Telugu Desam Partei des Filmstars Rama Rao regiert, konnte die Kongresspartei große Stimmengewinne verbuchen. Ebenso konnte sie aufgrund Propaganda für die Tamilen auf Sri Lanka in Tamil Nadu Stimmen hinzugewinnen. Es scheint insgesamt eher so, als sei das Wahlergebnis auch in seinen Stimmen für die Kongresspartei als ein Sieg in Richtung auf Fundamentalismus und regionale Interessen zu werten. Auch das schlechte Abschneiden der Kommunisten in Kerala, wo sie in einer Linkskoalition

regieren, deutet darauf hin.

In Bezug auf die Öffnung des Landes für imperialistisches Kapital ist keine Änderung zu erwarten. Das hat auch V.P. Singh zu verstehen gegeben. Dadurch, daß sich die Opposition im Wahlkampf auf die Nichtänderung der Dorf-, Gemeinde- und Distriktverfassung (Panchajati raj) eingeschossen und damit auch die vorgezogenen Wahlen erzwungen hat, bleibt letztendlich für die unteren Ebenen nicht Greifbares. R. Gandhi, der die Reform der Panchajats zum entscheidenden Punkt der Wahlentscheidung machte, braucht sie jetzt nicht zu realisieren und die Opposition wird es auch nicht tun, da sie das Gesetz zu Fall gebracht hat. Die Rolle der Kommunisten ist zweideutig, da sie weder über genug Sitze für größeres Gewicht verfügen, noch mit der BJP über längere Zeit zusammenarbeiten können, ohne in Konflikte zu kommen.

Quellen: Neue Zürcher Zeitung, 22./23./28.11.1989; Handelsblatt, 18./19. 11.1989 — (cog)

El Salvador

Die strategischen Erfolge der FMLN

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus einer Bilanz über die ersten zwei Wochen der Offensive der FMLN. Die Kämpfe dauern an. Sie finden vor allem in den Stadtvierteln der Reichen statt, wo jetzt das Militär auch mit Bombardements begonnen hat — nachdem die reiche Bevölkerung evakuiert wurde.

Die BRD ist mit Sicherheitskräften und Finanzhilfe dabei. Der scheinbare Stopp

der Entwicklungshilfe-Gelder, den Minister Warnke vor einigen Tagen verkündete, ist nichts anderes als eine Vertagung der Entscheidung um ein paar Wochen auf Januar. Die projektgebundenen Gelder fließen weiter.

Dank der Informationsarbeit des Pressebüros von Radio Venceremos in Köln ist es möglich, authentische Informationen aus El Salvador zu erhalten. Spenden



Gewerkschaftsdemonstration in El Salvador



Mit zahlreichen Kundgebungen wehren sich die Lohnabhängigen im belgischen öffentlichen Dienst gegen eine neuerliche Lohnsenkung. Die Regierung hat in den Verhandlungen um einen neuen Tarifvertrag bisher lediglich eine „Lohnanhebung“ von 2% zugestanden — und damit eine neuerliche Reallohnsenkung. Zahlreiche Gewerkschaftsgruppen hatten dagegen mindestens 10% Tarifierhebung gefordert. In Lüttich, Antwerpen (Bild), Namen und anderen Städten demonstrierten mehrere tausend Lohnabhängige gegen das Angebot der Regierung. — (rül)

Südafrika/Azania: Wehrdienstverweigerung nimmt zu

Über 800 junge Männer haben in landesweiten Demonstrationen erklärt, daß sie ihrer Wehrpflicht in der Apartheid-Armee nicht nachkommen wollen. Die Demonstrationen fanden in sieben Städten statt. 23 Studenten und ein Assistent der Stellenbosch-Universität protestierten auch gegen die Integration von Militär in die Universität. Das sei unerträglich. Die SADF (South African Defence Force) spiele eine unakzeptierbare „unterdrückerische Rolle in der Aufrechterhaltung eines ungerechten und ausbeuterischen Systems“, für das die „Militarisierung“ der Universität „symptomatisch“ sei, erklärten sie. Die Rassisten reagierten beunruhigt — bisher galt Stellenbosch als „ruhige Buren-Universität“. Wehrdienstverweigerung wird mit sechs Jahren Haft bestraft. — (uld)

Namibia: Endgültiges Wahlergebnis

Die SWAPO erhielt 57,32%, die National Patriotic Front of Namibia 0,79%, die National UDF, eine Organisation ehemaliger SWAPO-Mitglieder, 5,64% der insgesamt abgegebenen 670830 Stimmen. Antiimperialistische Parteien erhielten damit mindestens 47 Sitze der 72 Sitze umfassenden Verfassungsgebenden Versammlung. Die einzige offen rassistische Partei, die Aksie Christelik Nasionaal, erhielt mit 3,53% einen großen Teil der Siedlerstimmen. — (uld)

Italien: Mehrheit des PCI-ZK für „Neugründung“

Am 24.11.1989 faßte das ZK der PCI nach einer fünftägigen Sitzung folgenden Beschluß: „Das ZK stimmt dem Vorschlag des Generalsekretärs zu, die Gründungsphase einer neuen politischen Formation einzuleiten“. 219 ZK-Mitglieder stimmten für diesen Beschluß, 73 stimmten dagegen, 34 enthielten sich. Im Anschluß daran stimmte eine sehr große Mehrheit für den Antrag des Generalsekretärs Occhetto, einen außerordentlichen Kongreß in den ersten Monaten des nächsten Jahres einzuberufen.

Damit hat im ZK diejenige politische Richtung eine Mehrheit gefunden, die die PCI durch „eine neue Sache mit neuem Namen“ (Occhetto) ersetzen will. Das „kommunistisch“ soll aus dem Namen gestrichen und die Aufnahme in die Sozialistische Internationale erreicht werden. In seiner einleitenden Rede begründete Occhetto seinen Antrag einerseits mit dem „Ende einer historischen Epoche im Weltmaßstab, jener der Blöcke, des kalten Kriegs, der gegensätzlichen Systeme, Jaltas“; andererseits mit der „Sorge um die italienische Demokratie“, der „Unbeweglichkeit der italienischen Situation“. Er nannte die angestrebte Entwicklung der PCI eine „konstruktive Herausforderung“ an die sozialdemokratische PSI für eine Zusammenarbeit, von der die Ablösung der Christdemokraten als Regierungspartei erhofft wird. Seine programmatischen Ausführungen kreisten vor allem um „die Demokratie als universaler Wert“. Den Markt bezeichnete er als „einen unersetzlichen treibenden Faktor der Wirtschaft“.

Innerhalb der Partei ist die Absicht, die PCI in eine andere Organisation aufzulösen, heftig umstritten.

Quelle: L'Unità 21.-25.11.89 — (rok)

für das Radio sind dringend: Karl Müller, Bank für Gemeinwirtschaft Kto. Nr. 2106872500, BLZ 370 101 11. — (agk)

„Mit dem Beginn unser landesweiten Offensive gegen den Faschismus ist es uns gelungen, die Aufstandsbekämpfungsstrategie zu zerschlagen. Deren Ziel war es, Cristiani als einen Demokraten zu präsentieren, der die Menschenrechte respektiert. Die erstrebte Legalität der Diktatur ist damit entlarvt. Gleichzeitig mit dieser politischen Niederlage haben wir den Feind in die Defensive gedrängt. Verzweifelt verteidigt er seine letzten Positionen, nachdem wir den Schauplatz der Auseinandersetzungen verlagert haben, und indem die FMLN mit den urbanen Operationen eine strategische Belagerung der Städte errichtet hat.“

Das ist eine totale Wendung in der Entwicklung des Krieges. Durch die Konzentrierung ihrer Truppen in der Hauptstadt ist es uns gelungen, in 8 Departements größere Gebiete als befreite Zonen zu konsolidieren. Dort bilden Tausende von Salvadore-

niern die lokale Macht und sind Teile der Nachhut, die den Sieg des Volkes anstreben. Wenige Tage, nachdem die FMLN die Offensive startete, ist die Bilanz, die wir ziehen können, vollkommen positiv ...

Die wenige Legitimität, die Cristiani's Regierung ab und an hatte, ist zusammengebrochen durch die straflose Begünstigung des Mordes an den 6 Jesuiten-Priestern und die unglaublichen Bombardierungen gegen die dichtbesiedeltesten Gebiete des Landes ...

Ein zweiter großer Erfolg dieser ersten Phase der Offensive besteht darin, daß wir die Kampfschauplätze rasch gewechselt haben. Wir haben uns auf den Krieg in seiner letzten, seiner strategischen Phase eingestellt ... Die strategische Belagerung der Städte, dieser neuralgischen Punkte der politischen, ökonomischen und sozialen Macht, beschleunigt den politischen Zerfall des Regimes ... Das Phänomen der Beteiligung der Massen in den ersten Tagen der Offensive zwang den Feind, die Luftwaffe

flächendeckend einzusetzen, um den allgemeinen Aufstand zu hemmen bzw. zu vermeiden.

... Die Offensive wurde dadurch effektiver, daß wir großen Zulauf erhielten, was vom vitalen Interesse der Nation herrührte, in den Städten zu kämpfen und so die Beendigung des Krieges zu forcieren.

Desweiteren sorgte die Regierung durch die Bombardierungen und die umfassende Unterdrückung selbst für neuen sozialen Zündstoff.

Auch falls einige die FMLN für diese brutale Reaktion der Armee verantwortlich machen sollten, werden weite Teile der Bevölkerung niemals Sympathie für diejenigen zeigen, welche sie bombardierten.

So wurde eine soziale Situation geschaffen, für deren endgültige Lösung sich einzusetzen, die Offensive der FMLN eine Garantie bietet ...

Ein dritter großer Erfolg dieses strategischen Kampfes gegen den Faschismus ist die Befreiung großer Teile des nationalen

14. Parteitag der Rumänischen Kommunisten

Vom 20.11.-24.11.89 fand in Sofia der 14. Parteitag der Kommunistischen Partei Rumäniens statt. Der Parteitag bestätigte Ceausescu in seinem Amt als Generalsekretär der Partei. Ceausescu bekräftigte die Politik der Partei der strikten Schuldenstreichung und hob die Verbindung des Volkes mit der Partei hervor. Rumänien hat durch die konsequente Rückzahlung seiner Schulden und seiner strikten Exportpolitik in der Zeit von 1982 bis 1987 einen Exportüberschuß von 259,9 Mrd. Lei angehäuft. Diese Politik hat im kapitalistischen Ausland zu einer Isolation Rumäniens geführt. Im Innern ist durch die verstärkte Exportpolitik ein enormer Warenmangel eingetreten. Hinzu kam seit Anfang der 80iger Jahre die Streichung von etlichen Sozialleistungen, die zusammen mit der Aufhebung des garantierten Mindestlohns zu einer materiellen Verschlechterung der Bevölkerung führte. Dieser krisenhaften Lage soll nun entgegengewirkt werden durch verstärkte Handelspolitik mit den Ländern Lateinamerikas, Asiens und Afrikas. Zudem will Rumänien seinen Exportüberschuß u.a. als Kredite in die genannten Regionen vergeben. — (hav)

Euskadi: Generalstreik gegen Attentat

Am 20.11. wurde in Madrid der Herri-Batasuna-(HB)-Abgeordnete Josu Muguruza erschossen. Der Fraktionsvorsitzende von HB Inaki Esnaola wurde schwer verletzt. Beide befanden sich mit anderen HB-Abgeordneten und Journalisten der HB-nahestehenden Tageszeitung „EGIN“ in einem Restaurant, als zwei bis vier maskierte Attentäter auf Muguru-

za und Esnaola schossen. Keiner der Attentäter wurde bisher gefaßt. Die vier HB-Abgeordneten wollten an der konstituierenden Sitzung des Spanischen Parlaments teilnehmen. Kurz zuvor hatte die Nationalversammlung von HB entschieden, erstmalig die HB-Sitze im Spanischen Parlament einzunehmen, die sie in der Wahl vom 29.10.1989 erhalten hatte. Bisher nahm HB weder an den Sitzungen des Baskischen noch an denen des Spanischen Parlaments teil. Die Entscheidung erfolgte, um den Verhandlungsprozeß zwischen ETA und dem spanischen Staat, der von Spanien im Frühjahr unter-

brochen wurde, auch vom Parlament aus zu unterstützen. Das Attentat wird in Euskadi als Versuch angesehen, die Verhandlungsbestrebungen von ETA zu vereiteln. Der HB-nahestehende Gewerkschaftsbund LAB sieht in „politischen und polizeilichen Apparaten“ der Spanischen PSOE-Regierung die Täter des Mordanschlags. Am 22.11. fand in Euskadi ein Generalstreik gegen das Attentat statt. Aufgerufen hatte unter anderen der LAB. In Bilbao standen alle Räder still. 50000 bis 60000 Menschen nahmen an einer Gedenkfeier im Zentrum von Bilbao teil. — (est, anw)



Nur mit direkter US-Intervention gelang es der philippinischen Regierung unter Aquino in den letzten Tagen, den bislang sechsten Putschversuch von Teilen des Militärs seit dem Amtsantritt der Regierung niederzuschlagen. US-Kampfflugzeuge vernichteten gemeinsam mit philippinischen Flugzeugen die Kampfflugzeuge der Rebellen (Bild). In Manila gingen US-Truppen an Land, griffen aber nicht direkt in die Kämpfe ein. Auch hinter diesem Putschversuch sollen wieder Anhänger des früheren Marcos-Regimes stecken. In der imperialistischen Presse wird mit Genugtuung darauf verwiesen, daß den USA damit wie schon unter Marcos erneut die entscheidende Rolle dabei zufällt, welche der reaktionären Familienklümpel in den Philippinen jeweils die Regierung stellen und ihre Pfründe unter den Familienmitgliedern verteilen darf. — (rül)

Territoriums in 8 Departements des Landes, die nun durch neu in Erscheinung getretene Kräfte kontrolliert werden. Das Heer mußte diese Gebiete verlassen, weil es aufgrund seiner strategischen Verteidigung in den Städten, nicht mehr in der Lage war, dort präsent zu sein . . .

Breite gesellschaftliche Kräfte befinden sich in diesen befreiten Gebieten im Wiederaufbau, um nach geordnetem Rückzug auf die Städte vorzudringen.

Ein weiteres Element, das als eines der ersten prinzipiellen Erfolge einzuschätzen ist, ist die Tatsache, daß heute günstigere Voraussetzungen für die Verhandlungen existieren. Alle Pläne und Thesen der Regierung bezüglich der Verhandlungen sind total gescheitert.

Angesichts solch einer Demonstration ihrer Stärke, ist die Vorstellung der Kapitulation der FMLN vom Tisch. Niemand in der Welt würde darauf wetten . . .

Andererseits ist es unabdingbar, daß der Dialog und die Verhandlungen verbreitet

werden, und daß diejenigen daran teilnehmen, die in Wirklichkeit entscheiden.

Ein Erfolg, der in allen Analysen, insbesondere denen aus den USA, anerkannt wird, besteht darin, daß nach der Offensive der FMLN ein gründliches Überdenken über die Politik der US-Regierung bezüglich El Salvador eingesetzt hat.

Die Diskussion über die Voraussetzung und sogar über die Einstellung sämtlicher militärischer Hilfe an das salvadorensische Heer ist intensiv im Gange und hat schon das Einverständnis zwischen den zwei Parteien über die US-Hilfe für die Regierung Cristianis erschüttert . . . Als Quintessenz können wir festhalten, daß der Feind Terrain und Legitimation verloren hat, und die Basis seines Beharrungsvermögens, die nordamerikanische Hilfe, ernsthaft bedroht ist.

Gleichzeitig muß das Heer sich auf die strategische Verteidigung der Stadt als neuralgischer Punkt beschränken. Es ist also verständlich, daß wir in diesen Tagen einen

Cristiani sehen, dessen Gesichtszüge Zeichen der Unruhe und der Hoffnungslosigkeit verraten . . . Da ihm das Wasser bis zum Halse steht, versucht er die Aufmerksamkeit auf Nicaragua zu lenken, um von den zentralen Punkten der internationalen Kritik an der Bombardierung und der Ermordung der Jesuiten abzulenken. Mit dieser verzweifelten Anstrengung versucht Cristiani die Kriegsführung auf andere Bereiche zu verlagern; diese Bereiche können für ihn jedoch noch gefährlicher werden, d.h. zu einer Regionalisierung der Konflikte führen . . .

Die Auswege aus dieser Situation hängen von all den Faktoren ab, die den Zusammenbruch des Faschismus im Land beschleunigen können. Aber sie sind vor allem abhängig von der Kraft und dem Schwung, den alle Salvadorianer in diesem Kampf bis zum Ende, der schon eingesetzt hat und unumkehrbar ist, einbringen werden.

El Salvador, d. 26. November 1989"

Veröffentlichungen

Die Bundeswehr ist jenseits des Gewissens

Gut, daß es sie gibt, die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, die Rita Waschbüsch! So manch' wegen seiner eigenen Erfahrung mit der § 218 StGB-Thematik im Gewissen geducktes Schäfchen der Mutter Kirche möchte vielleicht glauben, freier durchatmen zu dürfen, wenn es die Rita vom Zentralkomitee reden hört: „Daß jeder-mann sein Tun und Lassen moralisch vor sich selbst verantworten muß, ist ein Element der Menschenwürde und damit ein Gebot der Selbstachtung; überdies steht nach christlichem Glauben jeder mit seinem Gewissen vor Gott. Dies gilt auch für ... Die Achtung vor der Menschenwürde verbietet aber, daß ein Bürger vom anderen moralische Rechenschaft über seine Entscheidungen verlangt oder gar ihn zu einem öffentlichen Bekenntnis nötigt. Deshalb ist jede an ... gerichtete Forderung, sie müßten sich moralisch rechtfertigen und ist erst recht jede persönliche Diffamierung menschlich unfair und politisch eine Verletzung mitbürgerlicher Solidarität.“

Aber Ach! Aus der Traum! Der Gewissenswurm wird weiternagen: Denn Rita redet vom Mord nach der Geburt und in unserem Zitat fehlen die Wörtchen: „soldatischen Dienst“ und „Bundeswehrangehörige“.

In einer geradezu wütenden Erklärung zum Freispruch-Urteil des Frankfurter Landgerichtes zur Äußerung: „Jeder Soldat ist ein potentieller Mörder“, fordert die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken — um der Demokratie willen — „Solidarität mit den Soldaten der Bundeswehr“. Denn „Friedensdienst mit der Waffe“, so Rita Waschbüsch, ist ihr Auftrag. — (hel)

DGB fordert einklagbare EG-Mindestnormen

Am 8./9. Dezember soll auf dem EG-Gipfel eine „Charta der sozialen Grundrechte“ für die EG beschlossen werden. Der DGB hat diese als unzureichend zurückgewiesen, sie beseitige nicht Schutzdefizite, ist unverbindlich, das Schutzniveau erreicht nicht einmal bestehende internationale Arbeitsnormen der IAO. Es fehlen viele zentrale Rechte, besonders der Schutz der Sonntagsruhe, der Kündigungsschutz, der Schutz gegen grenzüberschreitende Leiharbeit, das Recht auf grenzüberschreitende Arbeitskampfmaßnahmen. Der DGB-Referatsleiter für Arbeitsmarktpolitik und internationale Sozialpolitik Wilhelm Adamy fordert in den WSI Mitteilungen einklagbare EG-weit geltende Mindestnormen, die den Mitgliedsstaaten nicht als Deklaration oder Vorschrift zur eigenen Umsetzung

überlassen werden dürfen, sondern bindende Richtlinien sein müssen. Sonst würden nicht „nur die Unternehmen und ihre Produkte“ im Wettbewerb stehen, „sondern zunehmend auch sozialstaatliche und tarifliche Regelungen ...“

Adamy weist nach, daß die BRD nicht den höchsten EG-Sozialstandard hat. Beim Kündigungsschutz, Mindesturlaub, Leiharbeit, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Streikrecht, bei Aussperrung, Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen usw. ist die BRD schlußlicht in der EG. Staaten wie Portugal, Spanien, Griechenland oder auch Dänemark haben auch weitaus mehr IAO-Übereinkommen als die BRD ratifiziert. Auch ist es nicht nur Maggie Thatcher, die EG-weite Sozialstandards verhindere. Die BRD blockiert bspw. Normen zum Kündigungsschutz, zur Einschränkung befristeter Beschäftigung, zum Elternurlaub und verlangt das Prinzip der Ein-



Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes in Brüssel 1983

stimmigkeit über Sozialnormen. Ärgerlich ist, daß Adamy als Richtschnur für Sozial- und Tarifpolitik nicht das Reproduktionsniveau sondern das Produktivitätswachstum fordert: „Angesichts des bestehenden Sozialgefälles in der Gemeinschaft können demokratische und humanistische Garantien keinesfalls auf dem höchsten, wenigstens von einem Mitgliedsstaat erreichten Schutzniveau abgesichert werden, weil sonst die schwächeren Regionen überfordert werden ... Diese Mindestnormen müssen dynamisiert und mit der Zeit der Entwicklung des Wohlstandsniveaus angepaßt werden ... Nur so kann auf gesetzlichem Wege sichergestellt werden, daß die mit der Verwirklichung des Binnenmarktes voraussichtlich ausgelösten Wachstumsimpulse auch tatsächlich mit einer besseren sozialen Absicherung der Arbeitnehmer einhergehen.“

WSI Mitteilungen 10/89 „Soziale Grundrecht in der Europäischen Gemeinschaft“ — (rub)

Aufsatz gegen „Sensations-Journalismus“

Volker von Hagen, CDU-Mitglied und ehemaliger stellvertretender Chefredakteur des ZDF, schreibt in der „politischen Meinung“ Nr. 246 einen Aufsatz, der sich mit der „Sensations-Berichterstattung“ beschäftigt. „Neuland für Journalisten“ heißt der Titel dieser Veröffentlichung. Hagen beschreibt die „Sensationsgier der Journalisten“, wirft ihnen Verantwortung für überreilte, falsche oder unvollständige Meldungen vor. Existentielle Beweggründe für solchen journalistischen Dreck durch Abhängigkeiten der Journalisten gegenüber Herausgeber und Chefredaktion übergeht Hagen geflissentlich. „So seltsam es klingen mag, ich denke an die gemeinhin positiven Begriffe Aktualitätsgebot und Kritikfunktion. Es ist eine geistige Revision notwendig geworden, weil die Entwicklung der Technik wie auch die des Marktes so manches als selbstverständlich Überkommene mit einer stark veränderten Qualität versehen hat.“ Damit will er festgestellt wissen, daß z.B. bei Fernsehsendungen das Streben nach Aktualität und nach angeblicher Kritik „auch ins Negative umschlagen kann.“

In einem anderen Abschnitt beschreibt er die enorme Konkurrenz zwischen den Sendern: „Dergestalt sind in der Bundesrepublik in der Addition der verschiedenen Regionen und der verschiedenen Verteilwege bereits über 30 verschiedene Fernsehprogramme verfügbar. Das schürt die Konkurrenz und führt zu einer härteren Gangart im Wettbewerb um die Erstverbreitung der neuesten Neuigkeit. Da bleibt keine Zeit, abzuwägen, was man ausrichten könnte, nachzuprüfen, einzuordnen — sofort rausgeben, heißt die Parole.“ Nicht die unterdrückten und gezielt entstellten Meldungen und Berichte sind Anlaß für Hagen, kritisch mit Medien umzugehen. Sein Anliegen entspringt allein seiner Einstellung, daß Journalismus „seriös“ sein muß. Dabei beschränkt er sich auf die schon gefilterten und gleichgeschalteten Informationen der Nachrichtenagenturen und der Redaktionen der Sendeanstalten. Mit Beispielen stellt Hagen die Ausuferungen des „Sensations-Journalismus“ dar, ohne dabei auf eine an unterdrückten Informationen interessierte Öffentlichkeit einzugehen. Er zielt auf die verzerrte und unseriöse (weil nicht wahrheitsgetreue) Darstellung verschiedenster Ereignisse ab: „Doch nirgendwo steht, daß die Information deshalb hintanstellen solle oder sich gar beschädigen lassen müsse. Ein bezeichnendes Beispiel verdanke ich Heinz Klaus Mertes, der die familienpolitischen Beschlüsse der Bonner Koalition auf die polemische Formel vom ‚Kindermädchen aus Steuermitteln‘ reduziert hat. Damit bleibt jede sachliche Information auf der Strecke.“

Schließlich kommt er zum Kern seines

Aufsatzes. Für ihn kann die „wahrheitsgetreue Informationspflicht“ nur durch Maßnahmen gegen „wildes, unkontrolliertes“ Journalismus durchgesetzt werden: „Warum sollte die Ausbildung von Journalisten nicht konkreten Regeln unterliegen. Wie das — auch ohne öffentliche Aufgabe — für jedes Handwerk gilt.“ Davon wären dann etliche unausgebildete Redakteure — z.B. antifaschistischer Zeitschriften — betroffen. — (mal)

Taschenbuch: „Wenn der Binnenmarkt kommt ...“

Anfang dieses Jahres hat die Monatszeitschrift „Nachrichten“ ein Diskussionsforum zum Thema „EG-Binnenmarkt 1992“ veranstaltet. Im Nachrichten-Verlag hat Gerd Siebert sein einleitendes Referat sowie Thesen und ausgewählte Diskussionsbeiträge veröffentlicht (Frankfurt 1989, 256 S., 18 DM). Der zweite Teil des Buches besteht aus einer Dokumentation zahlreicher Gewerkschaftsbeschlüsse und Programme, einem EG-Lexikon und Adressen. Das Buch soll dazu beitragen, notwendige Informationen zu vermitteln und den Diskussions- und Klärungsprozeß in der Gewerkschaftsbewegung zu fördern.

„In der Konstruktion der EG und des Binnenmarktes bündeln sich die Interessen der großen Konzerne auf einen großen, von Grenzen und Regularien befreiten Markt und die Bestrebungen der ökonomisch stärksten Länder — allen voran der Bundesrepublik und Frankreich — unter der Flagge Europa das eigene Gewicht in der Weltpolitik und auf dem Weltmarkt zu erhöhen ... (S.17) Die EG und ihr Binnenmarkt sind die dafür maßgeschneiderten staatlichen Organisationsformen.“ (S.21) Siebert kommt nach seiner Lagebeschreibung zu dem Schluß, daß dieser Prozeß unumkehrbar sei und „offenkundig jede gewerkschaftliche Strategie, die auf Verhinderung des Binnenmarktes und der EG überhaupt orientiert, unrealistisch ist und scheitern muß“ (S.21). Weshalb er bei dieser Beurteilung die Gefahr der „Abschottung“ der EG „gegen den Rest der Welt und insbesondere die sozialistischen Staaten im Osten Europas“ sieht (S.37), wo es doch erklärtes Ziel der Konzerne ist, ihre Großraumwirtschaft auf ganz Europa zu erstrecken, bleibt unklar.

Als Gegenposition wird vertreten, daß die EG aufgelöst und der EG-Binnenmarkt selbst bekämpft werden müsse. Übereinstimmend wird die Befürchtung geäußert, daß die vorhandene gewerkschaftliche Schwäche auf EG-Ebene bei Aufrechterhaltung der „Ausgrenzung“ sozialistisch und kommunistisch orientierter Gewerkschaftsorganisationen zementiert wird. Gegen Deregulierung, Flexibilisierung und Standortkonkurrenz wird eine internationale Gewerkschaftszusammenarbeit auf Konzernebene befürwortet. — (mio)

Bundesbildungsminister Möllemann

Stärkere Zentralgewalt über Bildungswesen für reaktionäre Ziele

Bundesbildungsminister Möllemann (FDP) plant schon länger eine Ausweitung des Bundeseinflusses auf die Bildungspolitik, vor allem begründet mit einer „notwendigen Harmonisierung der Bildungssysteme in Europa“ im Vorfeld des EG-Binnenmarktes. Bereits im Zuge der Auseinandersetzungen um die Dauer der gymnasialen Schulzeit plädierte er für eine bundesweite „Anpassung an Länder wie Frankreich“ und somit Verkürzung. Anlässlich der Abiturreform 1987 hatte das Bundesbildungsministerium (BMBW) eine Ausweitung der Einheitlichen Prüfungsanforderungen (EPA) eingeleitet, in denen reaktionäre Unterrichtsziele festgeschrieben werden sollen. Kürzlich nun kritisierten gar Unionskreise, Möllemann verstehe „Kooperation zwischen Bund und Ländern als Einbahnstraße“, als er an den Ländern vorbei das Hochschulzulassungsrecht novellieren wollte.

Tatsächlich plant das BMBW eine erhebliche Ausweitung der Zentralgewalt über das Bildungswesen mit dem Ziel, Einflußmöglichkeiten der direkt Beteiligten (Schüler, Lehrer) noch stärker einzuschränken, um die jeweilige Anpassung an die Notwendigkeiten des kapitalistischen Geschäftsgangs noch schneller und brutaler durchsetzen zu können. Z.B. wird die Bundesschülervertretung, die dem etwas entgegensetzen könnte, nicht anerkannt. Die grundgesetzlich fixierte Länderhoheit über das Bildungswesen steht den europaausgerichteten Elitebildungsplänen der Reaktion im Wege und soll unterminiert werden. Eine Befassung dessen durch Schüler- und Leh-

rerververtretungen wäre dringend nötig, zumal Möllemann's Position am 2.10. durch seine Wahl zum Vorsitzenden der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) weiter gestärkt wurde.

Gleich nach seiner Wahl kündigte er als Schwerpunkt eine erhebliche Differenzierung der Berufsausbildung an. Schon länger betreibt das BMBW die Einrichtung einer Art „Anlernausbildung“, d.h. einer Berufsausbildung, die v.a. ausländischen Jugendlichen unter dem Schlagwort „Benachteiligtenförderung“ nur noch das Nötigste zur Verrichtung einer Handlanger Tätigkeit beibringen und die Lohnansprüche dementsprechend senken soll. Biologischer nach Art bürgerlicher Herrschaft, „Wissenschaft“ lügt das BMBW die Resultate schlechtester Schulbildung und schlechter Lernbedingungen im Elternhaus in mangelnde „Begabung“ um. Hier wird dann die besondere praktische Befähigung“ herausgestellt und die Überlastung mit theoretischen Lerninhalten in der Berufsschule angemahnt, die doch auch den Jugendlichen selbst gar nicht interessierten. SPD und Grüne sind in der Aussprache zum letzten Berufsbildungsbericht im Bundestag nicht dagegen aufgetreten.

Auf der anderen Seite der Medaille plant Möllemann besondere Ausbildungsgänge für „Hochbegabte“ sowie ein „Begabtenförderungswerk“. Er will damit v.a. Leute, die vom Studienwunsch beseelt sind, für die „Alternative hochqualifizierte duale Berufsausbildung“ gewinnen, um die nach Ansicht



EG-Bildungsgipfel in Münster, Februar 1988: Verkürzung der Ausbildungszeiten ist eines der Vorhaben, das Möllemann im Rahmen der „europäischen Harmonisierung des Bildungswesens“ durchsetzen will.

der Kapitalisten überlangen Ausbildungszeiten zu verkürzen.

Mit vielen Vorhaben soll vor allem unter Akademikern eine Meute herangebildet werden, die die Ausbreitung des „Deutschen“ in Europa (Sprache, Kultur, Geld ...) in ihrer Kasse klingeln zu hören meint und dafür zu einigen Brutalitäten gegen den unteren Rand im bürgerlichen Schulwesen bereit ist.

Besonders deutlich äußerte der Staatssekretär im BMW, Schaumann, in einer Rede anlässlich einer Sitzung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung, die wir im folgenden auszugsweise dokumentieren, viele bildungspolitische Vorhaben der Reaktion.

Quellen: Presseinformationen des BMW 164 und 166/89 vom 27.9. und 2.10.89 — (uga)

★

„... Nachdem in den 70er und 80er Jahren Hochschule und duales System

werden könnten, ist dies eine kaum zu verantwortende Verschwendung oder Fehlsteuerung individueller, gesellschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Ressourcen ... Den bildungspolitischen Bemühungen, Trends im Bildungsverhalten zu beeinflussen, sind allerdings enge Grenzen gesetzt ... Die Verbesserung der Berufsausbildungschancen bisher benachteiligter Gruppen, gezieltere Förderung und Anreize für besonders Leistungsfähige und Begabte, bessere Information und Beratung über Bedarf und Beschäftigungschancen sowie Hilfen zur objektiven Einschätzung eigener Neigungen und Fähigkeiten sind notwendige, aber keineswegs hinreichende Voraussetzungen ... Das Festhalten an der vollen Berufsbefähigung spricht gegen eine weitere Entspezialisierung der Ausbildung ... Eine Fortsetzung der Entspezialisierung in Richtung sogenannter Grundberufe, wie sie nicht nur

praktisch befähigte Jugendliche

Wir halten an der Absicht fest, die Berufsausbildungschancen für eher praktisch befähigte Jugendliche, die trotz intensiver Förderung an den zur Zeit anerkannten Ausbildungsberufen scheitern, zu verbessern. Der Zuschnitt der Tätigkeitsbereiche und der Ausbildungsberufe ist keine statische Größe ...

3. Besondere Förderung und Zusatzangebote für leistungsstärkere Jugendliche

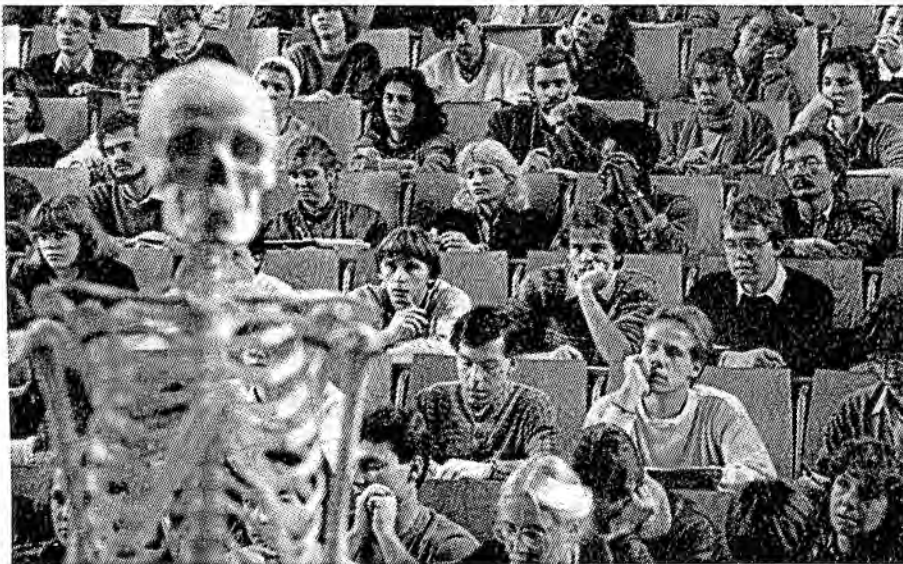
Wir wollen die duale Berufsausbildung für leistungsstärkere Jugendliche attraktiver machen und so Ausbildungsalternativen zu Abitur und Studium schaffen ... Entscheidend ist aber, daß die Betriebe, Praxen und Verwaltungen solchen leistungsstarken und weiterbildungsaktiven jungen Berufstätigen auch ohne Abitur und Hochschulstudium attraktive Berufs- und Karrierechancen eröffnen.

4. Begabtenförderung in der beruflichen Bildung

Das BMW wird dem Bundeskabinett Mitte 1990 einen Vorschlag für die Errichtung eines Begabtenförderungswerkes für die berufliche Bildung unterbreiten, das Anfang 1991 seine Arbeit beginnen soll. Das Begabtenförderungswerk soll auf Vorschlag regionaler Gremien Auszubildende und junge Berufstätige in allen Berufen fördern, die besondere berufsbezogene Leistungen erbringen können und wollen. Gefördert werden sollen darüberhinaus Persönlichkeitsbildung und soziale Kompetenz. Neben individueller Förderung soll auch die inhaltliche und strukturelle Entwicklung der Begabtenförderung in der beruflichen Bildung aktiv vorangebracht werden ...

8. Europäische und europaorientierte Bildungspolitik

Die duale Ausbildung — aber vor allem auch die berufliche Weiterbildung — müssen sich stärker auf die Europäisierung der Wirtschaftsbeziehungen einstellen. Europäische Bildungspolitik heißt, bildungspolitische Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu aktivieren und im eigenen Interesse zu nutzen ... Europaorientierte Berufsbildungspolitik heißt dagegen, im eigenen Land die Voraussetzungen für die Freizügigkeit von Personen, Waren und Dienstleistungen durch Gestaltung von Bildungsinhalten und Bildungszielen zu verbessern ... Wir werden uns aktiv und auch mit entsprechenden personellen Kapazitäten an der Durchführung des LINGUA-Programms in der Bundesrepublik beteiligen. Wir wollen in Europa auch Deutsch als Fremdsprache stärken. Ferner ergibt sich ein wachsender Bedarf an Erwerbstätigen mit den für das Marketing auf ausländischen Märkten notwendigen Qualifikationen. Dazu gehören nicht nur Fremdsprachen- und Fachkenntnisse, sondern auch Kenntnisse über Land und Leute. Im Zusammenhang damit ist der europäische Austausch von Auszubildenden und Fachkräften auszubauen



Vor allem unter den Studenten will Möllemann eine Meute heranbilden, die im Treten geübt ist und der Rücksichtnahme auf Interessen des unteren Randes hochverrätisch verdächtig erscheint.

gleichermaßen Gewinner der Bildungsreform waren, zeichnet sich jetzt eher eine Verschiebung der Bildungsströme hin zu den Hochschulen ab ... Je stärker sich Bildungsströme zugunsten der Hochschule verändern, umso länger werden die durchschnittlichen Bildungszeiten bis zum Eintritt in das Erwerbsleben. Prognosen gehen davon aus, daß von den jungen Erwachsenen aus der Gruppe der bis zu 34-jährigen im Jahre 2000 nicht mehr wie heute rund 34%, sondern nur noch 20% dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Das wäre eine weitere und eklatante Verschärfung des demographischen Nachwuchsproblems mit erheblichen Folgen für Wettbewerbsfähigkeit und soziale Sicherungssysteme. Unter der berechtigten Annahme, daß viele der Arbeitsplätze, die dann von Hochschulabsolventen besetzt werden, ebenso gut von qualifizierten, beruflich ausgebildeten und weiterbildungsaktiven Fachkräften ausgefüllt

auf Europaebene diskutiert wird, halte ich für falsch ...

Von diesen Überlegungen ausgehend haben wir für die nächsten zwei bis drei Jahre bereits eine Reihe von teilweise konkreteren, zum Teil aber auch noch weiter konkretisierungsbedürftigen Aktivitäten und Projekten geplant, die ich Ihnen ... kurz vorstellen möchte.

1. Fortführung und Weiterentwicklung bisheriger Maßnahmen für die Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher

... Soweit andere — insbesondere Arbeitsverwaltung und die Länder — zuständig sind, werden wir uns nachdrücklich mit den uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten dafür einsetzen ... Ziel des BMW ist, die vorerst nur bis 1991 etatisierte Förderung dieser Prozeßbegleitung langfristig als wichtiges Instrument zur qualitativen Gestaltung der Fördermaßnahmen fortzusetzen.

2. Neue Ausbildungsberufe für eher

Verhaftung durch Polizei bei Veranstaltung rechtswidrig

München. Das Amtsgericht München hat nun festgestellt, daß die „polizeiliche Ingewahrsamnahme“ der Landtagsabgeordneten der Grünen, Margarete Bause, bei der am 5. Mai 1988 geplanten Veranstaltung zum Thema „Die Verfolgung der Kurden in der BRD ist ein Angriff auf den Befreiungskampf in Nordwest-Kurdistan“ rechtswidrig war. Im Pressedienst ihrer Partei erklärte Margarete Bause u.a.: „Damit diese „Polizeitaktik der Rechtsbrüche“ keine Wiederholung mehr findet, kommt es nun darauf an, daß der Tenor der Gerichtsurteile den Polizeibeamten bekanntgegeben wird. Einen erheblichen Mangel an Unrechtsbewußtsein hat der damalige Leitende Polizeidirektor und gegenwärtige Münchner Polizeipräsident, Dr. Roland Koller, zu erkennen gegeben, als er meine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die verantwortlichen Polizeibeamten zurückwies ... Mir kommt es nun vor allem darauf an, daß das Übermaßverbot und die Rechtswidrigkeit der Gauweilerschen Linie gegen Versammlungen auch ihren angemessenen Stellenwert in der polizeilichen Aus- und Weiterbildung erhält.“

— (dil)

Neue Heimat-Mieterinitiative ruft zur Demonstration auf

München. Die Mieterinitiative Neuperlach und der Mieterverein „Mieter helfen Mietern“ haben am 27.11. in der Münchner Trabantenstadt Neuperlach eine — mit über 800 Leuten gut besuchte — Protestveranstaltung zum Verkauf der Neuen Heimat Bayern durchgeführt. Für den 9.12. wird zu einer Kundgebung in München aufgerufen. In einem Flugblatt der Mieterinitiative und des Mietervereins wird der Erhalt der preiswerten Wohnungen der NH-Bayern als Mietwohnungen auf Dauer betont. Der Verkauf der Wohnungen an einen privaten Spekulant wird abgelehnt und die Gründung einer Auffanggesellschaft durch den Freistaat und die betroffenen Kommunen gefordert. Die Aufteilung in Einzeleigentum soll genauso ausgeschlossen werden wie die Möglichkeit von Eigenbedarfskündigungen. Der Wohnungsbestand soll einer zu gründenden Mietergenossenschaft übergeben werden. Die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit soll sofort rückgängig gemacht werden.

Auf dieser Protestveranstaltung forderten die Vertreter der Grünen, der SPD und des DGB dazu auf, nun weiter mit öffentlichen Aktionen Druck auf die Staatsregierung und die Kommunen zu erzeugen. Nur so könne die CSU zur Änderung ihrer Politik gezwungen werden. Die CSU- und FDP-Vertreter versuchten — doch erfolglos —, den Schwarzen Peter dem DGB zuzuschieben. — (dil)



Köln. Etwa 3000 Grundschüler, Eltern und einige Lehrer beteiligten sich am 30.11. an einer Demonstration gegen Lehrermangel. Eine Grundschulinitiative von Eltern hatte zu der Demonstration aufgerufen. Sie forderte u.a. eine Senkung des Lehrer-Schüler-Schlüssels von 1:30 auf 1:25 und die Einstellung von 180 Lehrern. An 20 Grundschulen wurde die Demonstration durch Streiks unterstützt. — (rül)

Nazi Pedersen wird Zulassung als Arzt entzogen

Flensburg. Das Kieler Gesundheitsministerium ordnete am 16.11. an, daß dem dänischen Arzt Pedersen die Approbation entzogen wird. Um den Nazi Pedersen und seine Frau gibt es in Sörup und Umgebung seit Jahren heftige Auseinandersetzungen, in die große Teile der Gemeinde einbezogen sind. Erst nachdem die Ärztekammer Schleswig-Holstein sich öffentlich von Pedersens faschistischer Hetzerei und seiner Tätigkeit als Arzt distanziert hatte, wurde das Ministerium tätig. Die angeordnete psychiatrische Begutachtung ist noch nicht abgeschlossen. Inzwischen wurde gegen Pedersen vor Gericht wegen volksverhetzender Äußerungen das Hauptverfahren eingeleitet und seine Frau in einer ähnlichen Sache verurteilt. Die Auseinandersetzung geht weiter, denn Pedersen hat seine Praxis bisher nicht geschlossen, ohne daß die Landesregierung dagegen etwas unternommen hat. — (ans)

Jahrestag des Brandanschlags

Regensburg. Ein Aktionsbündnis, an dem sich viele örtliche und überörtliche Kräfte beteiligen, ruft auf zu einer Demonstration am 16.12.1989 in Schwandorf. Aus dem Aufruf: „Am 16./17. Dezember jährt sich zum ersten Mal der rassistische Brandanschlag auf das Habermeier-Haus in Schwandorf. Vier Tote, darunter drei türkische Mitbürger/innen waren zu beklagen ... Wir fordern: — die unnachsichtige Bestrafung der Attentäter vom 16./17.12.1988; — ein entschlossenes Eintreten aller Demokraten gegen Neofaschismus, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus;

— das Anbringen einer Gedenktafel am renovierten Habermeier-Haus;
— eine am Menschen orientierte Sozial- und Ausländerpolitik;
— Rücknahme der Gesetze, die Ausländer und Deutsche unterschiedlich behandeln.“ — (uth)

Pressefotos beschlagnahmt

Uelzen. Am 6.11. beschlagnahmte die Kriminalpolizei bei der Uelzener „Allgemeinen Zeitung“ Pressefotos und Negative über eine Demonstration gegen die Feier des „Tages der Heimat“ im Kurhaus von Bad Bevensen. Anlaß der Proteste gegen diese Veranstaltung der „Landsmannschaft Ost- und Westpreußen“ war der geplante Auftritt von W. Juchem aus Bad Neuenahr als Referent. Er war im Europa-Wahlkampf als Unterstützer des Wahlbündnisses von DVU/NPD hervorgetreten. Die Revanchistenfeier wurde wegen der Proteste abgeblasen; der Veranstalter erstattete Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch, Nötigung und Sprengen einer Veranstaltung. Durch die Beschlagnahme der Pressefotos will die Staatsanwaltschaft nun Tatverdächtige ermitteln. W. Linsenmann, Vorsitzender des Journalistenverbandes in Niedersachsen, greift diese Methoden als schweren Eingriff in die journalistische Arbeit an. Der Zugriff auf Arbeitsmaterial von Journalisten zum Zweck der Beweissicherung erschwere die Arbeit und damit die Informationspflicht in unerträglichem Maße. Und W. Rausch in der Lüneburger Landeszeitung: „mit diesem Richterspruch“ — gemeint ist ein entsprechender BVG-Entscheid — „werden Journalisten und Fotoreporter zum verlängerten Arm der Staatsgewalt ... Von Pressefreiheit kann hier keine Rede mehr sein.“ — (ulb/VF, mal)

Tod einer Antifaschistin

15 000 gegen faschistischen Terror und Polizeitaktik

Göttingen. Am 25.11. demonstrierten über 15000 in Göttingen, nachdem eine autonome Antifaschistin von einem Auto überfahren wurde, weil sie vor einer Personalienfeststellung flüchtete, die die Polizei über Funk als „Plattmachen“ angekündigt hatte. Geleitet wurde die Demonstration von autonomen Antifaschisten aus Göttingen und dem Jugendzentrum Innenstadt (Juzi), die auch zur bundesweiten Demonstration aufgerufen hatten. Ca. 3000 autonome Antifaschisten nahmen teil, eine beträchtliche Anzahl weiterer Autonome befand sich noch in „gemischten“ Demonstrationsabschnitten. Teilnehmer der Demonstration waren ferner Volksfront, KPD, DKP, Grüne, SPD, Jusos, Falken, IG Metall, GEW sowie der AStA und linke Hochschulgruppen. Aufgerufen hatten

würden, nicht durchhalten. Scheiben gingen zu Bruch und es ist auch in nicht zu rechtfertigender Weise mit Leuchtschurmunition in Polizeireihen hineingeschossen worden.

Bei der Kundgebung ging die Polizei zur Provokation über, was zum Abbruch führte. Nachdem die Kundgebung vorbei war und die Demonstrationsteilnehmer sich in Gruppen aufgelöst hatten oder auf dem Weg nach Hause waren, stürmte eine Polizeihundertschaft auf vor dem Juzi versammelte Autonome los, was zu einer unbekannten Zahl verletzter Autonome führte und bei der Polizei zu 79 von insgesamt 97 vermeldeten Verletzten. Laut Polizei war dies ein neuerliches „Versehen“. Aus „Ortsunkenntnis“ sei auswärtige Polizei mit gezogenem Knüppel auf das Juzi los. Die Polizei hätte an an-

zung, wenn nicht auf Betreiben der Landesparteien, die Schließung des Juzis.

Über die „Gewaltdiskussion“ wird jetzt versucht, die beinahe regelmäßig an den Wochenenden auftretenden faschistischen Terrortrupps nach SA-Manier in den Hintergrund zu drängen, einschließlich deren Duldung durch die Göttinger Polizei. In heuchlerischer Manier soll eine „gewaltfreie Protestkultur“ geschaffen werden mit Ursachenforschung, Kirchenvertreter, Grüne und SPD sollen so aufs Glatteis geführt und der Polizei Gelegenheit zur Imagepflege gegeben werden. Es bleibt zu hoffen, daß die wirklich vielen Gruppen, die zu dieser Demonstration beigetragen haben, sich auch weiterhin zusammenfinden, um faschistische Bestrebungen zu bekämpfen. Dazu gehört auch, daß die Forderung nach kommunalem Wahlrecht für Ausländer deutlich erhoben wird. In einem auf der Demonstration verteilten Flugblatt der Volksfront heißt es zum Schluß: „Wir begrüßen es, wenn sich jetzt Grüne und SPD, Gewerkschaften und Pastoren gegen die Göttinger Polizeimaßnahmen aussprechen. Wir müssen aber feststellen, daß dies in der Vergangenheit wenig der Fall war, bzw. Polizeimaßnahmen bei der SPD bislang noch immer Rückendeckung mit Bauchschmerzen bekommen haben. Insbesondere Grüne und SPD, die Vertreter im Rat der Stadt Göttingen haben, sind aufgefordert, sich auch für das Polizeigeschehen in Göttingen verantwortlich zu fühlen und im Rat ihre Stimme zu erheben, um einen politisch wirkungsvollen Beitrag zum Kampf gegen den Faschismus zu leisten.“ — (kek)



Die niedersächsische Landesregierung fördert Faschismus. Über 15000 demonstrieren am 25.11. in Göttingen dagegen.

auch Friedensgruppen, einige Pastoren und kirchliche Gruppen. Bestimmt 10000 Demonstrationsteilnehmer kamen aus Göttingen und Umgebung. Bei allen politischen Unterschieden herrschte Einigkeit in der Verurteilung einer Polizeitaktik, die Faschisten gewähren läßt und Antifaschisten wild bekämpft. Es gab Forderungen nach Entlassung aller Faschisten aus dem Polizeidienst, Abschaffung der „Zivilen Streifenkommandos“ und „Demokratisierung der Polizei“.

Leider konnte die autonome Demonstrationsleitung die zuvor vom Plenum des Juzis gemachte Zusage, daß es keine Scherben geben und keine Steine fliegen

derer Stelle eingesetzt werden sollen, so der Göttinger Polizeichef Lothar Will. Die Göttinger SPD-Vorsitzende Hulle äußerte den Verdacht, die Polizeiführung habe den Zusammenstoß bewußt herbeigeführt, um Vokabeln wie „Krawall“ und „Straßenschlacht“ zu bekommen. Mittlerweile haben sich auf Landesebene die großen Parteien, auch die SPD, darauf geeinigt, den Angriff der Polizei auf die Autonomen zu verschweigen, und die Verantwortung für 97 verletzte Polizisten — alle konnten nach kurzer Zeit aus ambulanter Behandlung entlassen werden — den Autonomen anzulasten. Rita Süßmuth (CDU), die CDU und FDP fordern mit Unterstüt-

Atombombenmüll

Zwingt zum Endlager

Norderstedt. Die BRD, die derzeit schon nicht weiß, wohin sie die strahlende Hinterlassenschaft der Nuklearindustrie noch stopfen soll und deren Problem Endlagerung wie eh und je ungelöst ist, will über das Bundesforschungsministerium (BMFT) für 40 Mio. DM Atommüll aus den USA kaufen und in dem stillgelegten Kalibergwerk Asse II bei Wolfenbüttel einlagern lassen. Es fehle an richtig gefährlichem Abfall, so erklärt das BMFT, und daher sei diese Lieferung schon Anfang der 80er Jahre bei der Atombombenfabrik „Pacific Northwest Laboratories“ im amerikanischen Hanford bestellt worden. Bei der eigens für die BRD zusammengestellten Mischung mit viel hochradioaktivem Cäsium 137 und Strontium 90 handelt es sich um Müll aus direkter militärischer Plutoniums-Produktion, die der BDR bekanntlich seit über 40 Jahren untersagt ist.

Zu den 124000 schon dort lagernden schwach- und den ca. 1300 mittelaktiven

Abfallfässern, die inzwischen als „versuchsweise nicht rückholbar“ gelten, kommen nun für fünf Jahre in 800 m Tiefe 30 Glaskokillen Atombombenmüll hinzu. Natürlich könnte sich das BMFT solche teuren Testversuche sparen, wenn es ihm wirklich um die einfache Frage „Ist der Müll im Salz sicher?“ ginge. Es sei längst erwiesen, sagt z.B. E. Grimmel, Geomorphologe an der Hamburger Uni, daß Salz „wegen seiner geringen physikalischen und chemischen Stabilität als Lagerstätte gar nicht in Frage“ komme. Zweck des wahnwitzigen und kostspieligen Testes ist Folgendes:

In Asse II dürfen aufgrund fehlender Planfeststellungsverfahren keine atomaren Abfälle mehr eingelagert werden — dies gilt aber nicht für die geplante, „rückholbare“ Versuchsreihe. Mit Hilfe des US-Mülls könnte für Asse II der noch fehlende Beweis der Fähigkeit zum Endlager erbracht werden. Sollten jedoch in Asse Störungen auftreten, werden die Glaskokillen innerhalb von zwei Tagen ans Tageslicht befördert. Da die USA den Müll nicht zurückzunehmen brauchen, müßte er ins Gorlebener Zwischenlager gebracht werden. Ein weiteres Argument, aus Gorleben das dringend benötigte Endlager zu machen! Deshalb, so Lämmertzheim vom BMFT, wird am End(!)sorgungsvorschlag nachweis für den US-Müll gerade gearbeitet.

Sowohl im amerikanischen Bundesstaat Oregon, durch den der Müll 350 km transportiert werden soll, als auch in der BRD, vor allem in der Atommüllfreihafenstadt Hamburg und in Gorleben, formiert sich der Widerstand. — (edt)

ABB-Nürnberg(AEG-KANIS) „Streamline 90“ vorerst gestoppt

Nürnberg. Bereits Ende Juli war über eine Betriebsvereinbarung von der Geschäftsleitung durchgesetzt worden, daß die Unternehmungsberatungsfirma McKinsey im Betrieb von ABB Nürnberg eine Untersuchung zur „Optimierung der Gemeinkosten“ durchführt. Unter der Hand vereinbarte die Geschäftsleitung mit McKinsey einen Aktionsplan „Streamline 90“, der radikale Einsparmaßnahmen und einen Abbau von hundert Arbeitsplätzen vorsah. Geplant waren u.a.:

Schließung der Abteilung „Verkleidungsarbeiten“ und Reduzierung der Schweißarbeiten; Verringerung der Maschinenzahl von 36 auf 19 (lediglich acht Maschinen sollen neu angeschafft werden); Erhöhung der Maschinennutzung um über 20 Prozent durch Ausweitung der Schichtarbeit; Erhöhung der Arbeitsproduktivität um zehn bis 15 Prozent durch Verkürzung der Stückzeiten und Erhöhung der Akkordraten; evtl. Schließung des Prüfstandes; Bezug von Teilen

der Produktion aus Polen, Jugoslawien und Ungarn; Abbau der Stellen für Auszubildende.

Ziel des Aktionsplanes war, über eine enorm verschärfte Ausbeutung der Belegschaft für 1990 einen Gewinn von 16,4 Mio. DM einzufahren.

Am 8.11. legte die Belegschaft nach einer außerordentlichen Betriebsversammlung vorübergehend die Arbeit nieder, nachdem die Pläne von ABB und McKinsey bekannt geworden waren; ebenso am 13. und 14.11., als mehrere hundert Beschäftigte dem Nürnberger Geschäftsführer vor seinem Büro ihre Aufwartung machten und ihn mit ihren Forderungen konfrontierten.

Vorläufig scheinen die Abwehrreaktionen der Beschäftigten Erfolg zu haben. Wie der Betriebsratsvorsitzende über die bisherigen Verhandlungen mit der Konzernleitung in Mannheim mitteilte, sei der Aktionsplan „Streamline 90“ vom Tisch; auch bei der geplanten „Optimierung der Gemeinkosten“ würden Abstriche gemacht werden; die Konzernleitung sei bereit, die Zahl von hundert Stellen, die abgebaut werden sollten, „nach unten zu korrigieren“; darüber hinaus soll ein Produktions- und Investitionsplan zur Sicherung und zum Ausbau des Nürnberger Werkes ausgearbeitet werden.

Allerdings wird sich noch zeigen müssen, wie sicher die Zusagen der Konzernleitung sind. Vor einem Jahr beim Kauf des ehemaligen AEG-Kanis-Werkes durch ABB hieß es, ABB wolle „nicht nur die Gewinne maximieren“, sondern „etwas positives für die Region erreichen“. Das heißt, der Konzern hatte damals schon der Belegschaft gedroht, sie verstärkt für seine Ziele bluten zu lassen.

Insofern ist es bedenklich, wenn der Betriebsrat und die IG Metall Nürnberg erneut die Auseinandersetzung allein mit betriebswirtschaftlichen Argumenten zu führen versuchen: der Stellenabbau z.B. sei schon deshalb unverantwortlich und unsinnig, weil das Werk auf fast zwei Jahre hinaus mit Aufträgen mehr als ausgelastet sei. — (hek)

Schülerstreik Gegen Klassen- zusammenlegung

Lüneburg. Vom 6. bis 24. November streikten die 49 Schüler der 7. Klassen an der Hauptschule Kaltenmoor in Lüneburg. Sie protestierten damit gegen die Absicht der Bezirksregierung, aus drei relativ kleinen Klassen zwei große zu machen. Die Eltern und der Schulelternrat unterstützten die Schüler. Die Schule hatte aus pädagogischen Gründen drei Klassen gebildet. Unter dem Druck der Bezirksregierung sah die Schulleiterin sich als Beamtin gezwungen, die Entscheidung der Bezirksregierung mitzuteilen.

Die Bezirksregierung stützt ihre Entscheidung auf den Klassenfrequenzrichtwert, welcher für die 7. Hauptschulklasse 25 Schüler vorsehe. Schüler, Eltern und Lehrer stützen sich darauf, daß dies nur eine Orientierungszahl sei. Die Entscheidung für kleine Klassen war notwendig, weil in den siebten Klassen acht Aussiedlerkinder und zwei weitere Ausländerkinder sind, die nicht oder kaum Deutsch verstehen. Dazu kämen mehrere lernschwache Schüler, was eine intensivere Betreuung notwendig mache und in großen Klassen nicht zu leisten sei. Darüberhinaus — so der Schulelternrat — müsse mit Rückläufern aus der Realschule gerechnet werden. Die Schüler wehrten sich gegen das Auseinanderreißen der Klassen und wollten ihre Lehrer behalten.

Die Bezirksregierung hat den Eltern Ordnungsstrafen angedroht. Statt Lehrer einzustellen, rechnete die Schulaufsicht vor: Drei Klassen bedeutet keine Lehrer für Förderunterricht und Arbeitsgemeinschaften. Bei drei Klassen bestände ein Fehlbetrag von 30 Lehrerstunden. Außerdem sei mit einer Welle gleichgerichteter Anträge von anderen Schulen zu rechnen. Kultusminister Horrmann — auf der Jugendbuchwoche von den Schülern zur Rede gestellt — bezeichnete die Hoffnung auf kleine Klassen als „Irrglaube“. Er bestätigte die Drohung mit Ordnungsstrafen.

Die Eltern haben einen angebotenen „Kompromiß“ abgelehnt, welcher vorsieht, Deutsch, Englisch und Mathematik als Förderunterricht in den alten Klassen durchzuführen (1/3 hat frei), den Rest in zwei Klassen. Der Streik wurde unter dem Druck der Ordnungsstrafen vorerst abgebrochen. Die Hoffnungen ruhen z.T. auf dem Rat der Stadt, der einstimmig für drei Klassen votierte. Der Oberstadtdirektor erklärte, Bußgeldverfahren nicht durchzusetzen. — (thr)



2. Dezember: Informationsstand während des Unterrichts.

Diskussion um Kindertagesstätten

Zukunftsperspektiven in der öffentlichen Kinderbetreuung

Stuttgart. Auf ihrem letzten Gewerkschaftstag faßte die ÖTV den Beschluß, den Bereich Sozialdienste der öffentlichen Dienste neu zu definieren. Zu diesem Zweck erweckte der Hauptvorstand eine bundesweite Arbeitsgruppe zu neuem Leben, die sich mit Fragen der Kinderbetreuung bzw. den Beschäftigten befaßt und Positionen der Gewerkschaft dazu erarbeiten soll. Ziel soll sein, einen besseren Stellenwert des Erziehungsdienstes zu erkämpfen, um damit eine bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Anfang des nächsten Jahres erscheint ein Reader, der der Vorbereitung einer bundesweiten Fachtagung im Juni dienen soll. Es wird angestrebt, in diesem Rahmen mit einer Großveranstaltung an die Öffentlichkeit zu treten. In Stuttgart wurde diese Kampagne eingeleitet mit einem zweitägigen Seminar der ÖTV-Vertrauensleute des Jugendamts Ende Oktober, auf dem Schritte diskutiert und festgelegt wurden, wie man eine Diskussion unter den Beschäftigten und Eltern in Gang bringen und zu einheitlichen Positionen bezüglich des „Lebensraumes Kindertagesstätte“ kommen kann. Es wurde u.a. beschlossen, eine Veranstaltungsreihe in Form von Diskussionsrunden durchzuführen. Ein Anfang sollen zunächst zwei Veranstaltungen sein, deren Diskussionsergebnisse als Resolution zusammengefaßt an die ÖTV gehen soll.

Die erste Veranstaltung, die am 8. November stattfand, befaßte sich schwerpunktmäßig mit konkreten Vorstellungen über eine Konzeption einer Kindertagesstätte, die den jetzigen Anforderungen entsprechen soll. Es wurde festgestellt, daß in der Öffentlichkeit die Notwendigkeit der Erweiterung des Betreuungsangebots für Kinder wieder im Gespräch ist

überholt, da sie den gesellschaftlichen Anforderungen, wie Einengung durch Kleinfamilie, hohe Scheidungsrate, viele unvollständige Familien, verstärkter Wunsch von Frauen nach Berufstätigkeit, nicht mehr genügen.

Als Beispiel, wo solche neue Formen bereits erprobt und praktiziert werden, wurde vom Carlo-Steeb-Haus in Tübingen



und es notwendig ist, dabei auch auf eine dringende Verbesserung der Qualität hinzuweisen. Man war sich einig, daß die Aufhebung der Trennung zwischen Tagheim und Normalkindergarten überfällig ist und man bei der Planung von neuen Kindereinrichtungen darauf drängen muß, daß sie als Ganztageseinrichtung konzipiert werden müssen. Die jetzigen Kindereinrichtungen sind in ihrer Form

gen berichtet. Dort wurde nach längerer Diskussion die Trennung zwischen den Ganztagesgruppen und Normalkindergartengruppen aufgehoben, indem eine Mischung von Kindern, die den ganzen Tag da sind, und von Kindern, die über Mittag nach Hause gehen, bei der Neuaufnahme von Kindern organisiert wurde. Damit verbunden war eine Neuordnung der Arbeitsweise des Erzieherpers-

sonals, indem Schichtdienst eingeführt wurde. Dies ist notwendig, um eine betreuungsfreie Vorbereitungszeit von zehn Stunden pro Woche und die Betreuungszeit von 6.30 bis 17 Uhr mit Spätdienst bis 18 Uhr zu gewährleisten. Dies alles unter einen Hut zu bringen, führt zu komplizierten Dienstplänen, was wahrscheinlich damit zusammenhängt, daß die personelle Besetzung mit 2,5 Fachkräften pro Gruppe dort nicht ausreichend ist.

Um eine Einführung solcher Häuser in Stuttgart zu erreichen, ist es zunächst einmal notwendig, auch die Erzieherinnen in den sogenannten „Normalkindergärten“, die über Mittag geschlossen sind, dafür zu gewinnen. Die Erzieherinnen befürchten eine Abgruppierung bei der Bezahlung, den Verlust der betreuungsfreien Vorbereitungszeit von täglich zwei Stunden, und die Unterordnung unter eine Leitung.

Daraus ergeben sich folgende Aufgaben:

- Es muß ein neues Erziehungskonzept erarbeitet werden, das in ein Kindertagesstättengesetz mit festgelegten Richtlinien münden soll.

Zur Überwindung der Spaltung unter den Erzieherinnen und Erziehern in den Kindertagesstätten müßte so ein Konzept u.a. Formen demokratischer Zusammenarbeit statt Gängelung durch Hierarchie beinhalten.

- Eine Fortbildung des gesamten Personals in großem Umfang ist notwendig, um eine Vereinheitlichung in pädagogischen Zielsetzungen und der Arbeit in den Kindertagesstätten zu erreichen.

- Die pädagogische Ausbildung an den Fachschulen muß sich ändern!

- Der Tarifvertrag muß in die Richtung geändert werden, daß eine höhere und einheitliche Bezahlung erreicht wird.

Eine kontroverse Diskussion gab es zur Frage der Ausweitung der Öffnungszeiten in den Kindertagesstätten: Einigkeit bestand darin, daß die jetzigen Öffnungszeiten unzureichend sind. Eine Ausweitung in den Abendstunden wird für notwendig gehalten, so daß die normalen Ladenschlußzeiten erfaßt sind. Differenzen gab es in der Frage, ob man den Flexibilisierungsbestrebungen in der Industrie nachgeben sollte und Tagesstätten rund um die Uhr oder nur abends und nachts besonders für Gaststättenbeschäftigte und Beschäftigte im Kulturbereich anbieten sollte. Diese Frage kann sicher nur in der Diskussion mit anderen Gewerkschaften und Eltern geklärt werden.

Auch über die Frage der Altersmischung in den Kindergruppen — Altersabstufungen wie bisher oder Mischung von null bis zwölf Jahren — konnte kein einheitlicher Standpunkt erzielt werden. Hierzu soll nochmal eine gesonderte Diskussion mit der Einbringung von Erfahrungen aus sogenannten „Familiengruppen“ stattfinden. — (mok)

Kita-Tarifvertrag

Ultimatum abgelauten: Urabstimmung!

Westberlin. Bis zum 30.11. hatten die Gewerkschaften ÖTV und GEW dem SPD/AL-Senat Zeit gegeben, die von ihm im Oktober abgebrochenen Tarifverhandlungen über Personalbemessung in den städtischen Kindertagesstätten wieder aufzunehmen. 3500 Beschäftigte an 316 der 396 städtischen Kitas sind am Montag, den 27.11., von 6 bis 8 Uhr in den Warnstreik getreten. Damit ist ihnen nochmals eine Steigerung der in der Vorwoche begonnenen Warnstreiks gelungen. Manche Bezirke haben sich zu 100% beteiligt.

Die Alternative Liste spricht sich für die Wiederaufnahme der Verhandlungen aus, bedauert aber gleichzeitig, daß sie sich nicht durchsetzen kann. Die SPD ist dagegen, sie sieht keinen Handlungsbedarf. So blieb es der CDU überlassen, im Abgeordnetenhaus die Sache überhaupt zur Sprache zu bringen — und zwar so: Was der Senat dagegen tun wolle, daß die Beschäftigten in den städtischen Kitas die ihnen anvertrauten Kinder für ihre Interessen mißbrauchen würden. Immerhin versprach Familiensenatorin Klein (AL), keine Polizei gegen die Beschäftigten (und Kinder) einsetzen zu lassen.

Rund 1000 Erzieherinnen und Erzieher haben am 27.11. auf einer Veranstaltung ihre Bereitschaft bekräftigt, in einen Erzwingungsstreik zu treten. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad hat sich in den letzten Wochen erhöht, die Unterstützung durch die Eltern ist gut. Unter Beifall widersprach der ÖTV-Vorsitzende den öffentlich vorgebrachten „Argumenten“ des Senats. Er wies darauf hin, daß in Westberlin beispielsweise ohne Erlaubnis der TdL ein Tarifvertrag für Tutoren abgeschlossen worden ist — und das unter einem CDU/FDP-Senat. Ferner gibt es bereits drei Tarifverträge, die Personal- bzw. Leistungsbemessung betreffen, so daß auch die Behauptung, ein solcher Tarifvertrag sei nach dem Tarifvertragsgesetz rechtswidrig, falsch ist. Der Mangel an Geld sei mit einer Gewerbesteuererhöhung zu beheben. Außerdem würden z.B. Millionen an die privaten Banken verschenkt, die 10% der ausbezahlten Begrüßungsgelder als Kostenpauschale ersetzt bekommen, d.h. den Bruch der Ladenöffnungszeiten auch noch honoriert bekommen.

Die Vertreterin des DGB stellte die Verbindung zu anderen anstehenden Arbeitskämpfen (HBV und IGM) her. Auf die Äußerung des Regierenden Bürgermeisters Momper anspielend, es handle sich bei der Bewältigung der Probleme mit den Aus- und Übersiedlern um eine „nationale Aufgabe“, sagte sie, in letzter Zeit fühle sie sich öfters an den Satz des Kaisers — „Ich kenne keine Parteien



mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ — erinnert, der sich jetzt so anhört: „Ich kenne keine Tarifverträge mehr, ich kenne nur noch Deutsche“.

ÖTV und GEW rufen vom 5. bis 7. Dezember zur Urabstimmung auf. Die Gewerkschaften gehen davon aus, daß sie die notwendigen 75% erreichen und planen in der Woche vom 11. bis 15.12. einen ersten Vollstreik. Sie rechnen nicht mit kurzfristigen Erfolgen und stellen sich darauf ein, den Streik im neuen Jahr fortzusetzen. — (har)

Berufsverbote

Entlassung von K. Neuber aufgehoben

Stuttgart. Die 7. Kammer des Stuttgarter Arbeitsgerichts hat am 16.11. in der Arbeitsrechtssache Karin Neuber gegen Land Baden-Württemberg entschieden, daß die Lehrerin wegen ihrer DKP-Mitgliedschaft vom Oberschulamt Stuttgart (OSA) zu Unrecht entlassen worden ist.

Am 26.10.1989 hatte die mündliche Verhandlung stattgefunden, bei der ca. 50 Schüler, Lehrer, Eltern sowie interessiertes politisches Publikum zugegen waren. Der Vertreter des Oberschulamtes, Regierungsrat Wenzelburger, agierte dabei als Gesinnungsjurist: Unbeschadet ihrer von der Schulgemeinde geschätzten pädagogischen Arbeit, fehle ihr die berufliche Eignung, weil sich das OSA wegen ihrer DKP-Mitgliedschaft nicht sicher sei, ob sie bei künftigen Krisen die fdGO (= laut BVerfG, der real existierende Staat, in dem man sich zuhause fühlen müsse) verteidige. Die Lehrerin bekräftigte in ihrer Schlußerklärung ihr kritisches politisches Engagement, vor allem angesichts des Erstarkens faschistischer Kräfte in der BRD.

Das Gericht läßt in seinem Urteil den Vorwurf der vorgesetzten Dienstbehörde, Frau Neuber habe das Amt arglistig getäuscht, weil sie ihre Mitgliedschaft bei der Einstellung verschwiegen habe, nicht gelten. Da die Lehrerin die DKP nicht für eine verfassungsfeindliche Partei halte, habe ihre damalige Unter-

schrift, sie gehöre keiner verfassungs-„feindlichen“ Partei an, keine Täuschung dargestellt. Arbeitsrichter Gockel folgt jedoch im weiteren der herrschenden Rechtsprechung, indem er bejaht, daß der jeweilige Dienstherr bei der Einstellung nach der Mitgliedschaft in verfassungswidrigen oder verfassungsfeindlichen Parteien oder gar nach einer DKP-Mitgliedschaft fragen dürfe. Ein entsprechendes Urteil hat das Bundesarbeitsgericht im Oktober 1988 gefällt.

Das Stuttgarter Arbeitsgericht scheute sich auch, die illegalen Aktionen des Innenministeriums (Besitzeln öffentlicher Veranstaltungen der DKP, eigenständiges Beliefern des OSA mit Nadis-Material) zu überprüfen.

Wesentlich für die Entscheidung des Arbeitsgerichts dürfte der anhaltende Widerstand von Schülern, Eltern, Kolleginnen und Kollegen und der demokratischen Öffentlichkeit im Raum Leonberg gegen die Entlassung der Pädagogin gewesen sein. Trotzdem hält das OSA weiter an dem Anfang Juli 1989 verhängten Hausverbot für die Lehrerin an ihrer Schule fest und verweigert ihr jeglichen Unterhalt. Die Schulbehörde wird voraussichtlich beim Landesarbeitsgericht Berufung einlegen.

Wichtig in obigem Zusammenhang ist die in der jüngeren Verfassungsrechtlerdiskussion (1) aufkommende Sichtweise, der „Radikalerlaß“ habe die Absicht verfolgt, „ein Erstarken der DKP zu verhindern, was im Ergebnis — unter Umgehung des Verfassungsgerichts — auf eine Art verdecktes Parteienverbot hinauslief ... Man benutzt die wenigen Verfahren als Warnung und Abschreckung und profitiert im übrigen von den einschlägigen Ausführungen des BVerwG zur Verfassungsfeindlichkeit der DKP; in der Herbeiführung dieser Äußerungen der Verwaltungsgerichtsbarkeit zur Einschätzung der DKP scheint der wahre innere Grund für das Weiterbetreiben dieser Verfahren zu liegen: Der in den Entscheidungen immer wieder auftauchende Zweiklang — einerseits die Auseinandersetzung mit den Parteizielen auf der Grundlage *interessenorientierter Interpretationen des Bundesverfassungsschutzes*, andererseits die völlige Außerachtlassung der individuellen Auffassungen der Betroffenen — belegen dies ... Ähnlich heißt es bei Max Güde, daß sich die Bekämpfung des Kommunismus in den vergangenen Jahren seit 1972 nahezu ausschließlich unter dem Stichwort ‚Treuepflichtverletzung‘ in das Beamten-Disziplinarrecht verlagert habe ... Ähnlich schrieb Peter Glotz, ehemals Bundesgeschäftsführer der SPD, der Radikalerlaß habe durchaus erreicht, ‚was er erreichen sollte: Der Zustrom zu kommunistischen Parteien wurde sichtbar verringert‘.

(1) vgl. Dr. Helmut Simon (Richter am BVerfG i.R.), Prof. Dr. Hans Mommsen (Uni Bochum): Verfassungsschutz durch Verfassungszerstörung, in: ZRP 5/1989, S.175ff. — (zem)

Polizei

Trotz vieler Widersprüche: Staatsanwaltschaft deckt tödliche Schüsse

Am 30. Juni 1989 hat die nordrhein-westfälische Polizei in Essen den 13-jährigen Schüler Kemal C. erschossen. Die tödlichen Schüsse waren das Ergebnis einer Großaktion, deren Anlaß ein Bagatellunfall mit einem Mofa war. Noch bevor auch nur der Obduktionsbericht vorlag, hatte der zuständige Staatsanwalt Schmalhausen die tödlichen Schüsse als Notwehr gerechtfertigt: „Den Beamten kann man keinen Vorwurf machen, sie haben richtig gehandelt.“ Auch wenn die Staatsanwaltschaft ermitteln mußte, weil die Po-

lizeiaktion zu sehr unter öffentlichem Druck stand: Am 8. September stellte sie die Ermittlungen ein. Inzwischen hat auch die vorgesetzte Generalstaatsanwaltschaft in Hamm auf eine Beschwerde der Familie von Kemal gegen die Einstellung geantwortet und diese zurückgewiesen. Dennoch ist die Auseinandersetzung nicht beendet: Nach wie vor gibt es Kritik, der Arbeitskreis zur Unterstützung der Ermittlungen, ein Zusammenschluß verschiedener örtlicher Kräfte, setzt seine Arbeit fort.

Der Ablauf: Tödliche Eskalation

Am Nachmittag des 30.6. holt Kemal aus dem Keller eines befreundeten Nachbarn ein Mofa und unternimmt zusammen mit einem Freund eine Spritztour. Dabei stößt er mit einem PKW zusammen. Der Sachschaden: Ca. 1000 DM. Während Kemal mit dem Mofa flüchtet, bleibt sein Freund am Unfallort. Die Polizei leitet eine Fahndung ein. Wenige Straßen weiter wird Kemal von einem Streifenwagen gestellt. In einem Handgemenge mit zwei Polizisten reißt Kemal einem die Dienstwaffe aus dem Holster. Kemal läuft mit der Pistole weg, nach Aussage eines der beiden Polizisten gibt er dabei einen „gezielten“ ab.

Weitere Polizisten werden alarmiert und nehmen die Verfolgung auf. Kemal flüchtet über die Bahnlinie Essen-Düsseldorf. Dabei wird aus einer Gruppe von mindestens acht Polizisten wild hinter ihm hergeschossen. Kemal flüchtet schließlich in eine Kleingartenanlage. Weil er vom Dach einer Gartenlaube aus angeblich auf zwei ihn verfolgende Beamte zielt, schießen die beiden auf ihn. Der Junge verschwindet vom Dach, es herrscht Ruhe. Fast eine Stunde später wird Kemal von SEK-Beamten blutüberstört und tot im Innenhof zwischen zwei Gartenhäusern gefunden.

Insgesamt waren an der Polizeiaktion rund 50 Beamte beteiligt, darunter ein SEK, und zwei Polizeihubschrauber. Das Magazin der Pistole, die Kemal bei sich hatte, war leer, wie die Staatsanwaltschaft später erklärt. Zwei Patronen hat er beim Hantieren mit der Waffe verloren, gleich nachdem er sie entwendete. Zwei weitere wurden bei der Obduktion in seiner Hosentasche gefunden. Bleiben vier Schüsse, die Kemal während der Flucht abgeben konnte.

An ihm selbst stellt der Obduktionsbericht sechs Schußwunden fest: Eine in einem Arm, je eine in jedem Bein in Kniehöhe, nach Ansicht der Staatsanwaltschaft ein Durchschuß, zwei im Gesäß und eine im Rücken. Tödlich war ein Lungendurchschuß, der von hinten, in einem Winkel von 90 Grad, in den

Körper eindrang.

Die Notwehr-Version, die von der Staatsanwaltschaft vertreten wird, ignoriert Teile dieses Berichts bis heute. Nach wie vor stellt die Staatsanwaltschaft auch die Behauptung auf, Kemal sei sofort tot gewesen. Fachärzte, die vom Arbeitskreis zur Unterstützung der Ermittlungen eingeschaltet wurden, erklärten, daß der Junge mit großer Wahrscheinlichkeit noch 40 Minuten gelebt hat und langsam verblutete.

onen unterstützt wird.

Wichtig für die Entfaltung der Kritik an dem Polizeieinsatz war, daß der Arbeitskreis eigenständige Ermittlungen sowie Zeugenbefragungen durchführte. Der Arbeitskreis erstellte eine Dokumentation, organisierte Veranstaltungen und war an der Vorbereitung von zwei Demonstrationen beteiligt. Nach Einstellung der Ermittlungen wegen fahrlässiger Tötung am 8.9. stellte er gegen die an der Polizeiaktion beteiligten Polizisten



Vertuschungsmanöver der Staatsanwaltschaft

Daß es überhaupt zu Ermittlungen kam und die Akte inzwischen weit über 1500 Seiten umfaßt, ist allein der breiten Kritik geschuldet, auf die die Polizeiaktion stieß. Dazu beigetragen hat wesentlich der Arbeitskreis zur Unterstützung der Ermittlungen, der sich wenige Tage nach dem Tod Kemals gebildet hat und von verschiedenen Gruppen und Organisati-

eine Anzeige wegen Totschlags und gegen Staatsanwalt Schmalhausen eine Strafanzeige wegen Strafvereitelung im Amt.

Der Vorwurf gegen die Staatsanwaltschaft: Ihre Ermittlungen und Beschwerden konzentrierten sich ausschließlich darauf, den Schußwaffengebrauch der Polizei zu rechtfertigen. In einer Erklärung des Arbeitskreises vom 15.9. heißt es dazu: „Zwar hat der Staatsanwalt die Pflicht, neben belastendem Material auch

solche Tatsachen zu ermitteln und festzuhalten, die einen Beschuldigten entlasten. Dies bedeutet jedoch nicht, daß er das Belastungsmaterial hinter einzelnen entlastenden Momenten zurücktreten lassen darf. Auch ist es nicht seine Aufgabe, dem Gericht vorzugreifen und z.B. dadurch die gerichtliche Überprüfung durchaus widersprüchlicher Zeugenaussagen zu verhindern.“

Auch außer dem Obduktionsbericht gibt es massive Widersprüche zu der Notwehrbehauptung: Nach 13 von 15 Aussagen ziviler Zeugen ist es unwahrscheinlich, daß Kemal vom Flachdach aus auf die ihn verfolgenden Polizisten angelegt hat. Unmittelbar nach den Schüssen gab ein Beamter über Sprechfunk durch: „Wir hatten ihn gerade echt gut drauf!“ Hinzu kommt, daß unterlassene Hilfeleistung naheliegt, wenn derselbe Beamte in dem Funkspruch äußerte, der „Täter“ könne getroffen sein, jedoch erst nach fast einer Stunde ein Arzt zu Kemal gelassen wurde.

Ungeklärt ist auch, ob Kemal überhaupt gezielt auf Beamte schoß. Mehrere Zeugenaussagen halten einer Überprüfung nicht stand. Die Frage ist wichtig, denn einen gezielten Schuß Kemals braucht die Staatsanwaltschaft, um den Schußwaffeneinsatz der Polizei zu recht-

fertigen. Nach dem Gesetz über den unmittelbaren Zwang (UZWG) des Landes NRW darf auf Fliehende nur geschossen werden, wenn sie selbst gezielt eine Schußwaffe eingesetzt haben. Allerdings auch dann nur mit einer Einschränkung: Der Fliehende darf kein Kind sein. Aus diesem Grund forderte Schmalhausen extra ein Gutachten an, das bestätigte, daß Kemal älter als 13 Jahre aussah.

Polizei blockt und mauert weiter

Trotz der Fragen und Widersprüche hat die Generalstaatsanwaltschaft Hamm die Beschwerde der Familie Kemals gegen die Einstellung der Ermittlungen zurückgewiesen. Eine schriftliche Begründung liegt noch nicht vor. Die Generalstaatsanwaltschaft scheint sich aber ausschließlich auf die Essener Staatsanwaltschaft gestützt zu haben und bezog sich gegenüber der Presse auf ein nach Abschluß der Ermittlungen angefertigtes Gutachten, das Schmalhausen anfertigen ließ und nach dem die Notwehrsituation trotz Schüssen in den Rücken gegeben gewesen sei.

Der Anwalt der Familie hat bereits ein Klageerzwingungsverfahren angekündigt. Was dabei herauskommt, ist unsicher. Sicher ist, daß die Essener Polizei

weiter mit den Ergebnissen ihrer Großaktion konfrontiert werden wird. Der Arbeitskreis arbeitet zur Zeit an einer zweiten Dokumentation. Für Anfang Januar ist eine Veranstaltung geplant.

Selbst wenn die tödlichen Schüsse juristisch in Notwehr abgegeben wurden, bleibt die Verantwortung der Polizei für die Eskalation eines Mofa-Unfalls zu einer Großaktion mit tödlichem Ausgang. Warum hat die Polizei nicht die Familie von Kemal eingeschaltet, obwohl sie von Kemals Freund seine Adresse hätte erhalten können?

Solche und jede andere Kritik hat die Polizeiführung bisher zurückgewiesen. Mal hat sie sich hinter dem schwebenden Verfahren verschantzt, als die Ermittlungen im September abgeschlossen wurden erklärte Polizeipräsident Dybowski: „Zu weiterer objektiver Klärung besteht kein Bedarf.“ Zeugen wurden laut Vernehmungsprotokoll zu einer „Schießerei zwischen der Polizei und einem Ausländer“ befragt. Auch durch solche Äußerungen trägt die Polizei zu einer Brutalisierung gesellschaftlicher Beziehungen bei, die bekämpft werden muß.

Quellenhinweis: Dokumentation und Flugblätter des Arbeitskreises zur Unterstützung der Ermittlungen; „CILIP — Bürgerrechte und Polizei“, 34/1989. — (il., wof)

184 tödliche Polizeischüsse seit 1974

Rund 120 Teilnehmer nahmen am 16.10. an einer Diskussionsveranstaltung des Arbeitskreises zur Unterstützung der Ermittlungen, der Humanistischen Union und der Volkshochschule Essen teil zum Thema „Möglichkeiten demokratischer Kontrolle der Polizei“. Wir dokumentieren im Folgenden Auszüge aus dem Beitrag eines Redakteurs der Zeitschrift „CILIP — Bürgerrechte und Polizei“:

„Wir haben in den Jahren seit 1974 insgesamt 184 Fälle tödlichen Schußwaffeneinsatzes durch Polizeibeamte dokumentiert ... Es zeigt sich jedoch, daß der Schußwaffengebrauch gegen Menschen und Sachen (= PKW's) seit den 70er Jahren zurückgeht. Polizisten schießen nicht häufiger auf Menschen, aber sie treffen häufiger tödlich.“

Als Grund dafür benennt „CILIP“ die seit den 70er Jahren vermehrt eingeführte Schießausbildung: „Beamte sind also intensiver trainiert worden an der Waffe und sind darüber noch stärker auf die Waffe als Lösungsmittel fixiert worden ... Solange Polizisten ständig und in jeder Situation Schußwaffen mit sich tragen, wird es immer wieder zu Todeschüssen kommen, weil nicht nach alternativen Lösungsstrategien gesucht wird.“

Ein zweiter Grund für die Bereitschaft zum Schußwaffeneinsatz könnte in dem Berufsbild, der Legende vom

hohen Berufsrisiko des Polizeibeamten, begründet sein: „Diese Legende wird besonders in der deutschen Polizeipresse aufrechterhalten und gepflegt. Fast Jahr für Jahr findet sich z.B. eine Statistik, in der steht, seit dem 8.5.1945 sind 420—430 Polizisten ermordet worden. Daß nahezu 200—230 in den Jahren 1945—1947 getötet wurden, wird nicht mitgeteilt ... Auch die Eigensicherung ist ein ständiges Thema, gerade auch im Jahre 1983, wo 24 Bürger von Polizisten erschossen wurden, nicht etwa Polizisten. Überlegungen und Statistiken zur Tötung von Bürgern werden Sie in der gesamten Polizeipresse nicht finden ...

„CILIP“ hat vor einigen Jahren eine Untersuchung gemacht ..., einen allge-

meinen Vergleich des Berufsrisikos von Polizisten mit dem anderer Berufe. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist erstaunlich, denn demnach scheinen Polizisten einen der sichersten Berufe zu haben: „Polizisten haben das gleiche Risiko in Ausübung ihres Berufes zu Tode zu kommen, wie beispielsweise Köche und Kellner, während Elektriker ein dreimal höheres, Bergleute ein fünfmal höheres, Seeschiffer ein sechs- bis siebenmal höheres Berufsrisiko haben.“

Selbst eine Statistik des BKA zeige in den Jahren 1972—1982 einen deutlichen und kontinuierlichen Rückgang von Angriffen gegen Polizeibeamte und einen Rückgang des Schußwaffeneinsatzes gegen Beamte. „Das Verhältnis ist ungefähr, daß auf drei getötete Bürger ein Polizist kommt.“

Ein weiterer Punkt des Beitrags war das Problem der Sanktionsimmunität von Polizisten: „In den Jahren 1980—1984 untersuchten wir die weitere juristische Bearbeitung von 75 Fällen mit tödlichem Schußwaffengebrauch durch Polizeibeamte ... Weitere juristische Bearbeitung in 61 Fällen, 41 staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren, davon wurden 30 eingestellt. Es kam zu 14 Gerichtsverfahren, von denen zehn zu Verurteilungen führten, davon drei Geldstrafen, sieben Haftstrafen (alle auf Bewährung und alle unter neun Monaten). Es ist kein einziger Fall bekannt, wo ein Polizist wegen rechtswidrigen Schußwaffengebrauchs seinen Dienst quittieren mußte.“



Bosch: Beschlüsse zur Sonderzahlung

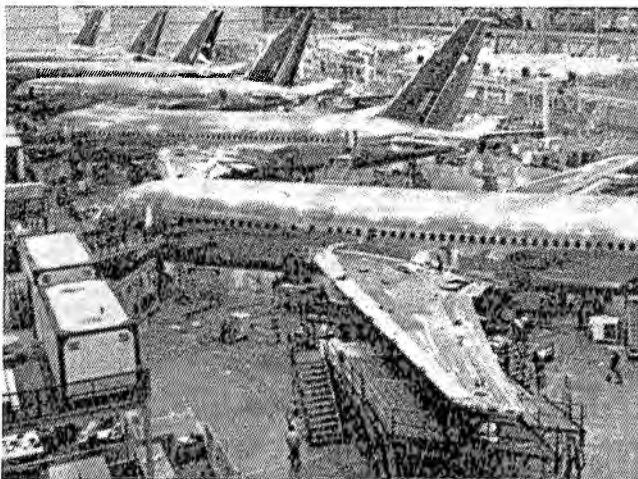
Stuttgart. Nach der Initiative der Vertrauensleute bei Bosch in Feuerbach hat nun auch die Vertrauensleuteversammlung bei Bosch in Leinfelden (2000 Beschäftigte) einstimmig die Forderung an die Geschäftsleitung gestellt, eine betriebliche Sonderzahlung von 1200 DM pro Beschäftigten zu leisten, das sind pro Monat im Jahr 1989 100 DM. In Feuerbach haben am 24.11. circa 120 Beschäftigte gemeinsam den Betriebsrat aufgesucht, um sich über die Verhandlungen zu informieren. Bosch-Aufsichtsrat Merkle meinte dazu, er sei nicht beeindruckt. — (ros)

Opel-Bochum plant Nachtschicht

Bochum. Die Geschäftsführung von Opel-Bochum versucht sich erneut als Vorreiter in punkto Flexibilisierung: Nach 24 Sonderschichten in diesem Jahr will sie den Kadett in drei Schichten bauen lassen. Rund 1300 Beschäftigte sollen ab April 1990 Nachtschicht fahren. Diese Pläne wurden an den Betriebsrat herangetragen und auch schon in der Presse veröffentlicht. Damit würde Opel für die gesamte Branche

Stuttgart. Am 17.11. beteiligten sich 500 Schornsteinfeger an einer landesweiten Demonstration, wochenlang wurde gestreikt. Der Zentralverband Deutscher Schornsteinfeger (ZDS) forderte eine Lohnerrhöhung um 12,78% und eine einmalige Sonderzahlung von 2000 DM als Ausgleich für die diesjährige „Nullrunde“. Die vom Landesinnungsverband geforderte Gebührenerhöhung lehnte der ZDS ab. Erreicht wurde jetzt der Wegfall der Wirtschaftlichkeitsklausel und eine Lohnerrhöhung von 730 DM auf 803,70 DM pro Woche. — (evc)

eine Schranke einreißen, denn bisher gibt es in der westdeutschen Automobilindustrie an den Montagebändern „nur“ zwei Schichten. Die Geschäftsführung von Opel verweist darauf, daß im Werk Spanien bereits eine Nachtschicht existiere und will den Betriebsrat mit 680 Neueinstellungen und der Fest-Übernahme von 260 Beschäftigten mit Zeitverträgen ködern. Die Mehrheit des Betriebsrates ist nicht abgeneigt, ihr geht es vor allem um die „soziale Abfederung“ der Nachtschicht. Mitte Dezember soll sich eine Betriebsversammlung mit dem Vorstoß befassen. — (wof/AGM)



USA: Die 57000 Boeing-Beschäftigten beendeten nach 48 Tagen ihren am 4.10 begonnenen Streik. Die Grundlohnerrhöhung wird bis 1992 zehn Prozent betragen. Darüber hinaus konnte ein Inflationsausgleich durchgesetzt werden. Der Kampf der Gewerkschaft IAM hatte sich u.a. gerichtet gegen die Zwangsüberstunden und gegen die profitabhängige Jahresprämie, die nicht auf Renten, Kranken- und Urlaubsgelder angerechnet wird. Die Kapitalisten konnten diese Prämie anstelle einer entsprechenden Grundlohnerrhöhung sichern. Statt der bisherigen 200 Zwangsüberstunden im Quartal müssen jetzt 144 gemacht werden: 14,4 zusätzliche Arbeitswochen im Jahr! Quellenhinweis: AFL-CIO News, 30.10.89; UZ 27.11.89 — (gba)



Warnstreik der Bahnbusfahrer

Paderborn. Die Busfahrer der Bundesbahn legten am 13. 11.89 für anderthalb Stunden die Arbeit nieder. 13 Busse verkehrten nicht auf den Linien Warburg, Detmold, Bad Driburg und Delbrück nach Paderborn in der Zeit von 5.30 Uhr bis 7.15 Uhr. Grund für diese Aktion war die vom Bahnvorstand verfügte Streichung der Aufwandsentschädigung ab 1.10. Ein Busfahrer verdient im Schnitt so ungefähr 1600 DM netto. Die Aufwandsentschädigung macht dann noch einmal 150 bis 200 DM. Der Streik fand mit 100%iger Beteiligung statt, nicht nur in Paderborn. — (luf/AGK, gba)

Sonderzahlung erstritten

Hildesheim. Nach dreimonatigen Auseinandersetzungen, unter Androhung von Überstundenverweigerung, hat der Betriebsrat bei Fuba eine einmalige Sonderzahlung in Höhe von 750 DM ausgehandelt. Zusätzlich zu den nach Betriebszugehörigkeit gestaffelten Jahresgratifikationen wird sie zum Jahresende ausgezahlt. Am 1.12. wurde die Vereinbarung abgeschlossen. 3000 Beschäftigte, die mindestens drei Monate dem Betrieb angehören, erhalten diese Prämie ohne irgendwelche Abstufungen. Diese 2,25 Millionen DM wird das Unternehmen leicht verkraften. Vor dem Verhandlungsbeginn im September war durch die Veröffentlichung des Geschäftsbe-

richts 1988/89 klar, daß Fuba (Hans Kolbe & Co.) wieder einmal enorme Umsatzsteigerungen zu verzeichnen hat. In den letzten fünf Jahren verdoppelte er sich von 240 auf 480 Millionen DM. — (mal)

Essen: 9%, 198 DM und 35-Stunden-Woche

Essen. Die IG Metall-Vertreterversammlung Essen hat einen Antrag an die Tariftkommission beschlossen. Als Forderungen für 1990 werden genannt eine Lohnerrhöhung von 9%, mindestens jedoch 198 DM (auch für Auszubildende), die 35 Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, die Begrenzung der regelmäßigen Arbeitszeit auf acht Stunden täglich von Montag bis Freitag, Personal-ausgleich und die Absicherung von Teilzeitarbeit. Eine Begrenzung der Laufzeit für Lohn auf 12 Monate, wofür mehrere Anträge aus Betrieben eintraten, wurde auf Votum der Ortsverwaltung nicht aufgenommen. — (wof)

Warnstreiks an Berlitz-Sprachschulen

Nachdem das von der GEW gesetzte Ultimatum zur Aufnahme von Tarifverhandlungen am 1.11. abgelaufen war, traten am 14.11. in Augsburg, Frankfurt, Westberlin und Münster die Beschäftigten in einen Warnstreik. Berlitz unterhält insgesamt 40 Schulen, ohne daß Tarifverträge existieren. Die GEW fordert feste Arbeitsverträge mit geregelten Arbeitszeiten sowie Einkommensverbesserungen. — (har)

Antifa-Landeskonferenz NRW

Faschismus ist keine „Normalisierung“!

Am Samstag, 2.12., fand in Bochum die 11. landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW statt. Insgesamt nahmen rund 400 Leute teil.

Im Eröffnungsplenum wurde deutlich, daß sich der antifaschistische Widerstand in einer schwierigen Lage befindet: Die Fortschritte der faschistischen Formierung sind bedrückend, die antifaschistische Kritik muß erheblich aufholen. Umso wichtiger ist es, daß in dem vom Abschlußplenum bei nur wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen gebilligten „Bericht zum Stand der Diskussion“ einige für die antifaschistische Arbeit wichtige Punkte festgehalten werden konnten.

Die Aussagen des Berichts über die REP und die faschistische Formierung, die Notwendigkeit, an Forderungen wie Auflösung und Verbot faschistischer Organisationen nach Art. 139 Grundgesetz festzuhalten waren ebenso wenig umstritten wie die Aktionsvorschläge. Etwas Streit gab es lediglich um die Frage, ob ein Absatz eingefügt werden soll, der die Entwicklung in der DDR positiv würdigt. Dies lehnte die Mehrheit ab, weil es nicht Aufgabe der Konferenz sei.

Jeweils einstimmig bei nur wenigen Enthaltungen verabschiedete das Abschlußplenum eine Erklärung gegen die Zusammenarbeit mit der völkisch-rassistischen Sekte „Deutsche Unitarier“, eine Resolution gegen die Verfolgung von Antifaschisten in Dortmund und eine Erklärung gegen den Kurden-Prozeß in Düsseldorf. Der fünfköpfige Koordinationsausschuß, in dem die Grünen, Jusos, VVN/BdA und Volksfront vertreten sind, wurde ebenfalls einstimmig bestätigt.

Erfreulich war ein Grußwort des Ostermarsch-Komitees Ruhr, das sich für Zusammenarbeit in punkto Anerkennung der DDR und der bestehenden Grenzen aussprach. — (wof)

Aus dem „Bericht zum Stand der Diskussion“

... Zwar bestehen nach wie vor verschiedene faschistische Organisationen, doch die REP haben sich inzwischen als die Sammlungspartei dieses Lagers herausgestellt ... (Ihnen ist es) gelungen, auf Grundlage einer modernisierten und dem „Zeitgeist“ angepaßten faschistischen Programmatik und einer entsprechenden Politik auch konservative Kräfte einzubinden

Wir warnen davor, die faschistische Formierung als eine „Normalisierung“ gesellschaftlicher Entwicklungen anzusehen. Zwar findet faschistische Propaganda einen Nährboden in den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen, es gibt einen Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus. Trotzdem sind menschenverachtende Positionen nichts „Normales“. Solche Verharmlosungen erleichtern es den Rechten, die gesamte politische „Landschaft“ nach rechts zu drängen und bestehende gesellschaftliche Normen zu verschieben ...

Die Anhangsbildung von REP, DVU, NPD, FAP und anderen knüpft an die „offizielle“ Politik der letzten Jahre an. Im „Wuppertaler Aufruf“ haben wir insbesondere auf die restriktive Ausländerpolitik der Bundesregierung hingewiesen und auf ihre Sozialpolitik, die auf die Herausbildung einer „rigorosi individualisierten und flexibilisierten Risikogesellschaft“ zielt, Konkurrenz verschärft und die Entsolidarisierung der Gesellschaft vorantreibt.

Ebenso zu nennen ist die Belebung einer revanchistischen Wiedervereinigungs-Politik. Vor einigen Jahren glaubten viele, die Propaganda der „deutschen Einheit“ sei nur noch die Sache einiger „Ewig-Gestriger“. Heute betreibt die Bundesregierung unverfroren und mit breiter Unterstützung eine Politik, die auf die Vereinnahmung zumindest der DDR und den Anschluß osteuropäischer Länder an eine großdeutsch geführte EG zielt. Sie mischt sich massiv in die Angelegenheiten anderer,

selbständiger Staaten ein. Dahinter stecken handfeste Interessen von Konzernen und Banken an der Erweiterung ihres Einflußbereichs und der Wiedererrichtung marktwirtschaftlicher Verhältnisse in der DDR und anderen osteuropäischen Ländern.

Ohne die Kritik dieser „offiziellen“ Politik kann Antifaschismus nicht erfolgreich sein ...

Angesichts der bevorstehenden Landtagswahl und der anschließenden Bundestagswahl bekräftigen wir die Notwendigkeit einer antifaschistischen Bündnispolitik ... Dabei geht es uns insbesondere um die folgenden Punkte ...

1. *Faschistische Parteien dürfen in NRW nicht zu den Landtagswahlen zugelassen werden!* Für faschistische, rassistische und nationalistische Propaganda dürfen keine öffentlichen Mittel und keine Medien zur Verfügung gestellt werden. Wir treten dafür ein, daß Kundgebungen, Veranstaltungen, Stände usw. von Faschisten untersagt werden. Dort, wo die REP in den Gemeinderäten sitzen, darf keine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit ihnen stattfinden.

2. *Für die politische und soziale Gleichheit aller Menschen, die in der Bundesrepublik leben!* Wir wenden uns gegen die restriktiven Bestimmungen des Ausländergesetzes und treten für das kommunale Wahlrecht als ersten Schritt zu gleichen Rechten ein. Wir fordern von der Landesregierung die unverzügliche Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs. Wir treten desweiteren ausdrücklich für die soziale Gleichstellung von Ausländerinnen und Ausländern im Arbeits-, Sozial-, Steuerrecht usw. ein.

3. *Für friedliche Koexistenz und Völkerverständigung!* Wir fordern die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR mit allen Konsequenzen wie der Schließung der Erfassungsstelle in Salzgitter sowie die Anerkennung der bestehenden osteuropäischen Grenzen. Wir treten ein für die Streichung der Präambel des Grundgesetzes, in der die „deutsche Einheit“ als Verfassungsauftrag postuliert wird. Wir lehnen sämtliche Pläne zur Einverleibung der DDR (z.B. Konföderationen) entschieden ab. Von der Landesregierung und den Kommunen fordern wir eine Politik in diesem Sinne, das heißt z.B. die Aufkündigung von Patenschaften, wie sie die Landesregierung mit der Landsmannschaft der Oberschlesier pflegt, und die Streichung finanzieller Mittel für landsmannschaftliche Betätigung.

4. *Jeder Mensch hat das Recht auf menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen!* Wir verteidigen und fordern soziale Mindestsicherungen, die verhindern, daß Menschen wie Material behandelt werden und ihnen jegliche soziale Existenzmöglichkeit entzogen wird. Wir wollen eine Politik, die gegenüber der von Konzernen und Banken betriebenen Politik der Flexibilisierung, Deregulierung und Privatisierung an den Interessen und Bedürfnissen der lohnabhängig Beschäftigten und einfachen Leute ausgerichtet ist.

5. *Demokratische Rechte — gegen eine Politik von „Law and Order“!* Wir sind dafür, daß demokratische Rechte als Rechte gegen staatliche Willkür ausgeweitet, und nicht eingeschränkt werden. Wir sind gegen Gesinnungsparagrafen wie den § 129a, gegen die Vernichtung politischer Gegner durch unmenschliche Isolationshaftbedingungen und gegen die politische Verfolgung ausländischer Organisationen in der BRD, wie sie zur Zeit im Kurdenprozeß in Düsseldorf vorexerziert werden soll ...

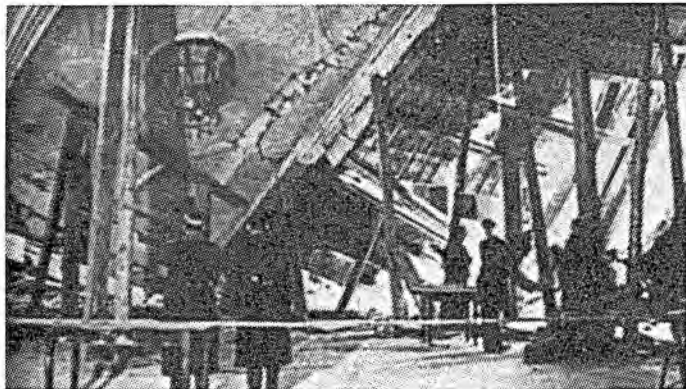
Wir rufen auf

* zur breiten Fortführung der Unterschriftensammlung unter den im April beschlossenen „Wuppertaler Aufruf“ ...

* zu einer landesweiten Demonstration gegen den von den Republikanern geplanten Landesparteitag ...

* zu einer Protestveranstaltung und vielen dezentralen, örtlichen Aktionen gegen die Wahlzulassung faschistischer Parteien zu den Landtagswahlen.

* zu einer landesweiten Demonstration in Verbindung mit einer aktionsorientierten 12. Landesweiten Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen am 5. Mai 1990 in Düsseldorf ...



Die von Georg Elser am 8. November 1939 im Münchner Bürgerbräukeller gelegte Bombe hatte eine große Wirkung.

Einer aus Deutschland

Keine Geschichte des Hitler-Attentäters

Dieser Film von und mit Klaus Maria Brandauer hat die Geschichte von Georg Elser, der mit seinem gut durchdachten Attentatsversuch auf Hitler fast erfolgreich gewesen wäre, in wesentlichen Punkten verfälscht. So wird Georg Elser nur als Einzeltäter dargestellt, obwohl dieser z.B. im *Rotfrontkämpferbund* organisiert war. Seine Motive bleiben im Hintergrund, unklar bleibt z.B., warum er sich wegen seiner Weigerung, „Heil Hitler“ zu sagen, von der SA zusammengeschlagen läßt. Vielleicht weil er mitansehen muß, wie die Juden einer nach dem anderen aus ihren Wohnungen herausgeholt werden und in die Konzentrationslager gebracht werden. Damit sind aber alle möglichen Motive bereits erschöpft.

Es stört die Bourgeoisie wohl kaum, daß dieser Film jetzt so breit in den Kinos läuft und auch gut ankommt. Zugegebenermaßen ist der Film von der Regie her und auch von den schauspielerischen Leistungen her als gut zu bezeichnen. Aber es wird nicht die Frage gestellt, warum es zum Faschismus kam, es wird nicht die Frage gestellt, warum die antifaschistische Bewegung versagt hat. Laut dem Film fehlte einfach nur noch ein kleines Quentchen Glück, dann wäre dem Faschismus der entscheidende Schlag versetzt worden. Sicher brauchte der Faschismus

Hitler als Symbolfigur, doch der Faschismus ist nicht mit Hitler gleichzusetzen, die dahinterstehenden Interessen erst recht nicht. Davon, daß die Arbeiterbewegung die Hauptkraft gegen den Faschismus war, ist nicht die Rede. Der typische Antifaschist ist Intellektueller oder Künstler, so wird es in dem Film dargestellt. Und da gab es noch „Einen aus Deutschland“. In seinem Kellerloch kommt er quasi über Nacht auf die Idee, etwas gegen Hitler zu unternehmen. Anzumerken ist noch, daß über Georg Elser's Leben zwar nicht viel, aber einiges bekannt ist, bei den Verfälschungen handelt es sich also um kein Versehen.

Ein Verdienst des Films ist es, daß Georg Elser nicht in der Versenkung der Geschichte verschwindet. In München oder auch anderswo erinnert kein Denkmal an ihn, der Bürgerbräu-Keller ist abgerissen worden, dort steht jetzt ein Hotelklotz. Die Antwort auf die Frage, warum sogenannten „Widerstandskämpfern“ wie Stauffenberg dutzendfach nachträgliche Ehrungen erwiesen werden und warum Georg Elser ignoriert wird, ist sicher, daß Stauffenberg und Konsorten über zehn Jahre Hitler die Stange gehalten hatten, während Georg Elser aus dem Arbeiterwiderstand kam.

Dementsprechend hatte Georg Elser sein Attentat bei seinen Vernehmungen auch

ausführlich begründet, er sprach die zunehmende materielle Verschlechterung für die Arbeiterschaft, die Unterdrückung grundlegender demokratischer Rechte und die Kriegspolitik des NS-Regimes an.

Georg Elser hat zwar den Attentatsversuch mit dem Le-

ben bezahlt, er wurde am 9. April 1945 im KZ Dachau ermordet. Aber er hat nicht verloren, sondern er hat gewonnen, wenn es der antifaschistischen Bewegung gelingt, heute den neuen Faschismus und Revanchismus niederzuhalten und zu zer schlagen. — (chl)

Franziskus

Franz im Film — Zeitloses zur Armut

Der bayerisch-italienischen Koproduktion „Franziskus“ dient die Revolutionsgeschichte des dreizehnten Jahrhunderts als Rahmen für Kitsch. Reicher Leute Kinder quält das Elend der Zeitgenossen, und da gehen sie einfach hin und tun Gutes. Franziskus und Klara werden als politisch Naive gezeichnet, die sozialen Probleme der Zeit sollen sie nur in den letzten Konsequenzen wahrgenommen haben, die Krankheit, der Hunger, das Leid. Dem fett aufgeschminkten Elend setzen sie entgegen das Bekenntnis zur Armut und die Liebe zu den Armen, als zeitloses Gebot Christi. Gerade die Umstände der Zeit wären aber interessant gewesen. Der Franziskanerorden kann als erfolgreicher Versuch gesehen werden, rebellische und revolutionäre Ketzerbewegungen in die herrschende politische Ordnung einzubinden. Die revolutionäre Unruhe des späten Mittelalters wurde verursacht durch die Entwicklung der Städte, ihres Handels und Handwerkes, ihrer Geldwirtschaft. Das ländliche Handwerk, die bäuerliche Industrie

wurde niederkonkurriert, der Druck des Adels auf die Bauern nahm zu. Um die Städte herum sammelten sich die erwerbslosen und elenden Massen. Für die Städte, deren politische Existenz durch die ritterliche Militärmacht noch jahrhundertlang bedroht blieb, kam es darauf an, diese Massen in Zaum und Zügel zu halten. In dieser Situation war die Franziskanerei willkommen. Das Ideal der Armut schlägt die ideologische Brücke zwischen Arm und Reich, es erzeugt bei den Armen Selbstbewußtsein ohne Besitz und bei den Reichen Motivation zum Almosen. Der Film wird zum Ärgernis, weil er all dies gezielt retuschiert. — (maf)



Abyss

Unerträglicher Schwachsinn

Der mit einer großen Werbekampagne verbundene Film mit großspurigen Vorankündigungen wie „der erste Film aus dem nächsten Jahrtausend“ geht nicht über das Niveau eines Groschenromans

hinaus.

Es geht um eine Unterwasserforschungsstation. Nachdem ein mit Atomsprengköpfen bestücktes U-Boot der US-Navy in deren Nähe untergeht, soll von dort aus das

U-Boot gesucht werden, weshalb auch ein militärisches Sonderkommando dorthin gebracht wird. Danach kommt die Geschichte von den guten Wissenschaftlern und den bösen Militärs. Nachdem nämlich keine Überlebenden an Bord des U-Bootes gefunden werden und es auch nicht geborgen werden kann, soll es per Atombombe gesprengt werden, damit es nicht den Sowjets in die Hände kommt.

Bereits der Untergang des U-Bootes hatte etwas mit mysteriösen Außerirdischen zu tun, jetzt treten diese Stück für Stück auf den Plan. Letztendlich werden die Militärs von ihrer Wahnsinnstat abge-

halten, das schaffen immerhin die Menschen noch alleine, dann aber wird der Hauptheld von den Außerirdischen gerettet, und er darf sie sogar sehen: Das äußere Bild entspricht dann genau dem verbreiteten Klischee von „Außerirdischen“.

Das häufigste Wort des Films ist „Scheiße“, was aber schon nicht mehr lustig ist. Zu dem typischen amerikanischen Aktionfilm mit Slapstick-Elementen gehört zu guter Letzt auch das Happy-End à la Hollywood. Leider wird es sicher nicht der letzte Film dieser Art in diesem Jahrtausend sein. — (chl)

Film: „Die weiße Zeit der Dürre“

Wirkung der Soweto-Aufstände auf Weiße

Der Film spielt zu Beginn der Aufstandsbewegung 1976 in Südafrika/Azania. Er beschreibt die Zersetzung einer burischen Siedlerfamilie und die Brutalität und den Terror der südafrikanischen Polizei, insbesondere der „Special Branch“, einer Sondereinheit. Ein burischer Lehrer zahlt Schulgeld für einen Sohn seines afrikanischen „Gartenboys“, nicht weil er gegen Rassismus ist, sondern in halbfeudaler Manier, als Wohlthäter. Als der Junge inhaftiert und in Polizeigewahrsam ermordet wird, versucht der Vater, die Wahrheit aufzudecken und die Leiche seines Sohn zu bekommen. Als auch der Vater des Jungen von der Polizei ermordet wird, weil er Zeugenaussagen über die Zustände im Polizeipräsidium und über den Tod seines zwölfjährigen Kindes sammelt, unterstützt der Lehrer die Bemühungen der afrikanischen Frau, eine Bestrafung der verantwortlichen Polizisten zu erreichen. Schließlich wird auch die Mutter des Jungen umgebracht, doch der Lehrer läßt nicht mehr nach. Er entscheidet sich, die Bemühungen um Veröffentlichung der Todesumstände fortzuführen, obwohl ihn seine Familie und der Dienstherr darüber unterrichten, daß er sich in diesem Krieg auf der falschen

Seite befindet, er ein „Verräter“ sei. Obgleich der burische Lehrer und sein Sohn die Hauptpersonen des Films sind, sind die treibenden Kräfte in der Untersuchung und die Träger des Befreiungskampfes die Azanier. Sie beharren auf Beginn und Fortführung der Untersuchung, und sie betreiben sie auch. Sie sind diejenigen, die als billige Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, im Bergbau und als Hausangestellte das Luxusleben der Weißen ermöglichen. Der von der US-Filmgesellschaft Metro-Goldwyn-Meier in den Verleih gebrachte Film kritisiert die Unterdrückung und die Ausbeutung, er leistet einen Beitrag zur Erklärung, daß alle Formen des Befreiungskampfes gerecht sind, auch der bewaffnete Kampf. — (uld)



Walter Janka

Bericht über seinen Prozeß

Walter Janka war von 1951 bis 1956 Leiter des Aufbau-Verlages, des größten belletristischen Verlages der DDR. Im Dezember 1956 wurde er verhaftet und beschuldigt, er habe zusammen mit dem Philosophieprofessor Wolfgang Harich eine staatsfeindliche Gruppe gebildet. Ihr Ziel sei gewesen, „in der Zusammensetzung der Regierung der DDR eine personelle Veränderung herbeizuführen und schwerwiegende ökonomische Veränderungen in der DDR vorzunehmen, die im Endergebnis zur Liquidierung der volksdemokratischen Ordnung in der DDR führen sollten“. Janka habe der Gruppe den Verlag als organisatorisches Zentrum zur Verfügung gestellt. Anders als Harich, der der Staatssicherheit dankte, daß sie ihn rechtzeitig gestoppt habe, bestritt Janka alle Punkte der Anklage und beharrte darauf, er habe für Veränderungen mit legalen Mitteln gekämpft. Sein Verteidiger beantragte Freispruch. Janka wurde im Juli 1957 zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt und erst im Dezember 1960 vorzeitig entlassen. Mit seiner Verhaftung war ihm die Rente als Verfolgter des Naziregimes aberkannt worden. Er erhielt sie erst ab 1972 wieder. Am 1. Mai dieses Jahres erhielt er den Vaterländischen Verdienstorden in Gold. Rehabilitiert wurde er nicht. Der Kulturbund der DDR fordert nun seine Rehabilitierung.

Walter Janka ließ im Oktober in der BRD sein Buch „Schwierigkeiten mit der Wahrheit“ erscheinen. Darin schildert er, mit welchen Problemen sich Intellektuelle in der DDR nach dem XX. Parteitag der KPdSU befaßten. Er schildert, wie er auf Bitten von Anna Seghers den Versuch unternahmen wollte, Georg Lukács 1956 aus Ungarn herauszuholen, um ihn vor Verfolgung zu schützen. Der Plan wurde vom damaligen Kulturminister Johannes R. Becher unterstützt und die Ausführung vorbereitet. Dann wurde die Aktion jedoch durch Intervention von Ulbricht untersagt. Im Prozeß wurde Janka auch vorgeworfen, er habe das „Haupt der Konterrevolution“ in Ungarn in die DDR holen wollen. Janka stellt fest, daß sowohl Becher als auch Anna Seghers, die beim Prozeß anwesend war, schwiegen, nicht gegen die Anklage protestierten und nichts für Lukács unternahmen, obwohl ihre Stimme in der Öffentlichkeit Gewicht gehabt hätte. Er kritisiert Bechers Auffassung, daß zur Durchführung der Regierungspolitik auch Leute geopfert werden müßten. Als Grund für die schwierige Lage der Opposition in der DDR betrachtete er damals die Isolierung der Intellektuellen von den Arbeitern. Dies berichtet er als Ergebnis eines Gesprächs mit Helene Weigel. Eine weitere Analyse liefert er jedoch nicht.

Walter Janka ist jetzt 75 Jahre alt. Er wurde 1914 in Chemnitz geboren und lernte Schriftsetzer. 1933 wurde er von der Gestapo in der Illegalität verhaftet. Zu der Zeit war er Leiter der kommunistischen Jugendverbände im Erzgebirge. Er wurde zu einhalb Jahren Zuchthaus und anschließend dem Konzentrationslager verurteilt. 1935 wurde er in die Tschechoslowakei abgeschoben, kehrte zur illegalen Arbeit zurück und ging 1936 nach Spanien. Dort kämpfte er in den Internationalen Brigaden, im Thälmann-Bataillon und wurde mit 23 Jahren Kommandant eines Bataillons. Dreimal wurde er verwundet. Er weigerte sich, sich an die Moskauer Militär-Akademie delegieren zu lassen und blieb bei seinen Mannschaften. 1941 floh er aus der Internierung und gelangte über Marseille und Casablanca nach Mexiko. Dort beteiligten sich Janka und seine Frau an der Gründung der Bewegung „Freies Deutschland“. Janka gründete mit anderen den Verlag El Libro Libre. In diesem Verlag erschienen etwa dreißig Bücher von Autoren im Exil, u.a. Bücher von Anna Seghers, Heinrich Mann und Egon Erwin Kisch. 1947 kehrten sie zurück. — (anl)

Tarifabschluß Banken

HBV und DAG verschenken Geld

Am 15.11.1989 gegen zwei Uhr morgens stimmte die Tarifkommission der HBV bei zwölf Gegenstimmen einem „Paket“ von Tarifregelungen zu, das in etwa aus den unten folgenden Punkten bestand. „In etwa“ deswegen, weil zu keinem Zeitpunkt des Verhandlungsverlaufs den Tarifkommissionsmitgliedern der komplette Verhandlungsstand schriftlich vorgelegt wurde. Im übrigen war die Diskussion der Tarifkommission dadurch geprägt, daß das Manteltarifthema Teilzeitarbeit, zu welchem *keine* Forderungen im Rahmen der Gehaltstarifverhandlungen aufgestellt waren, „über Nacht“ zum Hauptgegenstand der Verhandlungen wurde. Dies, obwohl vor Wochen bereits der Abbruch der Verhandlungen zu diesem Thema beschlossen worden war. Dieses undemokratische und schlampige Vorgehen spiegelt sich in den Ergebnissen wieder:

1. Die Gehälter wurden rückwirkend zum 1.11.1989 um 4,6 % erhöht.
2. In den Tarifgruppen 1–3 wurden Berufsjahre gestrichen und zusätzliche Erhöhungen der Endgehälter um 30 DM vereinbart. Dadurch ergeben sich zwar im Einzelfall Erhöhungen von bis zu 10 %, aufgrund des geringen Anteils dieser Tarifgruppen (ca. 8,5 % der Tarifangestellten) liegt die zusätzliche Kostenbelastung für die Arbeitgeber durchschnittlich aber nur bei ca. 0,1 %.
3. Die Ausbildungsvergütungen wurden um 50, 50, 55 DM in den Ausbildungsjahren 1 — 3 erhöht. Das entspricht prozentualen Erhöhungen von 5,8 %, 5,7 % und 5,7 %.
4. Die Laufzeit des Gehaltstarifvertrages beträgt zwölf Monate.
5. Der Vorruhestandstarifvertrag wurde um zwei Jahre bis zum 31.12.1991 verlängert. Er gilt auch für die Genossenschaftsbanken — mit der Einschränkung, daß bei Banken mit weniger als 60 Beschäftigten erst andere staatliche Regelungen auszu-schöpfen sind.
6. Die Genossenschaftsbanken akzeptierten auch die im letzten Dezember vereinbarte Umsetzungsregelung zur 39-Stunden-woche.
7. Der Geltungsbereich des Manteltarifvertrages wurde in mindestens zwei wesentlichen Punkten geändert: Er gilt jetzt auch für Teilzeitbeschäftigte, die zwischen 13 und 19 Stunden wöchentlich arbeiten. Im Gegenzug wurden aber die „Aushilfskräfte“ mit einer Beschäftigungsdauer von weniger als zwei Monaten aus dem Geltungsbereich des MTV ausgeschlossen!
8. In Zusammenhang mit der Änderung des Geltungsbereiches wurde der Tagesvergütungssatz für Aushilfen gemäß § 13 1. MTV ersatzlos gestrichen.
9. Für Teilzeitarbeit wurde die unten zitierte Regelung verabschiedet.
10. Zum Komplex „Chancengleichheit, Familie, Beruf“ wurde die ebenfalls unten dokumentierte Regelung verabschiedet.

Zur Bewertung des Tarifabschlusses

Die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung von 39 auf 37 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich, Übernahme der Auszubildenden, nach Verteuerung der Nacharbeit ab 18 Uhr um 25 %, gegen den Dienstleistungsabend und nach Einführung der TG 10 konnten auch nicht ansatzweise durchgesetzt werden. Die Masse der dennoch verabschiedeten Punkte erscheint zunächst eindrucksvoll, ebenfalls die Tatsache, daß der Lohnabschluß deutlich über den bisherigen Abschlüssen des Jahres 1989 liegt und die Bewegung für die Anhebung der unteren Lohngruppen erstmals wieder einen kleinen Erfolg erzielen konnte. Dennoch überwiegen die Kritikpunkte:

1. Allein durch bloßes Vertagen der Verhandlungen hätte bereits ein höherer Gehaltsabschluß erzielt werden können. Der

tariflose Zustand zum 1.11. hat sich als günstig erwiesen, um die Arbeitgeber wegen des bevorstehenden Jahresabschlusses in den Banken unter Druck zu setzen. Außerdem liefen wie gewohnt die örtlichen Aktionen erst kurz vor der dritten Verhandlungsrunde an. Es scheint eine gewisse Gesetzmäßigkeit darin zu bestehen, daß Aktionen erst *nach* einer Reihe von Verhandlungen möglich sind, weil die Beschäftigten insbesondere im Bankbereich nicht von vornherein auf Streit ausgehen. Zudem wurde überhaupt nicht ausgelotet, wie die DAG reagieren würde, wenn HBV die Vertagung der Verhandlungen beantragt hätte, anstatt wieder nächtelang die Tarifkommission zu zermürben.

2. Die Verbesserungen für die unteren Lohngruppen haben die Einstiegstarifgruppen unberührt gelassen und bieten den Arbeitgebern für neu eingestellte Arbeitslose weiterhin Spielraum. Außerdem wurden die Tarifgruppen 4 und 5, in denen zusammen 15,5 % der Tarifangestellten eingruppiert sind und die die Einstiegstarifgruppen für Beschäftigte mit Berufsabschluß sind, nicht angehoben. Die Mobilisierung einer Masse von Beschäftigten ist sowieso nicht möglich, wenn für jede Tarifgruppe und jedes Berufsjahr unterschiedliche Gehaltsforderungen aufgestellt werden. Mindestbetrags- oder Sockel- und Prozent-Forderungen wären für die Meinungsbildung besser.

3. Ganz katastrophal ist die Freigabe der Aushilfskräfte zur freien Verfügung des Arbeitgebers in den ersten beiden Monaten der Beschäftigung. Bisher galt der Manteltarif auch für diese Gruppe, bei der Bezahlung war allerdings ein Tagessatz vereinbart, der in etwa dem Einstiegsgehalt der TG 2 entsprach und „nackt“ ohne 13. Gehalt und vermögenswirksame Leistungen gezahlt wurde. Die Arbeitszeitbestimmungen galten für alle Arbeitnehmer. Jetzt ist diese Beschäftigtengruppe zum Freiwild geworden. Die Meinung, Betriebsräte könnten für diese Gruppe einen Grundlohn vereinbaren, ist nach höchstrichterlicher Rechtsprechung irrig. Da es sich in der Mehrzahl dabei um Schüler und Studenten handelt, gräbt sich HBV selbst das Wasser für die Gewerkschaftswerbung in dieser Gruppe ab. Viele dieser Aushilfen werden erfahrungsgemäß nach Abschluß des Studiums fest eingestellt und werden sich dann an die unsolidarische Handlungsweise der Gewerkschaft erinnern. Außerdem — wer hindert Arbeitgeber daran, bei bestimmten Arbeitsplätzen generell die ersten zwei Monate als Aushilfsvertrag zu vereinbaren?

4. Die Vereinbarungen zur Teilzeit und zum Elternurlaub sind nicht nur großteils heiße Luft, die in einem Tarifvertrag, der einklagbare Rechtsansprüche für einzelne Gewerkschaftsmitglieder garantieren muß, nichts zu suchen haben. Sie fallen auch hinter bestehende Regelungen in vielen Betrieben und im gesamten Einzelhandel weit zurück und sind in einzelnen Punkten sogar schädlich. Die Regelung für sogenannte „Ultimokräfte“, die begrifflich nirgends definiert sind, bedeutet die Einführung von Kapovaz im ersten Tarifbereich der Gewerkschaft HBV. Ein Beitrag der Banktarifkommission zum Jahr der Frauenförderung? Frauen, die solche Arbeitszeiten zum Monatsende wünschen, um sich unter der Sozialversicherungsgrenze etwas zu verdienen, haben nach dieser Regelung keinen Anspruch auf regelmäßige Beschäftigung, sondern müssen zu Hause auf Anrufe des Arbeitgebers warten. Man kann nur hoffen, daß das juristische Chaos, das die Banktarifkommission dadurch angerichtet hat, daß sie einerseits den Geltungsbereich des MTV erst ab 13 Stunden Beschäftigung wöchentlich beginnen läßt, dann aber im § 13 Regelungen für Beschäftigte unter 13 Stunden verabschiedet, zugunsten der Einflußnahme der Betriebsräte wirkt.

Die Ausweitung des Geltungsbereichs auf Beschäftigte zwischen 13 und 19 Wochenstunden ist im übrigen kein Erfolg, da nach europäischer Rechtslage derartige Einschränkungen als rechtswidrige Frauendiskriminierung gewertet werden, und durch Einzelklagen angegangen werden könnten.

Die Vereinbarung zur „Chancengleichheit“ enthält ein Sammelurium an Formulierungen, die nur auf eine Bindung der

Betriebsräte an betriebliche Erfordernisse und damit an die Marktkonkurrenz hinauslaufen und die einzelnen Beschäftigten in die Leistungs- und Ausbildungskonkurrenz werfen. Man muß jeder und jedem Beschäftigten nur abraten, aufgrund dieser Tarifformulierung an das Zeugen von Nachwuchs oder gar die Beantragung von Elternurlaub zu denken. Allenfalls könnte ein Vorrang bei Wiedereinstellung auf offene Stellen bei durch wen auch immer geprüfter Eignung daraus abgeleitet werden. Im übrigen hat die Verhandlungsführung bei der Endredaktion mit den Arbeitgebern die Öffnungsklausel für bessere Betriebsvereinbarungen in der Vereinbarung über den Elternurlaub *vergessen*. Daher können die in verschiedenen Banken zur Zeit laufenden Verhandlungen möglicherweise von Arbeitgeberseite abgebrochen werden.

Konsequenz aus diesem gesamten Schlamassel kann eigentlich nur sein, bereits jetzt an die Vorbereitung der nächsten Tarifrunde zu gehen. Dabei erscheint mir vorrangig, daß die Spaltung innerhalb der Tarifkommissionsminderheit, die immer wieder an den Fragen Geld/Arbeitszeitverkürzung/Arbeitszeitbegrenzung/Verteuerung aufbricht, endlich zugunsten einer verbindlichen Aktionseinheit gelöst wird. Sonst können die Leute, die unter Umgehung der gewerkschaftlichen Demokratie Jahr für Jahr den Manteltarif verschlechtern, weiter ihr Unwesen treiben. Die Forderungsentwicklung bei der IG Metall und die Unterstützung ihres Tarifkampfes wird 1990 einen Schwerpunkt von Aktionen und Diskussion darstellen. Dabei ist aus heutiger Sicht die weitere Zukunft der Arbeitszeitverkürzungskampagne durchaus offen.

Im übrigen, wenn HBV die Beschlüsse des Gewerkschaftstages ernst nimmt, müßten alle gewerkschaftlichen Gremien auch außerhalb des Bankbereiches sich mit diesem Tarifabschluß befassen und daraus auch personelle Konsequenzen ziehen.

— (gst)

Dokumentiert: Tarifregelung zu „Chancengleichheit, Familie und Beruf“

„Die Tarifparteien sind gemeinsam der Auffassung, durch eine Sicherung der Chancengleichheit von Männern und Frauen und eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Betrieben zur Förderung der Berufstätigkeit und der beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten insbesondere von Frauen beizutragen. Dazu sollen unter Einbeziehung der Arbeitnehmervertretung konkrete betriebliche Vorgehensweisen erarbeitet werden, die die erforderliche Information und Motivation aller Mitarbeiter/innen und der Führungskräfte ermöglichen.

1. Frauen und Männer sollen bei der Besetzung von offenen Stellen entsprechend ihrer persönlichen und fachlichen Eignung gleichberechtigt berücksichtigt werden. Dementsprechend sollen Ausschreibungen für Stellen so gestaltet werden, daß Männer und Frauen gleichermaßen angesprochen werden.

2. Die beruflichen Leistungen von Männern und Frauen sollen in gleicher Weise gefordert und gefördert werden. Zur Sicherung gleicher Voraussetzungen für die Entfaltung individueller Begabungen und Anlagen sollen sich die Möglichkeiten zur beruflichen Weiterentwicklung und -qualifizierung ausschließlich an den betrieblichen und persönlichen Möglichkeiten sowie den Arbeitsplatzanforderungen orientieren.

3. Voll- und teilzeitbeschäftigte Frauen und Männer mit einer Betriebszugehörigkeit von mindestens fünf Jahren, die nach der Inanspruchnahme des gesetzlichen Erziehungsurlaubs ausgeschieden sind und zwischenzeitlich keine andere Tätigkeit außerhalb des Unternehmens ausgeübt haben, werden innerhalb von dreieinhalb Jahren nach der Geburt des Kindes wiedereingestellt, sofern die geforderte Qualifikation und Eignung für die zu besetzende Stelle im selben Betrieb oder einem anderen

nahegelegenen Betrieb des Unternehmens besteht oder entwickelt werden kann. Dabei sollen Wünsche der Arbeitnehmer hinsichtlich des Arbeitszeitvolumens im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten berücksichtigt werden.

Der beabsichtigte Wiedereintritt ist der Bank mindestens sechs Monate vorher schriftlich mitzuteilen. Die Arbeitnehmervertretung ist davon in Kenntnis zu setzen. Im Falle der Wiedereinstellung werden frühere Betriebszugehörigkeitsjahre angerechnet.

Während der Familienphase sollten im beiderseitigen Interesse Möglichkeiten der Sicherung und Weiterentwicklung der Qualifikation geprüft und genutzt werden.

4. Die gesetzlichen Mitbestimmungsrechte des Betriebs-/Personalrats bleiben unberührt.“

Tarifregelung zu „Teilzeitarbeit“

„Die Tarifvertragsparteien wollen gemeinsam die Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen fördern und regeln. Damit soll im Einklang mit den geschäftspolitischen Zielen und den betrieblichen Gegebenheiten des Unternehmens Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglicht werden, Berufsausübung und berufliche Qualifizierung mit außerberuflichen Interessen zu verbinden. Teilzeitarbeit soll in allen beruflichen und betrieblichen Qualifikationsstufen im Rahmen der betrieblichen Gegebenheiten ermöglicht werden.

1. Teilzeitbeschäftigten stehen die Tarifgehälter und die sonstigen tariflichen Leistungen anteilmäßig entsprechend der mit ihnen vereinbarten Wochenarbeitszeit im Verhältnis zu der regelmäßigen tariflichen Arbeitszeit zu.

2. Teilzeitbeschäftigte erhalten einen schriftlichen Arbeitsvertrag. Er soll mindestens Angaben über den Arbeitszeitanteil, die Arbeitszeitlage, die tarifliche Eingruppierung und evtl. Zulagen enthalten. Für Ultimokräfte kann davon abweichend die Arbeitszeitlage jeweils mindestens vier Tage im voraus mitgeteilt werden.

Unterschreitet die vereinbarte Arbeitszeit die gesetzliche Grenze des § 102 AFG (= weniger als 18 Stunden wöchentlich, gst), hat der Arbeitgeber den Arbeitnehmer auf mögliche sozialversicherungsrechtliche Folgen hinzuweisen.

3. Die tägliche Arbeitszeit soll mindestens drei Stunden betragen und — unbeschadet vereinbarter Pausenregelungen — grundsätzlich zusammenhängend erbracht werden. Ausnahmen sind nach einvernehmlicher Regelung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer möglich; hierüber ist der Betriebs- bzw. Personalrat zu informieren.

4. Arbeitnehmer, die Teilzeitarbeit anstreben, haben das Recht, über die in ihrem Betrieb aktuell zu besetzenden Teilzeitarbeitsplätze informiert zu werden.

5. Umwandlungswünschen der Arbeitnehmer hinsichtlich ihres Arbeitszeitvolumens soll Rechnung getragen werden, sofern die arbeitsorganisatorischen Gegebenheiten sowie die personelle Situation dies zulassen.

6. Bei der Besetzung von Teilzeitarbeitsplätzen sollen bei gleicher persönlicher und fachlicher Eignung interne vor externen Bewerbern vorrangig berücksichtigt werden.

7. Teilzeitbeschäftigte sollen in Fragen der beruflichen Entwicklung sowie im Bereich der Weiterbildung wie Vollzeitkräfte entsprechend den betrieblichen und persönlichen Möglichkeiten sowie den Anforderungen des Arbeitsplatzes gefördert werden.

8. Sofern regelmäßig Arbeit, die über die vereinbarte Wochenarbeitszeit hinausgeht, angeordnet und geleistet wird, kann der Arbeitnehmer eine entsprechende Neugestaltung des Arbeitsvertrages verlangen.

9. Die Rechte des Betriebs- bzw. Personalrats richten sich nach dem Betriebsverfassungsgesetz bzw. den entsprechenden Bestimmungen der Personalvertretungsgesetze.

Die Regelungssperre des § 87 Abs. 1 BetrVG wird durch diese Tarifvereinbarung nicht ausgelöst.

Zehn-Punkte-Plan

Gegen die Aggression der BRD: Anerkennung der DDR durchsetzen!

Die deutsche Monopolbourgeoisie hat sich mit dem Verlust erheblicher Teile ihres ehemaligen Herrschaftsgebietes infolge der Niederlage des faschistischen Deutschen Reiches niemals abgefunden. Ihre Versuche, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen, treten derzeit in eine neue Phase.

Die DDR und andere Länder des realen Sozialismus sind in einer tiefen Entwicklungskrise. Die Ursachen dieser Krise und die Triebkräfte der Massenbewegungen liegen im wesentlichen in den inneren Widersprüchen der betreffenden Gesellschaften. In den vergangenen Wochen schien deutlich auf, daß die imperialistischen Strategen große Mühen hatten, Ursachen und Charakter der großen Massenbewegung in der DDR zu verstehen, die sich keineswegs als Anschlußbewegung an die BRD und auch nicht als Bewegung für die Reorganisation des Kapitalismus formierte. Aber nach einer ersten gewissen Ratlosigkeit und Verwirrung, die in einem unkoordinierten und wilden Pläneschmieden sichtbar wurde, sind sie dabei, sich auf eine Strategie zu vereinheitlichen, die die Entwicklungskrise der realsozialistischen Gesellschaften für die Eroberung der DDR und die neokoloniale Ostexpansion ausnutzt.

Am 28.11. stellte Kohl im Bundestag einen Zehn-Punkte-Plan vor (1), an dem Experten verschiedenster Art, darunter auch ehemalige hohe SED-Funktionäre, seit Wochen intensiv gearbeitet hatten.

Der Zehn-Punkte-Plan beinhaltet u.a.: Sofortmaßnahmen zur weiteren und dauerhaften Grenzöffnung, Ausbau der Kontroll- und Einmischungsmöglichkeiten der BRD (Stichwort „Zusammenarbeit“), westdeutschen Kapitalexport in die DDR unter der Maßgabe eines „grundlegenden Wandels des politischen und wirtschaftlichen Systems in der DDR“, die Anbindung der DDR durch „konföderative Strukturen“, die Ostexpansion der EG und schließlich die Ausweitung des BRD-Herrschaftsgebietes gegen Osten („Wiedervereinigung“).

Nur die Grünen leisteten an diesem 28.11. parlamentarischen Widerstand und zerstörten so die überschäumende „Wir-kennen-keine-Parteien-mehr-wir-kennen-nur-noch-Deutsche“-Besoffenheit im Deutschen Bundestag. Die große Mehrheit stimmt, ungeachtet der tags drauf einsetzenden Streitigkeiten zwischen Regierung und Opposition bzw.

CDU/CSU und FDP mit den grundsätzlichen Absichten und vor allem auch Voraussetzungen des Zehn-Punkte-Plans überein. Die wesentliche Voraussetzung, auf der er basiert, ist die Behauptung von der Fortexistenz des Deutschen Reiches, die sich vor allem in der Nicht-Anerkennung der DDR und der DDR-Staatsbürgerschaft niederschlägt.

Deutsche-Reichs-Konstruktion: Mittel zur Restauration

Es fragt sich, warum die BRD so eisern darauf beharrt, als „Staat identisch mit dem Staat ‚Deutsches Reich‘“ (2) zu sein, und warum sie dementsprechend der DDR die Anerkennung verwehrt und am Anspruch auf „deutsche Staatsbürgerschaft“ festhält.

Die vergangenen Monate haben deutlich gemacht, daß und wie die BRD ihre Rechtsansprüche als Mittel ihrer wirtschaftlichen Aggression gegen die DDR (und andere Länder, in denen „Deutsche im Sinne des Grundgesetzes“ leben) gebraucht. Mit dem „Angebot“ der „deutschen Staatsbürgerschaft“ erstreckte die BRD ihren Arbeitsmarkt potentiell auf das Gebiet der DDR und darüber hinaus. Ohne dieses „Angebot“ wäre die massenhafte Wanderungsbewegung aus der DDR in die BRD und nach Westberlin aktuell nicht möglich gewesen, jedenfalls nicht in dem Ausmaß. Der Dreh mit der Staatsbürgerschaft war wahrscheinlich die einzige Möglichkeit, die BRD-Marktwirtschaft wenigstens in einem Teilbereich auf die DDR zu erstrecken. Die DDR war zwar in der Lage, den Kapitalmarkt politisch zu kontrollieren, d.h. Direktinvestitionen ausländischen Kapitals zu unterbinden, und weitgehend auch den Warenverkehr. Aber eine ausreichende Antwort auf ihre permanente Bedrohung durch die Ausdehnung des BRD- und internationalen Arbeitsmarktes hat sie nicht gefunden. Die Mauer — ihr Versuch einer Antwort — hat das Problem nicht gelöst. Die massenhafte Abwanderung in den letzten beiden Jahren und vor allem seit Sommer 1989 hat die DDR wirtschaftlich erheblich unter Druck gesetzt und zersetzt die Abwehr gegen die weitere Öffnung der DDR für westdeutsches und internationales Kapital.

Ihre imperialistischen Rechtsansprüche erleichtern der westdeutschen Monopolbourgeoisie aber nicht nur die wirtschaftliche Durchdringung der DDR; sie zielen

direkt auf Umsturz, auf die grundlegende Reorganisation der Herrschaft der Konzerne in der DDR.

So unterschiedlich die historischen Bedingungen in den realsozialistischen Ländern im östlichen Europa auch sind, nirgendwo zeichnen sich mächtige Oppositionsbewegungen ab, die die Beseitigung des staatlichen Eigentums und die Wiederherstellung des Privateigentums als herrschendes Verhältnis zum Ziel haben. Es gibt starke Tendenzen, den Markt auf Kosten des Plans zu stärken, dem Privateigentum mehr Raum zu geben, das Land für imperialistisches Kapital zu öffnen und den Anschluß an den Weltmarkt zu intensivieren. Doch keine bedeutende gesellschaftliche Kraft in diesen Ländern stellt die herrschenden Eigentumsverhältnisse im Sinn einer Rückkehr zum Kapitalismus in Frage. Die alten Ausbeuterklassen haben im Laufe der vergangenen über 40 Jahre ihren Einfluß auf das politische Leben immer mehr verloren. Ihre Eigentumsansprüche sind zersplittert, ohne Rückhalt in einem staatlichen Gewaltapparat.

In dieser Ausgangslage liegt für jede imperialistische Strategie eine grundlegende Schwierigkeit. Der Imperialismus kann und will sich mit den aus den volksdemokratischen Revolutionen hervorgegangenen Eigentumsverhältnissen nicht abfinden. Erfolge in der wirtschaftlichen Durchdringung dämpfen seinen Herrschaftsdrang nicht, stacheln ihn vielmehr an. Denn auch wenn sich die realsozialistischen Länder dem imperialistischen Kapital weit öffnen: Das staatliche Monopol an den wesentlichen Produktionsmitteln — oder auch nur einem bedeutenden Teil davon — setzt der Ausbeutungsfreiheit der Konzerne Grenzen, schränkt ihr freies Schalten und Walten, ihre Verfügung über die Menschen und gesellschaftlichen Ressourcen immer ein. Sie können aber die Eigentumsverhältnisse nicht rückwälzen, den Kapitalismus nicht restaurieren ohne imperialistische Aggression und brutale Konterrevolution.

In gewisser Weise anders liegen die Dinge auf dem Boden des ehemaligen Deutschen Reiches. Die deutsche Bourgeoisie bzw. ihr aus der DDR geflohenen Teil hat sich nicht zerstreut, sondern hat sich in der BRD gesammelt. Die BRD hat als „Deutsches Reich“ auf eingeschränktem Territorium die Eigentumsansprüche aller von „illegitimer“ Enteignung be-

troffener „Deutscher“ gesammelt. Ihre Nicht-Anerkennung der DDR ist die offene Kriegserklärung an die in der DDR herrschenden Eigentumsverhältnisse, deren Legitimität die BRD bestreitet. In seinem Urteil zum Grundlagen-Vertrag (2) schreibt das Bundesverfassungsgericht die „Schutzpflicht des Heimatstaates“ für „Deutsche im Sinne des Grundgesetzes“ fest:

„Dazu gehört insbesondere, daß ein Deutscher, wann immer er in den Schutzbereich der staatlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland gelangt ..., einen Anspruch darauf hat, nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland vor deren Gerichten sein Recht zu suchen ... Der Vertrag bedarf weiter der Auslegung, daß ... die Bundesrepublik Deutschland jeden Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, der in den Schutzbereich der Bundesrepublik und ihrer Verfassung gerät, gemäß Art. 116 Abs. 1 und 16 GG als Deutschen wie jeden Bürger der Bundesrepublik behandelt. Er genießt deshalb, soweit er in den Geltungsbereich des Grundgesetzes gerät, auch den vollen Schutz der Gerichte der Bundesrepublik und alle Garantien der Grundrechte des Grundgesetzes, einschließlich des Grundrechts aus Art. 14 GG“ — d.h. des „Grundrechts“ auf Eigentum!

Auf solcher Grundlage zahlt die BRD Lastenausgleich an „Deutsche“, die sich unter ihren Schutz begeben und irgendein Eigentum zurückgelassen haben — und das sind alles in allem etliche Millionen —, wobei der Rechtsanspruch auf selbiges Eigentum durch den Ausgleich nicht berührt wird, also nach BRD-Recht fortbesteht. Auf solcher Grundlage erhebt z.B. auch die IG Farben i.L. ihre Ansprüche auf das alte IG-Farben-Vermögen in der DDR etc. Auf solcher Grundlage ist aber auch die Erfassungsstelle in Salzgitter tätig, die seit Jahrzehnten die große Abrechnung mit den für die Verbrechen u.a. gegen das Grundrecht auf Eigentum Verantwortlichen vorbereitet.

Die Aufgabe des Anspruchs auf Nachfolge des Deutschen Reiches wäre mit einer gewissen Anerkennung der Legitimität der Eigentumsverhältnisse verbunden, wie sie in der DDR bestehen und sich weiter entwickeln mögen. Für die Kolonisierung der DDR ist die Deutsche Reichs-Konstruktion unerlässlich. Aus diesem Grund sind sich die staatstragenden Kräfte im Parlament bei allem Streit in der Behauptung der imperialistischen Rechtsansprüche einig.

Ein gewisser Streit — öffentlichkeitswirksam ausgetragen — ist über die Frage der Anerkennung der polnischen Westgrenze entstanden.

Kohls Zehn-Punkte-Plan beansprucht, indem er sich jeder eingrenzenden An-

deutung enthält, das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937. SPD und FDP dagegen halten eine Verzichtserklärung auf die polnischen Westgebiete für eine Voraussetzung für das Gelingen der Einverleibung der DDR. Die von der CDU/CSU vertretene Position zielt darauf ab, den Osten als Kolonialgebiet zu erschließen. Sie wirft den Anspruch so auf, daß sich Kräfte in der DDR darauf beziehen könnten. Sie würden bei einer „Wiedervereinigung“ nicht nur einverleibt, sondern könnten mitexpandieren. Obwohl sie wahrscheinlich zur Zeit mehr laut als wirklich stark sind, ist unübersehbar und wird auch von niemandem in der DDR bestritten, daß sich in der DDR rechte und sogar faschistische Kräfte sammeln. Diese werden durch die CDU/CSU-Position direkt angesprochen und für eine Art Neuaufgabe deutscher Ostkolonisation mobilisiert. Die Positionen von SPD und FDP dagegen vertreten eher die „sanftere“ Erschließung des Ostens als Waren- und Kapitalmarkt. Sie dienen zugleich der Beruhigung jener Kräfte in der DDR und vor allem auch in ihren östlichen Nachbarländern, die einer ostexpansionistischen deutschen Bewegung harten Widerstand entgegensetzen. Insofern ergänzen sich die Positionen, die über die zukünftigen Grenzen ihres zukünftigen Deutschlands im Widerstreit liegen.

In den übrigen Grundzügen des Zehn-Punkte-Programms sind sich die staatstragenden Parteien weitgehend wieder einig:

Sie wollen die Unfähigkeit der Gesellschaft der DDR zur Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten herausarbeiten, um auch so die ständige Einmischung und Erpressung durch die BRD abzusichern und auszubauen. Die DDR ist nicht in der Lage, das Recht auf Freizügigkeit wirklich sicherzustellen, weil sie Westreisenden keine Devisen zahlen kann — also zahlt die BRD Milliardenbeträge als „Begrüßungsgeld“ und sichert sich, neben anderen Effekten, damit die nahezu vollständige oder doch sehr weitgehende Erfassung der DDR-Bürger. Die DDR ist nicht in der Lage, ein anständiges Telefonnetz zu errichten — also soll Siemens ran und sich fest in die Infrastruktur der DDR einnisten. Die DDR kann keinen ausreichenden Wohnraum in ausreichender Qualität bereitstellen ... sie kann die Motorisierung nicht gewährleisten ... sie kann aus eigener Kraft die Wirtschaftskrise nicht bewältigen ... Die Vorschläge zur Behebung sind unerschöpflich und dienen samt und sonders dazu, die DDR in immer festere Abhängigkeit von den BRD-Konzernen zu bringen. Die Propaganda basiert insofern auf harten Tatsachen, als die BRD nicht damit aufgehört hat, die Wirtschaft der DDR nach Kräften zu schwächen, durch

die Ausweitung des Arbeitsmarktes, durch Druck auf den Wechselkurs und lebhaftes Spekulation usw. usf. Je größer die Wirkung der wirtschaftlichen Aggression, desto härter werden Einmischung und Erpressung. Für „Hilfe“ forderte Kohl in seiner Zehn-Punkte-Rede eine Verfassungsänderung. Wahlen nach dem Vorbild der BRD, die Abschaffung des politischen Strafrechts (in der DDR), den Abbau der „bürokratischen Planwirtschaft“, die Öffnung der DDR für westliche Investitionen, die Schaffung marktwirtschaftlicher Bedingungen und die Möglichkeit zu privatwirtschaftlicher Betätigung ...

Das „Angebot“ zur Bildung konföderativer Strukturen kommt dem Anliegen der DDR — einige Politiker hatten den Vorschlag einer Konföderation zwischen BRD und DDR ins Gespräch gebracht — gerade nicht entgegen: Der Zehn-Punkte-Plan spricht eben ausdrücklich nicht von Konföderation, die mit der Anerkennung der DDR verbunden wäre, sondern von „konföderativen Strukturen“. Die westdeutsche Monopolbourgeoisie kalkuliert, daß sie mit einer DDR, die in die wirtschaftliche Abhängigkeit von der BRD geraten wäre und sich auf einen politischen Verbund einließe, dann endgültig fertig werden würde.

Die aggressive Strategie, die im Zehn-Punkte-Plan in Umrissen dargelegt ist, basiert in gewissem Umfang darauf, Kräfte in der DDR für die Beteiligung an großdeutscher Ostexpansion zu gewinnen. Allem Anschein nach beginnt sich in der DDR auch der Kampf um diese Frage zu entwickeln. Die Propaganda der „Wiedervereinigung“ wird in der DDR lauter, aber es werden auch Kritik und Abgrenzung sowohl aus den Reihen der SED wie aus der Oppositionsbewegung schärfer.

Doch wird für die Frage, ob die westdeutsche Monopolbourgeoisie ihre Strategie umsetzen kann, vor allem die Entwicklung der Kritik und einer gegen die Ostexpansion gerichteten Widerstandsbewegung in der BRD selbst zunehmend von Bedeutung werden. Gefordert ist die Auseinandersetzung mit einem Konzept, in dem der Osten Europas das Kolonialobjekt der BRD darstellt, die Völker unfähig, ihre Geschichte selbst zu bestimmen und ihr wirtschaftliches und politisches System selbst entsprechend den eigenen geschichtlichen Erfahrungen und den eigenen Interessen und Vorstellungen weiterzuentwickeln, und in dem die BRD sich die Rolle des Lehrers, Lenkers und Leiters anmaßt.

Quellenhinweis: (1) Dtsch. Bundestag, Stenographischer Bericht, 177. Sitzung, 28.11.89, S.13479ff, insbesondere 13510ff; (2) Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31.7.1973, in: Der Streit um den Grundvertrag, Eine Dokumentation, 1973 — (mal. rül. sec)

Westdeutsche Sozialisten zur Entwicklung in der DDR

Im folgenden dokumentieren wir einige Textauszüge aus Zeitschriften westdeutscher sozialistischer Organisationen zur Entwicklung in der DDR und zur Intervention des BRD-Imperialismus. Die Zusammenstellung ist unvollständig, die

ausgewählten Zitate können nur Anhaltspunkte zu Positionen dieser Organisationen liefern. Einschätzungen und nicht untermauerte Standpunkte überwiegen in der Darstellung der „inneren Verhältnisse“ innerhalb der DDR.

Zur „Wiedervereinigung“

Arbeiterkampf (KB), 16.10.

Aber gegen das Gerede von der „deutschen Frage“ steht, daß diese Menschen in der Regel als Begründung keine *nationalen* Motive anführen. Die Begründungen liegen in der inneren Verfaßtheit der DDR: der wirtschaftlichen Entwicklung, der Entfaltungsmöglichkeit der Individuen, den politischen Rechten. Gäbe es also eine DDR, in der sich die Menschen genauso wohl fühlen würden wie die Menschen in der BRD (mit allen Einschränkungen), gäbe es die „deutsche Frage“ in der aufgeworfenen Form nicht ... Aber die „deutsche Frage“ ist keine der Befreiung einer unterdrückten nationalen Minderheit, sondern wäre der Zusammenschluß zum Zweck eines Machtanspruchs in Zentraleuropa. Deusch-tümelei und offener Revanchismus sind zur Erreichung dieses Ziels *eine* Variante, heute aber die untergeordnete ... Man kann sich leicht ausrechnen, wie schnell die DDR aufgekauft sein würde, wenn sie den gleichen Weg gehen sollte wie Ungarn und Polen. Der Markt und das Kapital würden dann *ganz praktisch* die Wiedervereinigung herstellen.

Gegen die Strömung, November 1989

Die Sache war — schon über Jahre und Jahrzehnte — gut vorbereitet: Schon immer hatten die westdeutschen Imperialisten durch ihre Medien ein direktes Propagandamittel nicht nur für die eigene Bevölkerung, sondern auch für die Bewohner der DDR. Für die Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus ist es zunächst nicht wesentlich, ob es eine formale „Wiedervereinigung“ gibt. Entscheidend ist, daß die ökonomische Offensive des Monopolkapitals auf Hochtouren läuft, um bei der Ausbeutung und Aussaugung der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der anderen Werktätigen in der DDR mal so richtig zu zeigen wie man's macht. Und die Bundes-Wehrmacht steht ohnehin bereit. Und dann geht's sowieso weiter nach Polen, nach Ungarn, in die Sowjetunion ...

Gegen den deutschen Wahn (MG), Hamburg, November 1989

Die Einführung freier Wahlen jetzt in der DDR wird aufgebauscht zu einem Riesenkonflikt zwischen Freiheit und Unterdrückung ... Erst wenn die Sachzwänge des nationalen Erfolgs so durchgesetzt sind, daß nichts mehr davon abhängt, wer gewählt wird, um sie durchzusetzen — erst dann sind auch drüben Wahlen so richtig frei.

Rote Fahne (MLPD), 18.11.

Für die MLPD besteht in dieser Situation die wichtigste Aufgabe darin, gegen diese Bestrebungen (großdeutsches Projekt, d. Red.) eine agitatorische Gegenoffensive durchzuführen und die Kräfte zu sammeln gegen eine „großdeutsche Neuordnung Europas“.

Roter Morgen (KPD), Dezember 1989

Das westdeutsche Monopolkapital will die DDR politisch und ökonomisch vollständig in den Griff bekommen. Am Ende soll die Annexion stehen, die imperialistische Wiedervereinigung. Gegen diese Ziele müssen die Werktätigen der DDR, der BRD und Westberlins entschlossen kämpfen.

Sozialistische Zeitung (VSP), 9.11.

Deutschland wieder zur imperialistischen Großmacht zu machen — das ist der gemeinsame Traum des westdeutschen Bürgertums. Das Vehikel dazu heißt — seit Bestehen der BRD — Wiedervereinigung, das ist der Verfassungsauftrag sozusagen ... Diese Hoffnung auf direkte sozialistische Massendemokratie hat bisher weder der Kapitalismus noch die bürokratisch entartete Planwirtschaft erfüllt.

Sozialistische Zeitung, 23.11.

Mit die wirksamste Art, die DDR vor imperialistischem Druck zu schützen, ist der Austritt der BRD aus der NATO.

Man (das westdeutsche Finanzkapital, d. Red.) ist durchaus nicht an einer baldigen Wiedervereinigung interessiert — weil sie zu teuer wäre. Schon jetzt müssen jährlich für den Unterhalt Westberlins 21 Mrd. DM (1986) an staatlichen Hilfen und Subventionen ausgegeben werden. Für die Modernisierung der Wirtschaft der DDR und — im Falle einer Wiedervereinigung — die politisch notwendigen Sozialleistungen zur Angleichung des Lebensstandards wären Hunderte von Milliarden nötig. Darum wird die politische Lösung bevorzugt ... Eine revolutionäre demokratische Bewegung wie die in der DDR muß bedingungslos unterstützt werden — was solidarische Kritik nicht ausschließt ...

Ein klärendes Moment in der Auseinandersetzung gegen westliche Wiedervereinigungsansprüche kann eine Gesetzesinitiative sein, die von Grünen im Bundestag im Verein mit VertreterInnen der Radikalen Linken demnächst der Presse vorgestellt wird: Darin wird vorgeschlagen, das Wiedervereinigungsgebot aus der Präambel des Grundgesetzes zu streichen. Wir sollten diese Initiative unterstützen.

Unsere Zeit (DKP), 11.11.

Mit diesen „Heim ins Reich“-Parolen wird zugleich der Erfolg dieses gewaltigen Aufbruchs der DDR-Gesellschaft in Frage gestellt. Was die DDR, was wir heute brauchen, ist ein Stabilisierungsprogramm für die DDR, unseren nächsten Nachbarn im gemeinsamen Haus Europa. Was die Kommunisten dazu verlangen, formulierte in einer ersten Stellungnahme ihr Vorsitzender Herbert Mies: „Dazu steht jetzt ein Beitrag der Bundesregierung an, der die Ursachen für den Mauerbau beseitigt. Das erfordert die Preisgabe von der Fiktion der Wiedervereinigung und den Verzicht auf die Obhutspflicht für alle Deutschen.“

Zu den inneren Verhältnissen und einigen „Ratschlägen“

Arbeiterkampf, 16.10.

Die Beteuerung, daß der DDR-Sozialismus nicht zur Disposition stehe, ist vielleicht ehrenwert, aber nicht realistisch. Wahrscheinlich gibt es immer noch eine Mehrheit von DDR-Bürgern, die die BRD nicht für das Paradies auf Erden hält und die manches in ihrem eigenen Staat, vielleicht auch dessen Souveränität, gern bewahren würde. Nicht aber gäbe es, wenn denn jemals die von Gorbatschow befürwortete „Freiheit der Wahl“ praktiziert würde, eine Mehrheit für die SED. Nicht in ihrer heutigen Gestalt, aber wohl auch nicht in reformierter Form.

Arbeiterkampf, 13.11.

Nimmt man die heute schon bestehende „Kolonialisierung“ der DDR durch die BRD-Kultur (Fernsehen, Mode etc., selbst alternative Trends) hinzu, die sich künftig massiv verstärken dürfte (BRD-Zeitungen und -Illustrierte, Videos etc.) und die ja in der DDR-Bevölkerung offensichtlich breite Akzeptanz hat, ist zu befürchten, daß sozialistische Opposition in der DDR keinen leichten Stand haben wird, daß sie aus einer minoritären Position zu agieren haben wird — letztlich vielleicht nicht so wesentlich anders als wir in der BRD.

Die Wahrheit (SEW), 20.11.

Seit geraumer Zeit sind wir Zeugen eines dramatischen Umbruchprozesses in der DDR. Massenhafter Druck der Bevölkerung in der DDR und die Ausreisewelle seit diesem Sommer erzwangen die Wende zu einer Erneuerung des Sozialismus. Jetzt besteht zugleich mit dieser Chance das Risiko, daß die tiefen Erschütterungen in der DDR vom Klassengegner genutzt werden, um seine Pläne zur Wie-

dervereinigung unter kapitalistischen Vorzeichen zu realisieren. Die von ihm entfesselte nationalistische Welle droht, fortschrittliche Positionen auch in Westberlin wegzuspülen.

Rote Fahne, 11.11.

Wir solidarisieren uns mit ihr (der Volksbewegung in der DDR, d. Red.) auf anti-imperialistischer Grundlage. Die antiimperialistischen Kräfte in ihr werden gestärkt, wenn sie Klarheit über die tatsächliche Ursache des Bankrotts der DDR-Führung gewinnt, nämlich deren Verrat des Sozialismus vor über 30 Jahren und der Restauration des Kapitalismus seither. Anderenfalls wird die Volksbewegung zum Spielball verschiedener imperialistischer Bestrebungen, vor allem denen der BRD.

Rote Fahne, 18.11.

Die große Sympathie für den Kampf um demokratische Rechte in der DDR soll dazu umgepolt werden, die Profit- und Machtinteressen westdeutscher Konzernherren zu unterstützen. Eine nach Streichung der Preissubventionen auf über 400 Prozent monatlich hochgeschneelte Inflationsrate in Polen zeigt, was die marktwirtschaftlichen Elemente für den Lebensstandard der Werktätigen bedeuten ... Es ist die Pflicht der MLPD, ihre Analyse über die Wiederherstellung des Kapitalismus in der Sowjetunion und der DDR den Werktätigen in der DDR zugänglich zu machen ...

Rote Fahne extra, 14.11.

Um revolutionäre Ziele zu verwirklichen, brauchen die Werktätigen in der DDR Rechte, die über freie Wahlen und die bisherigen Zugeständnisse der SED-Führung hinausgehen: Die Arbeiter brauchen ein Streikrecht, wie es bis 1968 noch in der Verfassung verankert war. Nötig ist ein Koalitionsrecht, um revolutionäre Organisationen gründen zu können. Dazu müssen auch die sowjetischen Besatzungstruppen aus der DDR vertrieben werden ...

Roter Morgen, November 1989

Freilich war Honecker alles andere als ein Sozialist. Er stand achtzehn Jahre an der Spitze eines Staates, der die Werktätigen für den Profit der neuen Kapitalistenklasse in der DDR wie auch der sowjetischen Imperialisten ausbeutete ... Doch unter Krenz wird es für die Werktätigen der DDR nicht besser, sondern noch schlechter werden ... Die Konsumpreise für die Werktätigen sollen steigen, z.B. sollen Staffelmieten eingeführt werden ... Als ein Fernziel wird die Konvertierbarkeit der DDR-Mark angestrebt ... Es ist daher eine gefährliche Illusion, wenn viele Menschen in der DDR glauben, mit „Reformen“ im Stile Gorbatschows könne sich ihre Lage bessern. Diese „Reformen“ sind nur die Ersetzung des Kapitalismus bürokratischen, revisionistischen Typs durch den „klassischen“ Kapitalismus westlichen Typs.

Roter Morgen, Dezember 1989

Aber die Versorgungsmängel in der DDR sind gerade Folge der Wiedereinführung der kapitalistischen Marktwirtschaft.

Sozialistische Zeitung, 26.10.

Drei soziale Hauptkräfte prallen in den Kämpfen in der DDR aufeinander: Der herrschende Partei- und Staatsapparat, die Masse der abhängig Beschäftigten und Unterdrückten und der BRD-Imperialismus. Zu glauben, letzterer würde im Ernst das Lager der dortigen Arbeiterinnen und Arbeiter wählen, wäre naiv ...

Sozialistische Zeitung, 23.11.

Vorschläge zur gefälligen Diskussion in der DDR-Bevölkerung: ... (4) Alle Bereiche, die von Geldwirtschaft dominiert werden, *zurückdrängen*, anstatt sie, wie Modrow-Krenz planen, auszuweiten. Ernsthaft Jürgen Kuczynskis Vorschlag prüfen, für elementare Bedürfnisse Bezugsscheine einzuführen, um in den subventionierten Sektoren dem Einkauf einen Riegel vorzuschieben ...

Und erste Umfragen belegen: Es ist nicht das höchste Ziel der kämpfenden DDR-Bürger, heim ins bundesdeutsche Reich zu kommen. Die Menschen haben mutig einen erfolgversprechenden Weg begonnen. Sie wollen ihre Angelegenheiten selbst regeln. In einem Staat ohne Honecker, bald vielleicht ohne Krenz. Und wir können von ihnen lernen: für einen Staat ohne Kohl ... So geht es inzwischen weniger um die Frage, ob sich in der DDR und auch in der SED etwas ändern wird, sondern in *welche Richtung* die Änderungen weisen ... Aber Reformen, die eine wirkliche Machtverschiebung zugunsten des Volkes der DDR und eine neue Qualität demokratischer Verhältnisse bedeuten würden, werden in der SED nicht entwickelt. Sie werden auch aus heutiger Sicht nur *gegen* die SED durchgesetzt werden können ... Jede Festigung von Institutionen anstatt einer Orientierung auf einen Abbau von Staat und auf Dezentralisierung von Entscheidungen birgt die Gefahr einer Verselbstständigung der Macht. Jede erneute Privilegierung von Delegierten fördert deren Entfremdung von der Basis ...

Unsere Zeit, 16.11.

Dabei beachten wir, daß sich die Überwindung der Krise in der DDR und die Entwicklung eines erneuerten Sozialismus in einer Welt vollziehen müssen, in der neokonservative Kräfte einflußreich sind, die den Kapitalismus als einzig legitimes System betrachten und die gegenüber den sozialistischen Ländern das Programm ihrer Rekapitalisierung verfolgen. Das ist ein gefährliches Moment in den heutigen Auseinandersetzungen ... Fälscherweise wurde behauptet, die DDR habe den Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion geschafft und verwirklichte kontinuierlich die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die ökonomischen Daten zeigen heute, das

dies ein schwerer Fehler war ... Wir gingen und gehen davon aus, daß wir in unserer freundschaftlichen Verbundenheit mit der SED durch unseren Kampf in der Bundesrepublik einen Beitrag dazu geleistet haben, daß die DDR als Staat des Friedens, des Antifaschismus anerkannt wurde. Sie war für uns ein Staat, in dem die Grundlagen für eine sozialistische Entwicklung geschaffen wurden.

Zu den Methoden des BRD-Imperialismus gegen die DDR

Marxistische Arbeiter-Zeitung (MG), 19.10.

Noch bevor ein DDR-Oppositioneller irgendetwas — was und wie auch immer — reformiert haben will, hat schon die Bonner Führung „Reformen in der DDR“ verlangt, und der Reformfreund drüben sieht sich, ob er will oder nicht, zum Kronzeugen für den bundesdeutschen Anspruch ernannt, die DDR maßgeblich mitzuregieren.

Marxistische Streit- und Zeitschrift (MG) 5/89

Die DDR ist in der Zwangslage, bei der Bundesrepublik um ein denkbar seltsames politisches Geschäft nachzusuchen: Anerkennung von Souveränitätsrechten der BRD im eigenen Land gegen eine Bestandsgarantie aus Bonn. Auf dieser Basis — die Bonner Parteien kann man schon gar nicht mehr unterscheiden — kann man auch für Hilfe ohne erpresserische Bedingungen plädieren, und auf die Wirkung von Kredit und Verschuldung vertrauen, wie darauf, daß die SED um so weicher sein wird, je mehr sie „das Gesicht wahren“ kann, d.h. je mehr ihr erlaubt wird, aus ihrem Anschluß, oder dem nächsten Schritt dorthin, wieder eine „ideologische Offensive“ zu machen — etwa das Projekt der „Fortentwicklung des weltoffenen Sozialismus der 90er Jahre“.

Rote Fahne extra, 14.11.

Um das Ziel einer Großmacht Europa unter der Führung eines Großdeutschlands durchzusetzen, wird das Modell einer Konföderation, sprich Staatenbund, zwischen der BRD und der DDR im Rahmen der EG als Zwischenstation angepeilt ... Mit deutscher Gründlichkeit bereitet der deutsche Imperialismus zum dritten Mal in diesem Jahrhundert die „Neuordnung Europas“ vor.

Unsere Zeit, 16.11.

Die Ziele des bundesdeutschen Imperialismus sind hochgesteckt. Schon ist man die Nummer eins im EG-Europa ... Nun soll die DDR als Markt und Anlagefeld zum nationalen Bestand hinzukommen. Von dieser Position noch gewachsener Stärke aus läßt sich der riesige osteuropäische Raum noch leichter aufrollen. Der deutsche Imperialismus schickt sich an, eine Stellung im internationalen Kräfteverhältnis einzunehmen, die ohne Beispiel in seiner bisherigen Geschichte ist. Die kursiv gesetzten Hervorhebungen sind Hervorhebungen im Original.

Regierungs- und Kapitalistenpläne zur Annexion der DDR

Großdeutscher Arbeitsmarkt, KfW-„Hilfen“, Währungsreform

„Das Bundesarbeitsministerium hat bereits eine interne Kommission gebildet, die sich mit den möglichen Auswirkungen der offenen Grenzen auf die Rentenversicherung und das Sozialsystem befassen (soll) ... Wohin die Überlegungen führen werden, ist derzeit noch unklar. ‚Irgendwie‘, hieß es am Rande der Veranstaltung des VDR (Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Anm. d. Red.) in Würzburg, ‚müssen die Systeme in Ost- und Westdeutschland kompatibel gemacht werden.‘“

(Handelsblatt, 23.11.89)

„Bundesfinanzminister Waigel und Wirtschaftsminister Haussmann haben bereits Listen der künftigen Fördermöglichkeiten zusammenstellen lassen. Wenn in der DDR die nötigen Voraussetzungen geschaffen würden, könnten, so meinen Waigel und Haussmann übereinstimmend, bereits bestehende Förderprogramme auf die DDR ausgedehnt werden. Dies gilt etwa für die Berlin- oder Regionalförderung, für die Nutzung der ERP-Programme oder die Mittelstandsförderung. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die Deutsche Ausgleichsbank oder die Berliner Industriebank sollten, so ein Vorschlag Waigels, ihre Kenntnisse zum Aufbau der DDR-Wirtschaft zur Verfügung stellen.“

(Handelsblatt, 13.11.89)

„Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bietet im Geschäft mit der DDR und für Projekte in der DDR nahezu die gesamte KfW-Finanzierungspalette an. Wie KfW-Vorstandsmitglied Gert Vogt im Hessischen Rundfunk erklärte, gilt dies für die zinsverbilligten Mittelstandsprogramme ebenso wie für die Umwelt- und die Kommunal-Entwicklungsprogramme. Besonders wichtig sei, daß in der DDR ein privatwirtschaftlich arbeitender Mittelstand herangezogen wird. Um die DDR-Wirtschaft zu sanieren, sei über eine Währungsreform eine drastische Abschöpfung der Geldmenge notwendig, erklärte Vogt.“

(Handelsblatt, 21.11.89)

Erster Akt der Marktwirtschaft: Vernichtung der Sparguthaben

Unter der Überschrift „Wie der Geldüberhang in der DDR beseitigt werden kann“ schildert das „Handelsblatt“ zwei Tage später nähere Überlegungen, wie man die Werktätigen in der DDR um ihre Sparguthaben bringen könne:

„Befürchtet wird offensichtlich, daß unsere Landsleute von drüben zunehmend ihre Ersparnisse auflösen und gegen D-Mark eintauschen. Das Problem dieser Sparer ist, daß diese Kaufkraft —

Schätzungen reichen bis zu 180 Mrd. DDR-Mark — praktisch nur auf dem Papier steht, weil sie dafür nicht kaufen können, was sie wollen. Bei allen Unterschieden in den Details und Ursachen dieses Zustands, mit der Situation von 1948 hat er gemeinsam, daß es sich hierbei um eine zurückgestaute Inflation handelt. Insofern überrascht es nicht, wenn als Patentlösung immer wieder eine Währungsreform genannt wird.“

(Handelsblatt, 23.11.89)

BDI: Investitionsschutz!

„Der zentrale Plan muß aufgehoben werden, wenn in der DDR Nennenswertes passieren soll.“ Dies erklärte Tyll Necker, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), im Gespräch mit dem Club Frankfurter Wirtschaftsjournalisten. Necker, den das Neue Forum für das kommende Wochenende zu einer Veranstaltung nach Ostberlin eingeladen hat, forderte die Dezentralisierung der DDR-Wirtschaft, die Einführung von Wettbewerb und die Steuerung der Wirtschaft über marktgerechte Preise. Außerdem müßten Freiräume für Eigeninitiative und Privateigentum geschaffen werden; über die Motivation der Leistungsfähigen müsse für eine neue Aufbruchstimmung gesorgt werden ... Um eigenwirtschaftlichem Rentabilitätsdenken Raum zu schaffen und gleichzeitig die Barrieren für eine Intensivierung der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen abzubauen, forderte Necker den Abschluß eines Investitionsschutzabkommens. Dies sei die Voraussetzung für Gemeinschaftsunternehmen und direkte Kooperationsverträge.“

(Handelsblatt, 23.11.89)

West-Ost-Arbeitsteilung: z.B. befristete Wanderarbeit ...

Frau Wilms (Innerdeutsche Ministerin, d. Red.) hat im Grundsatz keine Bedenken, Bewohnern der DDR eine befristete Arbeiterlaubnis in der Bundesrepublik zu erteilen, allerdings müsse man noch klären, für welche Bereiche und für welche Zeiten dies möglich sei. Die Frage einer befristeten Arbeiterlaubnis müsse vor allem für Berlin und die grenznahen Gebiete geklärt werden.“

(Handelsblatt, 23.11.89)

Billiglohnproduktionen

„Für Direktinvestitionen sprechen kurzfristig nur die niedrigen Löhne. Gegenwärtig liegen die Arbeitskosten einschließlich Sozialabgaben, in Kaufkraft ausgedrückt, in Osteuropa bei 4 DM pro Stunde. Auch bei einer nur halb so großen Arbeitsproduktivität wie in westlichen Industrieländern bedeutet dies deutliche Kostenvorteile ... In der Landwirt-

schaft, aber auch in den überbesetzten Staatsbetrieben, steckt ein großes Arbeitskräftereservoir, das arbeitsintensive Produktionsverfahren (z.B. Textilindustrie) begünstigt. Mit den sich entwickelnden Binnenmärkten erwächst in Osteuropa ein Absatzpotential in der Größenordnung der EG.“

(Handelsblatt, 24./25.11.89)

Tourismus

„Der Wille der bundesdeutschen Unternehmen zu Investitionen in der DDR sei ungeheuer groß, weil die Kapazitäten in der Bundesrepublik ausgeschöpft seien. Der Staat müsse hier also nur Anreize schaffen. Helfen müsse man der DDR allerdings, Devisen einzunehmen. Dies könne sie nur mit modernen Produkten oder noch schneller durch Tourismus. Solms (FDP-MdB, d. Red.) regte Existenzgründungsprogramme an, wie es sie auch in der Bundesrepublik gebe.“

(Handelsblatt, 30.11.89)

IFO-Institut: Siemens in die DDR!

„Angesichts der vielen Infrastrukturaufgaben müsse eine Prioritätensetzung erfolgen. Nach Ansicht Ifos würde sich hier zunächst eine Sanierung des völlig unzureichenden Telekommunikationsnetzes der DDR in einem ‚deutsch-deutschen Kraftakt‘ anbieten.“

(Handelsblatt, 30.11.89)

Konzernpläne und „Ost-Renditen“

„Der Sprecher des Daimler-Benz-Konzerns, Matthias Kleinert, erklärte, sein Unternehmen sei selbstverständlich bereit, über konkrete Projekte einer verstärkten Zusammenarbeit mit der DDR zu sprechen. Erst Ende September hatte der designierte DDR-Regierungschef Hans Modrow den Auto-Konzern besucht und dabei erklärt, daß das Fahrzeugkombinat IFA mit Daimler-Benz Gespräche über eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Nutzfahrzeuge führe ...“

„Der Vorstand des Getränke- und Tabakkonzerns Reemtsma will am 19. und 20. November erstmals in Dresden und Ost-Berlin tagen. Dabei solle es konkret um Investitionen und Know-how-Transfer gehen.“

„Christians (Deutsche-Bank-Aufsichtsrat, d. Red.) glaubt, daß große deutsche Konzerne die Zusammenarbeit mit DDR-Kombinaten ‚mit dem notwendigen Fingerspitzengefühl‘ angehen, und daß ‚mittlere Firmen der Bundesrepublik drüben von vornherein keinen so großen Hebel haben‘ ...“

„Es wäre meines Erachtens zu eng gesehen“, so Friedel Neuber, der Vorstandssprecher der WestLB, „wenn man die



DDR, wie manchmal zu hören ist, als ‚Niedriglohnland‘ oder als ‚verlängerte Werkbank‘ betrachtet. Die DDR verfügt vielmehr über ein beachtliches industrielles Potential, das vielfältige Ansätze für eine arbeitsteilige, wirtschaftliche Kooperation bietet. Ich denke hier insbesondere an den Maschinen- und Anlagenbau, wo z.B. westliches Know-how in der elektronischen Steuerungstechnik mit DDR-Komponenten im Maschinenbau kombiniert werden könnte ...“

„Die Sanierung der mittel-ost-europäischen Wirtschaften mit dem Ziel einer weltwirtschaftlichen Integration, so Adolf Kracht, Mitinhaber des Bankhauses Merck, Finck & Co., ‚verlangt Systemänderungen und enorme Aufwendungen. Durch westliche Hilfe ... sowie durch Kapitaltransfers von Unternehmenskapital ... kann dieser Prozeß besonders in der DDR erleichtert werden ... Sicherlich ist es nicht angemessen, schon jetzt bei der Beurteilung deutscher Aktien hohe ‚Ost-Renditen‘ einzukalkulieren.“

(Handelsblatt, 13.11., 14.11.89)

„Alte Verbindungen“ leben wieder auf

„Neben Handwerk, Industrie und Handel, die bereits öffentlich ihre Unterstützung beim Aufbau der DDR-Wirtschaft angeboten hatten, signalisierten nach Angaben Haussmanns auch die Banken ihre Bereitschaft, in der DDR aktiv zu werden. Der Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken denke daran, seine früheren Partnerorganisationen neu zu belegen.“

„Als einen ‚Modellversuch‘ für andere Regionen bezeichnet der Hauptgeschäftsführer der IHK Lübeck, Jürgen Pratje, die angestrebte engere Zusammenarbeit zwischen Betrieben der DDR und Unternehmen aus Schleswig-Holstein. Wie Pratje auf dem 1. DDR-Wirtschaftstag in Schleswig-Holstein in den Räumen der

IHK Lübeck ausführte, sei früher 50 bis 80% des Warenaustauschs des Raums Lübeck mit Mecklenburg und Brandenburg erfolgt. Zur Verstärkung der Zusammenarbeit, so Pratje, seien Kontakte der drei schleswig-holsteinischen Kammern mit den Kammern und Kammerorganisationen in den Bezirken Schwerin und Rostock erforderlich. Ein Gespräch in Rostock sei bereits terminiert.“

(Handelsblatt, 27.11., 28.11.89)

BDI: Außenhandelsmonopol weg!

Über den Auftritt des BDI-Sprechers Tyll Necker auf einer Wirtschaftstagung des „Neuen Forums“ in Ostberlin berichtet das „Handelsblatt“:

„... könne auch die DDR ihr Wirtschaftswunder herbeiführen. Voraussetzung seien dafür unter anderem die Gewährung von Gewerbefreiheit und die Möglichkeit direkter Kontakte zwischen den vielen Firmen aus der Bundesrepublik mit ihren Partnerunternehmen in der DDR. Der Umweg über die staatlichen Außenhandelsorganisationen der DDR sei nur geeignet, Initiative und Kreativität zu bremsen.“

(Handelsblatt, 27.11.89)

DM-Währungsexpansion

„Prof. Hankel hat vorgeschlagen (Handelsblatt vom 14.11.1989 — siehe Politische Berichte 24/89, S. 5f. d. Red.), die DDR-Währung durch einen aus einer Solidarabgabe finanzierten Währungsausgleichsfond der Deutschen Bundesbank zu stützen ... Anschließend präzisiert er seine Gedanken ...

„Die DDR-Markt aber würde durch den Kurs- und Marktkontakt mit der DM nicht nur aufgewertet, was für den DDR-Bürger gleichbedeutend ist mit einem spürbaren Zuwachs an Realeinkommen und Realvermögen. Sie würde indirekt durch Vermittlung der D-Mark Mitglied im Europäischen Währungssystem

(EWS). Auch wenn Spottvögel geneigt sind zu sagen, ‚Trittbrettfahrer‘ des EWS, bedeutet dieses nicht nur das rechtzeitige Aufspringen auf den richtigen Währungswagen, sondern zugleich die Verlängerung der Währungsschiene bis über die Elbe hinaus. Der Gleisanschluß für weitere RGW-Währungen wäre gelegt, und ein neues Integrationskapitel zwischen Ost und West könnte beginnen

...“

(Handelsblatt, 21.11.89)

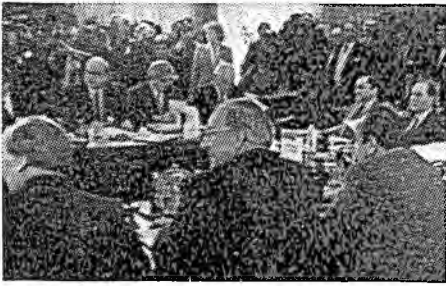
Ziel: Wiedervereinigung

Der Wissenschaftliche Beirat im Bundeswirtschaftsministerium hat eine Schrift zur Politik gegenüber der DDR ausgearbeitet und Minister Haussmann vorgelegt. Das Handelsblatt berichtet:

„Die wirtschaftlichen Friktionen aufgrund einer massenhaften Abwanderung qualifizierter Kräfte, die sich großenteils nicht ohne weiteres ersetzen lassen, können leicht stärker zu Buche schlagen als alle stimulierenden Wirkungen selbst einer energischen Reformpolitik“, heißt es in dem Gutachten.

An dieser Stelle verweisen die Experten auf die ökonomische Bedeutung der politischen Rahmenbedingungen. Nur unter einem ‚gemeinsamen staatlichen Dach‘ sind nach ihrer Auffassung Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen ‚in der Tat erwartet werden könnte, daß der riesige Zustrom an privatem Kapital aus der Bundesrepublik und der übrigen Welt in Gang käme, den die DDR-Wirtschaft benötigt ... Nur auf diese Weise könne die DDR an dem Kredit teilhaben, den die deutsche Wirtschaft, die D-Mark und das Staatswesen der Bundesrepublik erworben habe. Nur auf diese Weise würden die positiven wirtschaftlichen Erwartungen der Arbeitskräfte in der DDR den Abwanderungsdruck übertreffen, glauben Haussmanns wissenschaftliche Berater.“

(Handelsblatt, 24.11.89)



EG-Gipfel: Wird die Sozialcharta durchgesetzt?

Auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EG am 8./9. Dezember soll unter anderem eine „Sozialcharta“ für die EG beschlossen werden. Ob dies gelingt, ist noch nicht entschieden. Die britische Regierung lehnt jede Verabschiedung ab. Die Bundesregierung will sie durchsetzen, im wesentlichen so, wie sie die EG-Arbeits- und Sozialminister gebilligt haben. Dieser Entwurf enthält tatsächlich kein einziges einklagbares Recht für die Arbeiter und die Gewerkschaften in den einzelnen EG-Mitgliedstaaten, sondern schreibt die Spaltung der Lohnabhängigen in Gruppen mit verschiedenen Rechten nach Herkunftsländern fest und soll weitgehende Schranken gegen Nacht-, Schicht- und Überstundenarbeit einreißen helfen.

Frankreich: Rationalisierungsprogramm bei Renault

Im Konkurrenzkampf auf den internationalen Automobilmärkten haben die französischen Konzerne Renault und Peugeot in den letzten beiden Jahren wieder etwas aufgeholt. Dennoch gelten sie — verglichen mit Konzernen wie Fiat, Daimler, VW — als eher verwundbar. Umso energischer treiben die Konzernvorstände deshalb die Rationalisierungsprogramme voran. Eines der Ziele dieser Programme ist, den Einfluß der kommunistischen Gewerkschaft CGT unter den Arbeitern, vor allem bei den schlechter bezahlten Arbeitern, zu brechen und diese Arbeiter in der Belegschaft weiter zu isolieren. Im nächsten Heft berichten wir über den Widerstand der CGT gegen den Renault-Konzern.



Schul-/Jugendinfo

Im November 1985 haben Schüler in Schleswig das Schul-Jugendinfo (SJI) gegründet. Angestrebtes Ziel ist es, eine fortschrittliche Opposition unter Jugendlichen zu schaffen und zu fördern. Als ein Schwerpunkt ergab sich daher Bildungs- und Jugendpolitik; analytische Artikel zum Schulsystem, Unterricht, Mißstände in der Bildungspolitik, der Ausbildung; Jugendliche, die in Heimen leben müssen etc. haben einen wichtigen Stellenwert in der Berichterstattung. Raum für allgemeinpolitische Themen wie Antifa, Internationalismus, Kultur, etc. ist vorhanden. Das SJI war des öfteren Ausdruck von politischen Bewegungen Jugendlicher vor Ort, was unter anderem mit der Kontinuität des Erscheinens zusammenhängt.

Österreich: Slowenen gegen Germanisierung

Eine Konstante des von der bürgerlichen Reaktion angerührten großdeutschen Taudels in der Öffentlichkeit ist dies: Daß „Deutsche“ in Osteuropa bedrückt und bedrängt werden und deshalb staatlicher Hilfe der BRD bedürfen. Tatsächlich aber ist die deutsche Geschichte eine Geschichte grausamster Ostkolonisation gegen die slawischen Nationen. Die Kärntner Slowenen in Österreich sind in diesen Tagen erneut die Opfer solcher Germanisierungspolitik: FPÖ-Chef Haider greift ihre wenigen aus der Niederschlagung des Hitler-Faschismus erhaltenen nationalen Rechte vehement an. Ein Vertreter der Kärntner Slowenen berichtet über den Widerstand der slowenischen Organisaionen dagegen.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten
— erscheint vierzehntäglich, Preis 2.50 DM

Herausgeber

Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
Tel. 0221/21 64 42
Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m b H
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
Tel. 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie
— Nachrichten Stahl- und Metallindustrie 1.20 DM
Mitteilungen der **Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront** 0.50 DM
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie — Nachrichten Chemische Industrie 0.50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe — Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe 0.80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik — Informationsdienst Gesundheitspolitik 1.20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse — Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse 1.20 DM

AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für Revolutionäre Hochschulpolitik — Nachrichten, Analysen, Protokolle 1.20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik — Nachrichten, Analysen, Mitteilungen 1.20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45.50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91.- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1.- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m b H
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1
BWK Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 110822 6000 Frankfurt 1
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Holzstr. 2, 8000 München 5

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226, Telefon 0221/21 16 58. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lotzer; für Aus Verbänden und Parteien: Martin Lopp; für Reportagen und Berichte regional: Gunter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik: Spezialberichte: Alfred Küstler. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, der AG Chemie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront: AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Farbdruck & Grafik Team GmbH, Köln. Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei: Vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.